

G 2766 EX



# MAGAZIN

ZEITSCHRIFT FÜR ZIVILSCHUTZ, KATASTROPHENSCHUTZ UND SELBSTSCHUTZ

**9 '75** SEPTEMBER





In der Zeit vom 12. Januar bis zum 13. Februar dieses Jahres führten 31 Helfer des Technischen Hilfswerks ein Brücken-Sanierungsprogramm in dem afrikanischen Staat Ruanda durch. Ruanda, das zum Kreis der „least developed countries“ gehört und die für die weitere Entwicklung erforderliche Verkehrsinfrastruktur weder aus eigenen Mitteln noch aus rückzahlbaren Krediten finanzieren kann, erhielt deshalb gezielte Hilfe durch das THW. Der Einsatz, der in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesministerium des Innern erfolgte, umfaßte den Bau von Bailey-Brücken, die Instandsetzung von Brückenbauwerken und die Unterrichtung ruandischer Führungskräfte. Über die Vorbereitungen zu dem Hilfsprogramm berichtete das ZS-MAGAZIN bereits in der Ausgabe 1/75, Seite 50. Nach Abschluß und Auswertung des Einsatzes folgt nunmehr ein kurzer Ergebnisbericht.

### Aufgabenstellung

Die THW-Gruppe hatte folgende Aufträge:

1. Bau einer II/1-Bailey-Brücke über den Nyaborongo bei Kilinda mit 24,46 m Stützweite,
2. Bau einer II/2-Bailey-Brücke über den Mwogo mit 39,71 m Stützweite,
3. Bau einer I/1-Bailey-Brücke über den Rofuro mit 15,31 m Stützweite,
4. Bau einer II/1-Bailey-Brücke über den Kiraro bei Kibuye mit 24,46 m Stützweite,
5. Instandsetzung der durch Verkehrsunfälle beschädigten III/3-Bailey-Brücke über den Nyabarongo bei Kigali,
6. Ausbildung und Unterweisung einer 12köpfigen ruandischen Führungsgruppe im Bau und der Planung von Bailey-Brücken,
7. Übergabe von Werkzeug und Gerät an die Repu-

THW in Afrika

## Bailey-Brücken für Ruanda

31 Helfer im Brückenbau-Einsatz

blik Ruanda, damit der Bau von Bailey-Brücken künftig unter ruandischer Regie möglich ist.

Einsatzleiter der THW-Baueinheit war der Kreisbeauftragte des THW für den Hohenlohekreis, Cramer.

Für die technische Abwicklung waren von der 31köpfigen THW-Einsatzgruppe insgesamt 21 Helfer für die technische Durchführung eingesetzt, die übrigen Helfer für den Transport, die Versorgung und Verwaltung. Die verschiedenen Baumaßnahmen wurden ohne Schwierigkeiten abgeschlossen. Die Brücke über den Kiraro wurde überwiegend

von ruandischen Hilfskräften unter Anleitung der vom THW ausgebildeten ruandischen Führungsmannschaft errichtet.

Die für den Einsatz vorgesehenen Bauzeiten wurden von den THW-Helfern eingehalten. Es bleibt zu erwähnen, daß das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit die Kosten des Einsatzes trug.

### Erfahrungen

Im Verlauf des einmonatigen Einsatzes konnten wertvolle Erfahrungen über die Zweckmäßigkeit der Ausrüstung, die Versorgungsprobleme und die medizini-

sche Betreuung gesammelt werden.

Die Zelte, die Feldbetten, die Schlafsäcke und auch die Bekleidung entsprachen den Anforderungen. Die Kücheneinrichtung hat sich bewährt, die Verpflegung stellte alle zufrieden.

Wesentlich war, daß ein gelernter Koch die Küche führte und eine fettarme Kost zubereitete. Die Stromversorgung durch einen 8-KVA-Generator mit Diesellaggregat und dazugehöriger Beleuchtungseinrichtung gestaltete sich optimal. Dagegen bewährte sich die Trinkwasser-Aufbereitungsanlage (Berkefeld) in der für den Einsatz bestimmten Ausführung nicht. In der Höhenlage von 1700 Metern zeigte es sich, daß die Zweitakt-Antriebsmotoren der Pumpen zu schwach ausgelegt waren, auch die Startereinrichtung funktionierte nicht immer einwandfrei. Außerdem führte der Schluffsand im Wasser durch seine ständige Schleifwirkung zu häufigen Lagerschäden an den Pumpen. Der filtertechnische Teil der Anlage arbeitete dagegen fehlerfrei.

Die ärztliche Versorgung der Helfer war in vollem Umfang gesichert, da ein THW-Arzt im Lager zur Verfügung stand und in der Nähe der Einsatzorte sich mehrere Krankenhäuser befanden. Die Arzneiversorgung war gut vorbereitet, nach Kenntnis der ruandischen Verhältnisse sogar etwas zu umfangreich.

Die Zusammenarbeit der THW-Gruppe mit den deutschen Entwicklungs-Beratern der GTZ (früher Gawi) bei der Firma Ponts et Chaussées gestaltete sich gut.

Das einwandfreie Verhalten der Helfer und ihr persönlicher Einsatz sind besonders hervorzuheben. Insgesamt ist man zu der Auffassung gelangt, daß sich das THW für die Durchführung ähnlicher Einsätze ausgezeichnet eignet.



Brückenbau-Einsatz in Ruanda: Teile einer Brücke werden eingebaut.



Mit fast 40 Metern Stützweite war die Bailey-Brücke über den Mwogo der größte Bauauftrag. Auf unserem Bild ist die Brücke bereits eingefahren.



# MAGAZIN 9'75



## Aus dem Inhalt

### Umschlagseite 2:

„Bailey-Brücken für Ruanda“ — THW in Afrika.  
31 Helfer im Brückenbau-Einsatz.

### Seite 5:

„Der Jahrhundert-Brand — eine beispiellose Katastrophe“ — Mit 13 000 Mann, mit Panzern, Flugzeugen, Hubschraubern, Wasserbomben und Spezialgerät gegen lodernde Flammenmeere.

### Seite 8:

„Es gibt kein Patentrezept für jede vorstellbare Katastrophe“ — Interview mit dem niedersächsischen Innenminister Rötger Gross.

### Seite 13:

„Schnelle Hilfe für Rumänien“ — Schwere Hochwasserkatastrophe. Bundesregierung stellte sechs Millionen DM bereit.

### Seite 16:

„Zugunglück bei Hamburg forderte elf Todesopfer“ — Nahverkehrszug kollidierte mit Güterzug. Bergungseinsatz dauerte bis in die Morgenstunden.

### Seite 18:

„Die Erde gibt nach“ — Alarm in Ronnenberg. THW sicherte im Gebiet der Kaligrube Ronnenberg zahlreiche Gebäude.

### Seite 20:

„Bestandteil der gesundheitlichen Versorgung“ — Das baden-württembergische Gesetz über den Rettungsdienst.

### Seite 25:

„Trinkwasser im Notfall“ — 1. Teil: Einsatz mobiler Trinkwasseraufbereitungsanlagen.

### Umschlagseite 3:

„Großeinsatz in Metz“ — Nachbarschaftshilfe über die Grenze. Deutsch-französische Zusammenarbeit war beispielhaft.

## Impressum

Herausgegeben im Auftrag des  
Bundesministeriums des Innern vom  
Bundesverband für den Selbstschutz  
5 Köln 41, Eupener Straße 74  
Telefon: (02 21) 49 50 71

## Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „ZS-MAGAZIN“ erscheint monatlich

## Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

## Redaktion:

Jochen von Arnim  
Helmut Freutel  
Erich W. van gen Hassend  
Dr. Evelyn Henselder  
Alfred Kirchner

## Anschrift der Redaktion:

5 Köln 41, Eupener Straße 74  
Postfach: 450 247, Ruf (02 21) 49 50 71

## Grafik und Layout:

Wolfgang Wilczek  
im Mönch-Verlag Bonn

## Druck, Herstellung und Vertrieb:

Verlag P. A. Santz,  
599 Altna, Postfach 137  
Tel.: (0 23 52) 28 21, Telex: 08 229 311


Manuskripte und Bilder nur an die  
Redaktion. Für unverlangt eingesandte  
Beiträge keine Gewähr. Nachdruck  
einzelner Beiträge, auch im Auszug,  
nur mit Quellenangabe und mit  
Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge  
geben die Meinung der Verfasser  
wieder und müssen nicht unbedingt  
mit der Auffassung der Redaktion  
übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.

Abonnement vierteljährlich DM 8,40,  
jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind  
5,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten.  
Die Kündigung eines Abonnements  
kann nur zum Schluß eines Kalender-  
vierteljahres erfolgen. Sie muß bis  
spätestens an dessen erstem Tag  
beim Vertrieb eingehen. Bestellungen  
beim Vertrieb.

 Tatsächlich verbreitete  
Auflage: 106 100 Exemplare  
IVW-geprüft.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im  
Falle höherer Gewalt oder bei  
Störung des Arbeitsfriedens besteht  
kein Anspruch auf Haftung.





UMSCHAU

### Künftig drahtloser Notruf?

Bundeforschungsminister Matthöfer hat eine große deutsche Firma beauftragt, nach neuen Möglichkeiten des Notruf-Meldesystems im Straßenverkehr zu suchen. Dabei soll es darum gehen, die Praktikabilität eines Funkrufs zu analysieren, der zu jeder Zeit von jedem Ort aus gesendet werden kann. Notrufsäulen und Telefon können danach eventuell ergänzt werden durch handliche Send- und Empfangsgeräte, mit denen alle Fahrzeuge ausgerüstet werden können.

### Bremer Feuerwehr zeigte: Sicherheit in Hochhäusern

„Ein Stadtteil stellt sich vor“ — unter diesem Motto fand im Bremer Ortsteil Osterholz-Tenever eine zweitägige Veranstaltung statt. Der Stadtteil gilt als Demonstrativ-Bauvorhaben und entstand als Entwicklungs-Baumaßnahme nach dem Städtebauförderungsgesetz mit besonderer Unterstützung des Bundes. Rund 2200 Wohneinheiten sind in 3- bis 22 geschossiger Bauweise erstellt worden. Die Mehrzahl der Gebäude sind Hochhäuser, also über 22 Meter hoch. Die Fachwelt beobachtete das Bauvorhaben mit besonderem Interesse.

Bei der Planung der Gebäude hatte die Abteilung „Vorbeugender Brandschutz“ der Bremer Feuerwehr bereits den Baugesellschaften beratend zur Seite gestanden. Anlässlich der zwei „Tage der offenen Tür“ informierte die Feuerwehr nunmehr die neuen Bewohner des Stadtteils. Und zwar wurden diesmal nicht nur die üblichen Brandbekämpfungsmaßnahmen, Schnelligkeitsübungen usw. vorgeführt, sondern auch die vorhandenen baulichen Sicherheitsvorkehrungen und Feuerlöscheinrichtungen erläutert, wie etwa Sicherheits-Treppenhäuser, Sicherheits-schleusen, rauchdichte Abschlüsse, Feuerschutztüren, Über- und Unterflurhydranten.

Die Praxis zeigte die Feuerwehr natürlich auch, so Anleitermöglichkeiten bis zu einer Höhe von 30 Metern, die Löschwasserversorgung und — nicht zuletzt — die praktische

Handhabung von Feuerlöschern. Unter den rund 1100 Besuchern befanden sich übrigens Bundeswohnungsbauminister Ravens und der Bremer Bausenator Seifriz.



Teil der praktischen Vorführungen der Feuerwehr im neuen Bremer Stadtteil Osterholz-Tenever: Anleitermöglichkeiten mit der Drehleiter.

### BVS-Veranstaltungen an der Katastrophenschutzschule des Bundes

Der Bundesverband für den Selbstschutz führt im November 1975 an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler (KSB) im Lehrbereich Selbstschutz die nachfolgenden Veranstaltungen durch. Teilnehmermeldungen sind der KSB — Lehrbereich Selbstschutz — mindestens vier Wochen vor Veranstaltungsbeginn durch die BVS-Landesstellen vorzulegen.

Nr.	Veranstaltung	in der Zeit	
		vom	bis
102	BVS-Fortbildungslehrgang „BVS-Redner“	4. 11.	7. 11.
103	BVS-Fachlehrgang „Allgemeine Staats- und Verwaltungskunde“	4. 11.	7. 11.
104	Arbeitsseminar „Strahlenschutz“	4. 11.	7. 11.
105	Arbeitsseminar „Zivile Verteidigung“	11. 11.	14. 11.
106	Arbeitsseminar „Strahlenschutz“	11. 11.	14. 11.
107	Informationsseminar	11. 11.	14. 11.
108	Informationsseminar	25. 11.	28. 11.
109	BVS-Fortbildungslehrgang „BVS-Redner“	25. 11.	28. 11.
110	BVS-Fortbildungslehrgang „BVS-Fachlehrer“	25. 11.	28. 11.

### „... so weit die Füße tragen“

Die Helfer der Regieeinheiten des Katastrophenschutzes der Stadt Münster sind ausgezeichnet zu Fuß — und das nicht nur im Katastrophenfall. Sie stellten in diesem Jahr für den bekannten Vier-Tage-Marsch von Nijmegen (Niederlande) eine Mannschaft, nachdem diese Idee zunächst nur theoretisch diskutiert worden war. Der zuständige Dezernent der Stadt, Dr. Kelm, gab für das Vorhaben das berühmte „Grüne Licht“, dann begann das Training. Jeweils Mittwochabend fand ein Konditionstraining, dazu am Samstagvormittag ein Marschtraining unter „Trainer“ Günter Mernke statt. Schon dabei wurden die zu erwartenden Strapazen deutlich, die die

200 Kilometer von Nijmegen jedem Teilnehmer bringen würden. Unter „Marschleiter“ Siegfried Schellhaus reisten die so vorbereiteten Münsteraner, hauptsächlich Helfer aus dem Fernmeldedienst, nach Nijmegen. Vier Tage lang wurde jeden Morgen um 3 Uhr geweckt, um 4.30 Uhr fiel der Startschuß, spätestens um 17 Uhr war die Endkontrolle zu durchlaufen — jeden Tag auf einer anderen Route durch die Umgebung der holländischen Stadt. Die Münsteraner marschierten neben zahlreichen Militärmannschaften aus dem Ausland wacker mit, ständig angefeuert von den zahlreichen Zuschauern, die die Wettkampfstrecken



umsäumten. Der aus Münster mitgebrachte Arzt hatte reichlich zu tun, um den eigenen und auch vielen anderen Marschierern die Schmerzen von Blasen, Zerrungen und Hautabschürfungen zu lindern. Alle Strapazen wurden am vierten und letzten Tage vergessen, als Zehntausende

die wackeren Marschierer im Zentrum von Nijmegen begrüßten. Die Westfalen hatten es geschafft, sie erhielten als „Lohn“ das vergoldete Bronzekreuz des „Königlich-Niederländischen Bundes für Leibeserziehung“, die Versorgungsmedaille und die Erinnerungsmedaille für Gruppen.

### Hilfe für Südvietnam wird fortgesetzt



### Als deutsche Hilfe für Südvietnam werden in Bremerhaven Ambulanzwagen verschifft.

Da die diplomatischen Beziehungen noch nicht reaktiviert sind, können für Südvietnam bilaterale Hilfsmaßnahmen von Regierungsseite nicht anlaufen. Die drei großen deutschen Hilfsorganisationen führen daher Hilfsprogramme für Südvietnam im Auftrag der Bundesregierung durch. Den deutschen Hilfsmaßnahmen wurden die von der Provisorischen Revolutionsregierung übermittelten Hilfsbedürfnisse zugrunde gelegt. Sie konzentrieren sich auf die Lieferung von

- Nahrungsmitteln, um die kriegsbedingten Ernteauffälle auszugleichen,
- Düngemitteln, die die landeseigene Nahrungsmittelproduktion steigern helfen und die Eigenversorgung des Landes alsbald wieder ermöglichen sollen,
- medizinischen Hilfsgütern, um die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

Alle Hilfslieferungen werden als Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik Deutschland gekennzeichnet;

### Bundesinnenminister Prof. Maihofer zum 25 jährigen Jubiläum des THW

Bundesinnenminister Prof. Dr. Werner Maihofer hat aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Technischen Hilfswerkes an alle Mitarbeiter und

die Sendungen gehen unmittelbar nach Danang. Das Diakonische Werk lieferte rund 3 000 mt Reis (Wert: 2 Millionen DM), der Deutsche Caritasverband stellte 200 mt Magermilchpulver, 20 VW-Krankswagen, 200 Ärzteausrüstungen und rund 2 300 mt Düngemittel (Gesamtwert: 2,1 Millionen DM) zur Verfügung; das Deutsche Rote Kreuz beteiligte sich mit Sanitätsgeräten, Verbandstoffen, zwei kompletten Röntgenanlagen, 10 VW-Ambulanzen und mit Bedachungsmaterial (Gesamtwert: 2 Millionen DM). Der erste Sammeltransport auf Kosten des Bundes, 4 580 mt Hilfsgüter, traf auf MS „Saarland“ Anfang August in Danang ein. MS „Burgenstein“ nahm in einem zweiten Sammeltransport 1 820 mt Hilfsgüter und 32 VW-Ambulanzen mit; das Schiff erreichte Mitte August den Hafen von Danang. Ein dritter Transport mit MS „Riederstein“ umfaßte 3 776 mt Hilfsgüter und erreichte Südvietnam Ende August. Ein vierter und letzter Sammeltransport war mit MS „Rheinland“ für Anfang September vorgesehen.

Helfer ein Grußwort gerichtet: „Am 22. August 1950 erteilte der damalige Bundesminister des Innern den Auftrag, die Vorbereitungen zum

Aufbau einer gemeinnützigen technischen Hilfsorganisation zu treffen. Damit war der erste Schritt zur Errichtung des Technischen Hilfswerkes getan. 25 Jahre sind seitdem vergangen. Aus zaghaften Anfängen hat sich das Technische Hilfswerk zu einem gewichtigen Bestandteil des Katastrophenschutzes entwickelt. Unsere freiwilligen Helfer und hauptamtlichen Kräfte der Bundesanstalt haben inzwischen bei ungezählten Einsätzen im In- und Ausland in Not geratenen Menschen Hilfe gebracht, vorbildlich jüngst erst wieder bei der Brandkatastrophe in Niedersachsen. Ihnen allen, die im Bewußtsein ihrer Verantwortung unter persönlichen Opfern und nicht selten ganz im Stillen Dienst für den Nächsten leisten, gilt am heutigen Tage mein ausdrücklicher Dank und meine besondere Anerkennung.“

Der Bundesminister hatte bereits drei Tage zuvor den Helfern des THW für ihren Einsatz in Niedersachsen gedankt. In einem Fernschreiben des Ministers heißt es:

„Während der Waldbrand-Katastrophe, durch die in den letzten Tagen in Niedersachsen viele unserer Mitbürger gefährdet und in große Not gebracht worden sind, hat das Technische Hilfswerk zusammen mit dem Bundesgrenzschutz und anderen Organisationen in unermüdlichem selbstlosen Einsatz gegen das Feuer angeköpft. Dafür spreche ich allen Helfern des Technischen Hilfswerkes, die in den niedersächsischen Katastrophengebieten eingesetzt waren, meinen persönlichen Dank und meine besondere Anerkennung aus.“

### Neue Brandschutz-Seminare

Im Herbst und Winter dieses Jahres finden wieder Seminare über Fragen des Brandschutzes an der Technischen Akademie Esslingen sowie im „Haus der Technik“ in Essen, dem Außeninstitut der Technischen Hochschule Aachen, statt. Die Termine und Themen: 9. Oktober, „Haus der Technik“, Essen: „Brandschutz und Feuersicherheit im Warenhaus und Supermarkt“; 5. und 6. November, „Haus der Technik“, Essen: „Das Feuerschutzprogramm für den modernen Industriebetrieb“.

1. und 2. Dezember, Technische Akademie, Esslingen: „Moderner Brandschutz stoppt steigende Brandschäden“. Die Leitung der Seminare hat jeweils Brand-Ing. Fritz Isterling, 7417 Urach, Adalbert-Stifter-Straße 24.



## Rettungshubschrauber für 30 Pfennige

Im Rahmen einer neuen Briefmarkenserie der Deutschen Bundespost gibt es jetzt für 30 Pfennige an den Postschaltern das Abbild eines Rettungshubschraubers zu kaufen. Die Marke wird sicherlich dazu beitragen, den oftmals lebensrettenden Einsatz der Hubschrauber weithin bekannt zu machen.



## Gesetz über die Beförderung gefährlicher Güter

Im Bundesgesetzblatt Nr. 95 vom 12. August 1975 ist das „Gesetz über die Beförderung gefährlicher Güter“ vom 6. August 1975 veröffentlicht, das der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates beschlossen hat. In § 2 dieses Gesetzes ist der Begriff „gefährliche Güter“ definiert: „Gefährliche Güter im Sinne dieses Gesetzes sind Stoffe und Gegenstände, von denen auf Grund ihrer Natur, ihrer Eigenschaften oder ihres Zustandes im Zusammenhang mit der Beförderung Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung, insbesondere für die Allgemeinheit, für wichtige Gemeingüter, für Leben und Gesundheit von Menschen sowie für Tiere und andere Sachen ausgehen können.“ Durch das Gesetz wird die Bundesregierung ermächtigt, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften über die Beförderung gefährlicher Güter zu erlassen, so über die Zulassung der Güter zur Beförderung, die Kennzeichnung, die Verpackung, das Verhalten und die Schutz- und Hilfsmaßnahmen nach Unfällen. Das Gesetz umfaßt auch Bestimmungen zur Überwachung sowie Strafvorschriften.

## Haushaltsentwurf 1976

Am 28. August hat die Bundesregierung die erste Phase ihrer Beratungen zum Haushaltsentwurf für das Jahr 1976 abgeschlossen. In der Tagespresse sind die Maßnahmen zur Haushaltsverbesserung des Bundes ebenso wie die Kürzungen der Einzelplafonds bereits ausführlich dargestellt worden. Im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 106 vom 2. September ist der Haushaltsentwurf für 1976 nach Einzelplänen aufgeschlüsselt. Danach beträgt das Haushaltssoll des Einzelplanes 36 „Zivile Verteidigung“ für 1975 569,5 Mill. DM. Im Entwurf für 1976 sind für Zivile Verteidigung 532,7 Mill. DM ausgewiesen, das entspricht einer Verminderung um 6,5 Prozent.

## DLRG als Katastrophenschutz – Organisation anerkannt

Der Pressedienst der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V. teilt mit: Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz hat durch einen entsprechenden Erlaß nunmehr offiziell festgestellt, daß die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) „geeignet ist, im Katastrophenschutz mitzuwirken“. Nach dem Arbeiter-Samariter-Bund, dem Deutschen Roten Kreuz, der Johanniter-Unfall-Hilfe und dem Malteser-Hilfsdienst ist die DLRG die erste private Organisation, bei der diese sogenannte „allgemeine Eignung“ amtlich festgestellt wurde. Die speziellen Mitwirkungsmöglichkeiten der DLRG im Rahmen des erweiterten Katastrophenschutzes werden vor allem auf dem Gebiete des Wasserrettungsdienstes liegen. Immerhin stehen in der DLRG fast 800 Motorrettungsboote, über 1000 Wiederbelebungsgeräte, nahezu 1900 Tauchgeräte, etwa 1400 Funksprechgeräte sowie fast 200 Einsatzwagen zur Verfügung.

## Bundesländer überprüfen ihr gesetzliches Instrumentarium

Zahlreichen Pressemeldungen der letzten Wochen ist zu entnehmen, daß die einzelnen Bundesländer und Berlin — ausgehend von der Brandkatastrophe in Niedersachsen — ihr gesetzliches Instrumentarium im Bereich des Katastrophenschutzes überprüfen. So schrieb der Innen-

senator von Bremen, Fröhlich, in einem Beitrag, daß die Vorbereitungen für den Aufbau der Katastrophenschutz-Bereiche aufgrund der Katastrophenschutz-Verordnung von 1973 weitergeführt werden. 3200 Helfer stünden in Bremen bereit, deren Einsatzbereitschaft durch intensive Ausbildung erhöht würde. Der Senat von Berlin teilte auf eine Kleine Anfrage mit, daß der Katastrophenschutz nach Ansicht des Senats sachgerecht ausgerichtet sei. Eine Musterübung für die Katastrophenschutz-Stäbe werde vorbereitet. Der nordrhein-westfälische Innenminister Hirsch kündigte an, daß ein Katastrophenschutzgesetz des Landes im Frühjahr ins Parlament gehe. Zugleich will das Land NRW eine „Checkliste“ ausarbeiten, nach der ein Einsatzleiter im Katastrophenfall „automatisch“ Maßnahmen abhaken kann. Für das Land Hessen erklärte Innenminister Bielefeld, daß man gut vorbereitet sei und noch in dieser Legislaturperiode ein Katastrophenschutzgesetz verabschieden will.

Innenminister Schwarz, Rheinland-Pfalz, betonte, daß man nicht pauschal sagen könne, beim Katastrophenschutz liege alles im argen, jedoch forderte Schwarz mehr Mittel für diesen Aufgabenbereich. Der Katastrophenschutz habe noch nicht den erforderlichen Stellenwert; Weiterbildung der Krisenstäbe, mehr Übungen und länderübergreifende Stäbe sind nach Meinung von Schwarz erforderlich. Für Baden-Württemberg erklärte Ministerpräsident Filbinger, daß der Entwurf eines Katastrophenschutzgesetzes von der Landesregierung verabschiedet worden sei und Anfang 1976 im Parlament beraten werden soll. Das Gesetz soll kurzfristig wirksam werden. Nach Filbingers Worten werden keine wesentlichen Schwierigkeiten bei der Beratung erwartet.

## Bremer Senat dankt Brandhelfern

Im Namen des Senats der Hansestadt Bremen hat Innensenator Helmut Fröhlich brieflich den Helfern gedankt, die bei der Brandkatastrophe in Niedersachsen eingesetzt waren. Gleichzeitig gab der Senator das Lob und die Anerkennung des niedersächsischen Innenministers weiter. Senator Fröhlich fand auch Worte des Dankes für die Betriebe, die oft innerhalb kürzester Zeit die Helfer von der Arbeit freigestellt hatten.



# Der „Jahrhundert-Brand“ – eine beispiellose Katastrophe

Mit 13000 Mann, mit Panzern, Flugzeugen, Hubschraubern, Wasserbomben und Spezialgerät gegen lodernde Flammenmeere

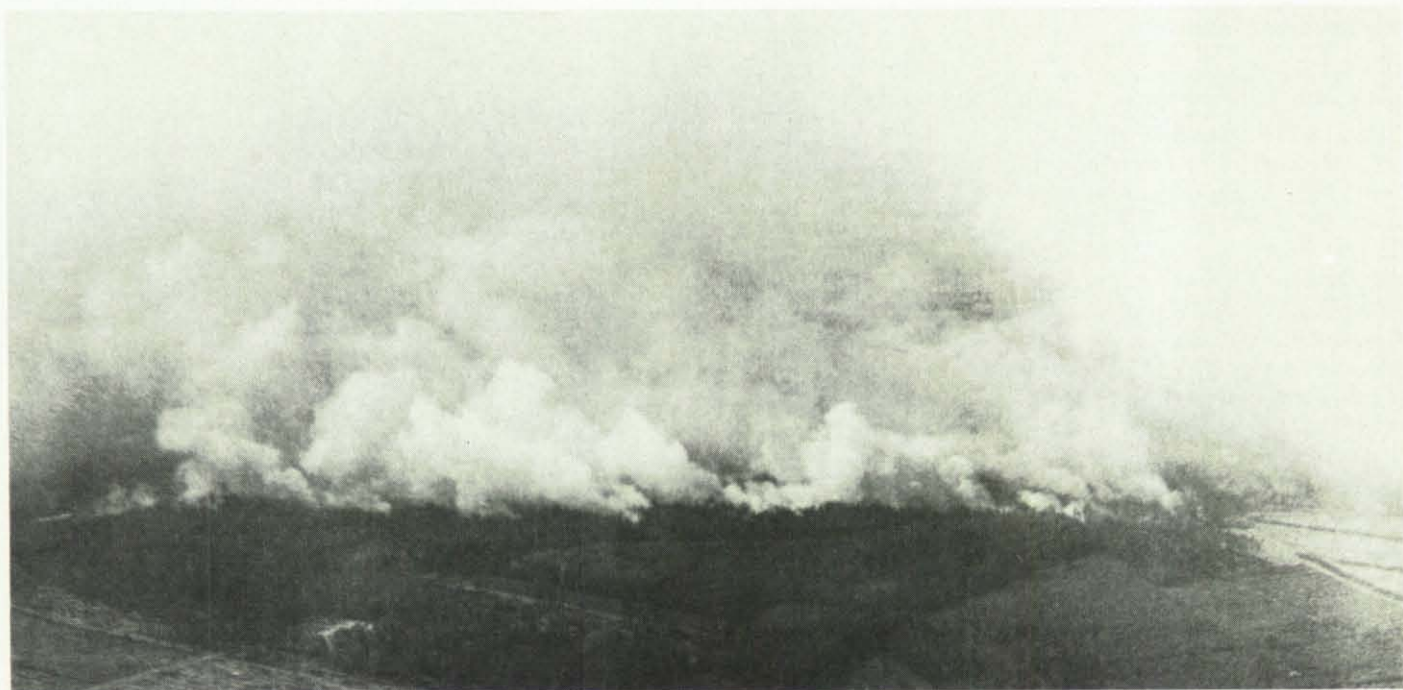
Tagelang standen im August im östlichen Niedersachsen hohe und kilometerlange schwarze Rauchfahnen als weithin sichtbare Zeichen der Brände von Wald- und Heidegebiet am Himmel. Wie konnte es dazu kommen?

Anfangs wurde ein Flächenbrand nordöstlich von Gifhorn gemeldet. Fast gleichzeitig entstand ein Waldbrand bei Unterlüß im Osten des Kreises Celle. Was auch immer die Ursachen waren, achtlos fortgeworfene Zigarettenstummel, abgeflämte Stoppelfelder oder Brandstiftung, die Brände weiteten sich in vertrocknetem Gehölz und verdorrter Heide bei wechselnden und zum Teil starken Winden mit großer Geschwindigkeit aus. Der Brand bei Unterlüß war zwar neun Stunden nach seinem Ausbruch unter Kontrolle, doch erfaßte er 300 Hektar. Dann wurden plötzlich immer

mehr Brände lokalisiert. Auf Flächen mit Ausdehnungen zwischen 50 und 150 Hektar entstanden um die Kreisstadt Soltau neue Brände bei Wietendorf, Visselhövede, Woltem, Behningen und Schneverdingen. Ein Feuer im Landkreis Meppen, das am zweiten Tag der Brandserie rund 60 Hektar Kiefernwald vernichtet hatte, konnte von den Einsatzkräften nach vier Stunden gelöscht werden. Alle verfügbaren Feuerwehren wurden in den Einsatz geschickt, verstärkt durch Helfer, Fahrzeuge und Geräte des Technischen Hilfswerks. Doch gegen die Vielzahl der Brände, die an immer neuen Orten aufloderten, die selbst aus Brandherden, die eingedämmt schienen, plötzlich neu hervorzüngelten, waren sie machtlos. Ein zehn Mann starker Löschzug wurde von den Flammen eingeschlossen. Fünf der Männer kamen in dem Inferno ums Leben.

## Brände weiten sich aus

Bald waren 2000, dann 3000, dann 4000 Männer im Einsatz. Neben dem Katastrophenschutz kämpften Bundesgrenzschutz und Bundeswehr gegen das Feuer. Zunächst zogen Raupenfahrzeuge und Bergungspanzer Fahrzeuge der Feuerwehr und des Technischen Hilfswerks, die sich im Moor festgefahren hatten und ein Raub der Flammen zu werden drohten, aus dem Gefahrenbereich. Später schlugen sie Schneisen durch das gefährdete Wald- und Heidegebiet. Als man zwei Tage nach Beginn der Brände noch immer nicht überall Herr der Lage war, wurden die Probleme immer größer. Zwar waren um diese Zeit schon 3000 Helfer im pausenlosen Einsatz, kämpften alle verfügbaren Brandschutzeinheiten aus der Umgebung und zum Teil auch aus Braunschweig, Salzgitter und Hannover,



Mit einer Geschwindigkeit bis zu 15 Stundenkilometern fraß sich das Feuer auf breiter Front durch die pulvertrockene Heide und ausgedehnte Waldgebiete.



unterstützt von Wasserwerfern der Polizei und Berieselungsanlagen der Landkreisverwaltung, gegen Brände und Brandnester, doch fraßen sich die Brände an vielen Stellen unaufhaltsam voran. Die Flammen schlugen 30 bis 50 Meter hoch und dehnten sich mit Radfahrergeschwindigkeit (15 km/h) aus. Schlechte Wegverbindungen im Katastrophengebiet, mangelnde Wasserversorgung, schwierige Kraftstoffbeschaffung, wechselnde Winde, beißender Rauch und teilweise fehlende Schutzmasken verringerten die Erfolgsaussichten, die Brände unter Kontrolle zu bekommen.

### Inzwischen 7000 Helfer

Zu den weiteren Unglücksnachrichten, die aus dem Katastrophengebiet kamen, gehörte die Meldung, daß die ersten Häuser der Moorgemeinden Neudorf-Platendorf geräumt werden mußten. Hier wie zwischen den Gemeinden Stüde und Grüßendorf drangen die Flammen ebenfalls immer weiter vor.

Inzwischen brannte es in den Gebieten von Meinersen-Leiferde, im Kreis Celle zwischen Oldendorf und Eschede sowie im Kreis Hannover bei Ramlingen. Die Zahl der Helfer war am dritten Tag des Brandes schon auf 7000 gestiegen. Der Regierungsbezirk Lüneburg, einer der waldreichsten im Bundesgebiet, war schon zum Katastrophengebiet erklärt worden.

### Kritik wird laut

Und immer noch brannte es. Nervosität breitete sich bei Politikern, Feuer- und Forstfachleuten aus, kritische Stimmen wurden laut, Schuldige wurden gesucht; einige Journalisten, die früher bei allen Bemühungen um eine Verstärkung des Katastrophenschutzes Kriegsvorbereitungen witterten, fanden die Ausstattung plötzlich unzulänglich. Nur wenige bedachten, daß eine solche Feuersbrunst für den Katastrophenschutz eine gewaltige Aufgabe ist, daß Stabsrahmenübungen zwar wenig kosten, aber kein Einsatz für teure, großangelegte praktische Übungen sind. Aber selbst Übungen großen Stils, mögen sie noch so realistisch angelegt sein, halten den Vergleich mit einem Ernstfall nicht stand.

Dies soll nicht bedeuten, daß es hier und da am Einsatzablauf nichts zu kritisieren gibt. Doch sollte man zu-

nächst einmal über die hervorragenden Einzelleistungen dieser Helfer sprechen, die mit dem Mute der Verzweiflung gegen die prasselnden Feuerwände kämpften.

### Wasserbomber im Einsatz

Während sich in der öffentlichen Meinung Kritik an der Koordination des Einsatzes breit machte, fraß sich das Feuer weiter, loderten neue Brände auf, kämpften immer mehr Einsatzkräfte, inzwischen auch aus anderen Bundesländern herbeigeht, gegen Brand und Rauch, Hitze und Gefahr.

Aus drei Ortschaften bei Eschede mußten 60 Menschen mit Hubschraubern evakuiert werden, nachdem das Feuer bis an die Ortsränder vordrungen war. Helikopter retteten auch Feuerwehrleute und Bundeswehrsoldaten, die plötzlich in der Flammenhölle eingeschlossen waren. Unterdessen lief eine bundesweite Hilfsaktion an. Außerdem waren drei französische Spezialflugzeuge, sogenannte Wasserbomber, eingetroffen, die stündlich 36 000 Liter Wasser zur Bekämpfung des Großfeuers abladen. Sie holten das Wasser im rollenden Einsatz aus dem Steinhuder Meer. Am Dienstag, am 5. Tag seit dem Beginn der Brände, hatte das Feuer

eine Ausdehnung von 50 Quadratkilometern erreicht. Im Raum Eschede breitete sich das Feuer so schnell aus, daß Eisenbahnlinien sowie die Bundesstraße 191 zwischen Garßen und Eschede bedroht wurden und zeitweilig gesperrt werden mußten. In weiten Teilen des Katastrophengebietes vernichteten die Flammen Telegrafmasten, wodurch mehrere Telefonverbindungen unterbrochen wurden.

Immer schwieriger wurde es, eine genaue Analyse des Gesamtgeschehens zu erhalten. Für die vor Ort eingesetzten Kräfte war es bei der Vielzahl der Brände unmöglich festzustellen, ob und wo es sich um Dauerbrandherde handelte, aus denen beim geringsten Windzug wieder die Flammen schlagen würden. Das Ausmaß der Brände konnte nur vom Flugzeug aus richtig beurteilt werden. Doch selbst hier ergab sich kein lückenloses Bild, weil sich immer wieder Brände schlagartig ausbreiteten.

### Neue Erkenntnisse

Für viele, die zum erstenmal vor der Aufgabe standen, einen Flächenbrand in der Heide zu löschen, gab es ganz neue Erkenntnisse. Da entstanden plötzlich Schwierigkeiten mit dem



Im Kampf gegen die größte Waldbrandkatastrophe standen schließlich Feuerwehren und Hilfskräfte aus fast allen Bundesländern.



sonst so bewährten Wasser. Es verdampfte in der Hitze und versickerte im ausgedörrten Boden. An chemischen Zusätzen mangelte es. Vor allem aber mußte das Wasser erst einmal unter großen Schwierigkeiten herans transportiert werden. Dann konnte man versuchen, das Feuer zu stoppen und bisher unbeschädigte Objekte zu retten. Das ist auch in der Heimat der Wasserbomber — Frankreich — das Prinzip, das bei ungezählten Bränden bisher erfolgreich angewendet werden konnte. Fünfeinhalb Tonnen Wasser, mitten in ein Großfeuer gesetzt, verzischt und versickert ohne nennenswerten Erfolg. Darum warfen die Wasserbomber und die Hubschrauber das Wasser zunächst dort ab, wohin sich bei der gerade herrschenden Windrichtung das Feuer fressen wollte. Erst wenn dem Feuer Einhalt geboten worden war, erfolgten weitere Abwürfe auf die Ränder der Brandstelle. Die Wasserlast der Wasserbomber wird auf Hebeldruck in 1,2 Sekunden ausgelöst. Dabei gehen die Maschinen auf eine Flughöhe von etwa 30 bis 70 Metern hinunter. Durch den Abwurf wird ein Wasserteppich von 60 x 120 m erzielt.

Als wirksam haben sich Schneisen um das Brandgebiet herum erwiesen. Erst wenn vor der anrückenden Feuerwand ein Waldstreifen rigoros abgeholzt wird, wenn also dem Feuer die Nahrung entzogen wird, kann man den Brand stoppen. Mit Hilfe der Bergungspanzer der Bundeswehr war es möglich, Schneisen in einer Gesamtlänge von über 100 Kilometern zu ziehen. Doch selbst bei Schneisen mit einer Breite von 50 Metern und mehr war höchste Wachsamkeit geboten, weil selbst dort durch Funkenflug das Feuer überspringen konnte.

Es gehört mit zu den laienhaften Vorstellungen, daß man nur die Windrichtung festzustellen braucht, um zu wissen, wo Schneisen geschlagen werden müssen. Im Katastrophengebiet von Niedersachsen war wegen der ständig wechselnden Windrichtungen überhaupt nicht mit Sicherheit vorherzusagen, wo Schneisen geschlagen werden sollten. So mußte es vorkommen, daß sie auch am falschen Ort geschlagen wurden, wodurch natürlich wertvolle Kräfte und Geräte zunächst dort gebunden wurden, wo sie nicht gebraucht wurden, während sie an anderen Orten fehlten. Dies liegt aber in der Natur der Sache und kann keinem der Verantwortlichen angelastet werden.



**Mehr als 8000 Hektar Wald sind in eine verbrannte, unwirkliche Landschaft verwandelt worden. Im Naturpark Süd-Heide stehen diese schwarzen, verkohlten Stämme — es wird Jahre dauern, bis der Mensch hier wieder Erholung findet.**

Andere Löschmethoden, die gefordert wurden, wie Gegenfeuer oder Sprengungen — Letzteres ein Verfahren, das man beim Löschen brennender Ölbohrungen praktiziert — sind für die Wald- und Heidebrandbekämpfung völlig ungeeignet. Lediglich die Anwendung von Schaumlöschkanonen, mit denen amerikanische Hubschrauber eingriffen, waren erfolgreich, wenn es darum ging, vorbeugend Objekte zu schützen.

### **Evakuierungen angeordnet**

Die Bekämpfung der Flächenbrände wurde im Verlauf des Einsatzes immer mobiler. Bergepanzer der Bundeswehr rollten durch den Rauch auf die Flammenwände zu und schoben mit ihren breiten Planieraupen Berge von staubtrockenem Boden in die Flammen hinein. Hubschrauber der Heeresflieger aus Rheine, die ähnlich den drei französischen Wasserbomben betankt werden können, indem Spezialfahrzeuge innerhalb von 90 Sekunden 4000 Liter Wasser in die Kunststoff-Tanks jagen, fanden ein großes Betätigungsfeld. Durch konzentrierten Einsatz der französischen Wasserbomber wurde im Kreis Uelzen ein vom Brand bedrohtes Gehöft vor der Vernichtung bewahrt.

Für mehrere Ortschaften wurde vorsorglich die Evakuierung der Bevölkerung angeordnet. Bei Abklingen der Gefahr durften die etwa 3000 Menschen wieder in ihre Häuser zurückkehren. Kindern, Kranken und alten Leuten wurde ein längerer Evakuierungsaufenthalt angeraten. Im Kernpunkt des Katastrophengebietes mußten Strom und Gas abgestellt werden, um nicht weitere Gefahren aufkommen zu lassen. Unablässig wurde an der Verbreiterung der Schneisen gearbeitet, die durch Löschmannschaften sowie durch die Wasserbomber und die mit Hubschraubern gesetzten Wasserbomben naß gehalten wurden. Am siebten Tag waren die Flammen endlich bezwungen.

### **Die erste Bilanz**

Eine erste Bilanz nach der Katastrophe wies aus, daß in Niedersachsen 8 213 Hektar Wald (ohne Heide und Moor) vernichtet wurden. Der weitaus größte Schaden entstand mit 8 000 Hektar in den Kreisen Celle, Lüchow, Gifhorn und Harburg. Die Schadenssumme wird auf 40 Millionen Mark geschätzt. Für die Räumung der verbrannten Gebiete und die Wiederaufforstung werden weitere 60 bis 80 Millionen Mark aufzuwenden sein. Bei einer größeren Zahl der etwa 80 Brände ergab sich der Verdacht auf Brandstiftung. Es kam zu Festnahmen potentieller Brandstifter. Zur Brandbekämpfung waren zuletzt 13 690 Helfer eingesetzt. Mit 7600 Mann stellte die Bundeswehr das größte Kontingent. Feuerwehr, Helfer des THW, Angehörige des Bundesgrenzschutzes, eine Hundertschaft der Bereitschaftspolizei, 200 englische Soldaten und 350 Helfer des DRK löschten oder halfen anderweitig. Nachdem die Brände weitgehend gelöscht worden waren, schwelte das Feuer an vielen Stellen im Boden weiter. Deshalb flogen Hubschrauber von Bundeswehr, Grenzschutz und Polizei, die zuvor u. a. zum Abwurf von „Wasserbomben“ benutzt worden waren, Brandwache. So wurden neue oder wiederaufgeflackerte Brände rechtzeitig entdeckt und bekämpft, bevor wieder größerer Schaden entstand. Die Brandkatastrophe von Niedersachsen, soviel steht heute fest, wird noch geraume Zeit die Verantwortlichen beschäftigen und Anlaß sein, Organisation und Ausstattung, Führung und Koordination staatlicher Vorsorge zu überprüfen und da, wo es nötig ist, zu verbessern.



Blickpunkt Niedersachsen:

## „Es gibt kein Patentrezept für jede vorstellbare Katastrophe“

Interview mit dem niedersächsischen Innenminister Rötger Gross

Die Waldbrandkatastrophe von Niedersachsen hat den Katastrophenschutz vor eine ernste Bewährungsprobe gestellt. Tagelang lieferte das Ereignis Schlagzeilen für die Presse, ungezählte fachkundige wie polemische Kommentare sind dazu geschrieben worden. Als Fachzeitschrift kann sich das ZS-MAGAZIN natürlich nicht auf reine Berichterstattung über diesen „Jahrhundert-Brand“ beschränken, deshalb informierte sich die Redaktion an Ort und Stelle und befragte vor allem die verantwortlichen Personen nach ihren Eindrücken und Erfahrungen. Der Innenminister des Landes Niedersachsen, Rötger Gross, gab dem ZS-MAGAZIN in Hannover ein Exklusiv-Interview, in dem der Politiker darlegte, welche Konsequenzen aus der Katastrophe zu ziehen sind. Ein weiteres Interview mit dem Landesbeauftragten des THW für Niedersachsen, Sahlender, finden unsere Leser an anderer Stelle in diesem Heft.

**ZS-MAGAZIN:** Herr Minister Gross, das Ausmaß der Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen hat die deutsche Öffentlichkeit erschreckt. War die Katastrophe vorherzusehen und zu verhindern?

**Gross:** Es ist immer die Frage, ob man eine Katastrophe vorhersehen kann. Vorhersehen konnte man, daß bei diesen klimatischen Verhältnissen Waldbrände wie in jedem Jahr auftreten würden. Diese Waldbrände sind auch stets von den örtlichen Feuerwehren mit Hilfe anderer Organisationen gelöscht worden. Aber ob man eine Serie von Waldbränden an verschiedenen Stellen, die nicht miteinander in Zusammenhang standen, und zusätzlich dann noch eine große Zahl von Brandstiftungen hätte voraussehen müssen, dies ist eine im Grunde nicht zu beantwortende Frage. Es bleibt — selbst dann,



Der „Jahrhundert-Brand“ in Niedersachsen: War die Katastrophe vorauszusehen?

wenn man sie hätte voraussehen können — immer noch die Frage, was man in konkreten Fällen hätte tun können oder müssen. Denn man weiß ja mit Sicherheit nicht, wo und in welchem Umfang solche Brände entstehen, ob sich ein kleinerer Brand nun zu einer Katastrophe auswächst. Nur dann, wenn man das von vornherein wüßte, könnte man es auch verantworten, beispielsweise von weit her zusätzliche Kräfte heranzuführen, deren Heranzuführen gleichzeitig ein Entblößen an anderen möglicherweise gefährdeten Stellen bedeuten würde. Dieses Risiko muß man gegeneinander abwägen. Eine Sturmflut etwa kündigt sich durch den Tidekalender und durch entsprechende Vorhersagen an. Daß sie in ihrer Spitze nicht

berechenbar ist, ist klar. Sie hat natürlich seinerzeit in Hamburg Schäden verursacht. Bei Bränden ist — wenn ich nur an das Stichwort Wind denke, ständig wechselnder Wind — die Entwicklung zur Katastrophe in keinem Einzelfall so vorauszusehen.

Der durch die extremen Witterungsverhältnisse besonders bedrohlichen Waldbrandgefahr wurde im übrigen frühzeitig durch eine Reihe vorbeugender Maßnahmen begegnet. So wurden seit Mitte Juli 1975 insbesondere im Regierungsbezirk Lüneburg regelmäßig Waldbrand-Überwachungsflüge durchgeführt und ein Teil der Feuerwehren in Alarmbereitschaft versetzt.

**ZS-MAGAZIN:** Der Einsatz von 15 000 Helfern mit modernstem technischen Gerät zeigt, daß Katastrophen dieser Größenordnung



die Aufbietung aller Kräfte erfordern. Sind wir mit der personellen und materiellen Ausstattung des Katastrophenschutzes auf derartige — zugegeben seltene — Notsituationen gerüstet?

**Gross:** Nun, wir haben eine ganze Anzahl von Hilfsorganisationen, angefangen von den Feuerwehren über das THW bis zum Roten Kreuz, Johannitern usw. Alle diese Organisationen stehen in Bereitschaft, sie müssen aber erst einmal mobil gemacht werden. Die Alternative zu diesen Hilfsorganisationen, deren Mitglieder aus dem Beruf herausgeholt werden müssen, wäre ein Zivilschutzkorps — wie es ja 1965 einmal beabsichtigt war. Ich halte dies — wie schon damals — für eine zwar theoretisch sehr schöne, aber praktisch nicht realisierbare Lösung. Und ich muß sagen: Dieser konzentrische, sich ständig verstärkende Einsatz, zusätzlich Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, hat ja das Feuer unter Kontrolle gebracht. Es ist uns gelungen, außer den Schäden in den Wäldern, den Schaden von Gebäuden, von Gehöften, von Menschen doch in einem ganz erstaunlichen Maße fernzuhalten. Das ist bei aller Kritik immer übersehen worden.

**ZS-MAGAZIN:** Die Presse hat in den vergangenen Wochen zahlreiche Kommentare zu der Frage veröffentlicht, ob möglicherweise falsch und zu spät gehandelt wurde, wo die Schwächen des Katastrophenschutzes liegen. Welches sind heute, nachdem wir einigen zeitlichen Abstand gewonnen haben, Ihre wesentlichen Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Katastrophe in Ihrem Land?

**Gross:** Eine abschließende Wertung wird sicher noch nicht möglich sein, aber es drängen sich doch einige Eindrücke auf. Zum einen: Vielen haben diese Waldbrandkatastrophen deutlich gemacht, daß sie sich stärker, als sie es bisher für notwendig hielten, mit dem Thema Katastrophenschutz beschäftigen müssen. Ein zweites: Wir werden sicher alle, die es angeht, dringend auffordern müssen, die Übungen auf den verschiedenen Ebenen, in den verschiedenen Verbänden, auf Kreis-, Regierungsbezirks- oder Landesebene zu intensivieren. Sicher wird auch die Ausbildung manche Änderungen erfahren müssen; manche Führungsprobleme in größeren Einheiten, zivilen



Bei jedem Brand die vordringlichste Aufgabe — unmittelbare Schäden für Menschen und an Gebäuden zu verhindern.



Niedersachsens Innenminister Rötger Gross (mit Karte): Stärker als bisher mit dem Thema „Katastrophenschutz“ beschäftigen.



Tausende von Bundeswehr-Soldaten waren zur Verstärkung der Katastrophenschutz-Kräfte im Einsatz.





**Feuerwehren aus fast allen Bundesländern, Bundeswehr . . .**

Einheiten, müssen intensiver gesehen und dann auch geprobt werden. Es wird einiges an der technischen Ausstattung verbessert werden müssen. Wichtig scheint mir, und ich will daraus nach mancherlei Erfahrung einen Schluß ziehen, daß die Informationswege von unten nach oben — und dementsprechend auch von oben nach unten — verbessert werden müssen, weil nur durch eine schnelle Information über Lage und Bedarf eine Steuerung von oben — sprich also von den zentralen Katastrophenabwehrstäben — vorgenommen werden kann. Daß hier Probleme in den verschiedenen Nachrichtenmedien und den verschiedenen Frequenzen liegen, sei unbestritten.

**ZS-MAGAZIN:** Um gleich daran anzuschließen: Herr Minister, welche Konsequenzen werden Sie für die Organisation, die Ausrüstung und den Einsatz des Katastrophenschutzes ziehen?

**Gross:** Es gibt mit Sicherheit kein Patentrezept, vor allen Dingen kein Patentrezept für jede auch bei großer Phantasie vorstellbare Katastrophe. Wir können also letztlich nur den „Normalfall“ einer Katastrophe ins Auge fassen. Es ist wichtig festzuhalten, daß der erste Zugriff, der erste Angriff, immer von den örtlichen bzw. Kreisstellen kommen muß. Wir können wegen der Ortsnähe darauf nicht verzichten. Das Problem ist, wie man den Zeitpunkt bestimmt, von dem an die örtliche Stelle nicht mehr mit den Katastrophen fertig wird, wann also eine nächste

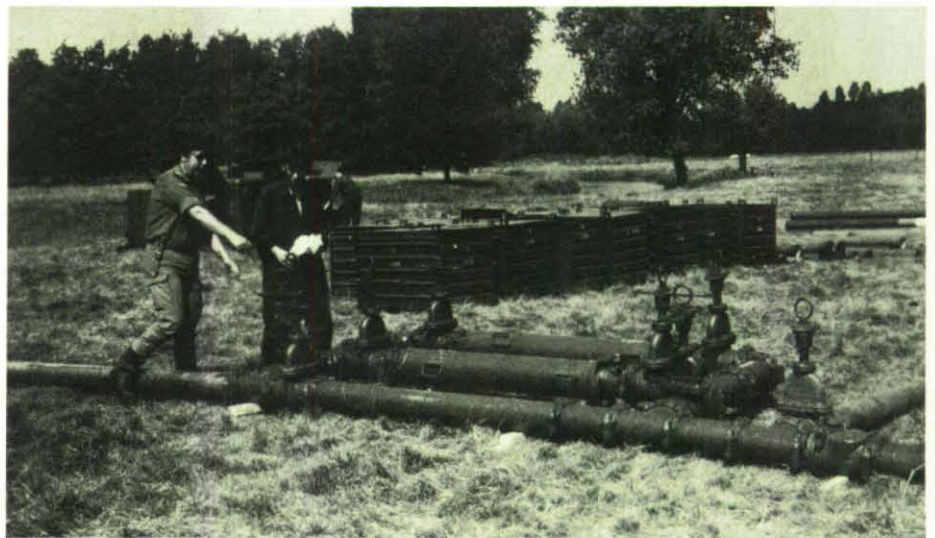
Ebene eingeschaltet werden muß. Ich möchte auch meinen, daß wir an dem Prinzip, auf freiwilligen Helfern den Katastrophenschutz aufzubauen, festhalten sollen, auch wenn es dort Probleme gibt, die jedermann kennt. Aber dieses unmittelbare Engagement so vieler Bürger ist unverzichtbar — ich meine nicht nur aus finanziellen Gründen —, sondern weil das unmittelbare Interesse auch manche Unvollkommenheiten überspielen kann. Im übrigen will ich sagen, daß sich die Katastrophenschutzpläne der Kreise, des Regierungspräsidenten, des Landes durchaus bewährt haben. Das hat sich darin gezeigt, daß die Kreise sehr schnell reagiert haben, und auch das Land — in diesem Falle wegen der besonderen Wetterlage — sich sehr viel früher eingeschaltet hat, als es sonst bei großen

Bränden der Fall gewesen ist. Ich glaube, das Problem ist: Wann stellt man wie fest, ob ein Brand, den man vor sich hat, nun eine Katastrophe wird, die es eben rechtfertigt, zum Beispiel in einem stundenlangen Anflug Flugzeuge aus Frankreich heranzuführen, die dort möglicherweise zur gleichen Zeit auch gebraucht werden.

**ZS-MAGAZIN:** Als Innenminister des Bundeslandes Niedersachsen sind Sie zunächst für den friedensmäßigen Katastrophenschutz zuständig. Der Bund und somit das Bonner Innenressort hat die Aufgabe, den Erweiterungsteil des Katastrophenschutzes für den Verteidigungsfall bereitzustellen. Bonn hatte Ihnen seinerzeit Hilfe angeboten, durch Vermittlung der Bundesregierung verfügten Sie hier im Lande kurzfristig über die französischen



**. . . und THW kämpften eine Woche lang gegen Flammen, Hitze und Rauch.**



**Wassertransport über weite Strecken: Die Bundeswehr legte Pipelines.**



Wasserbomber. Werden Sie Ihrem Ministerkollegen Prof. Maihofer nach den jüngsten Erfahrungen entsprechende Anregungen zum weiteren Ausbau des Gesamtinstruments „Katastrophenschutz“ geben?

**Gross:** Ja. Zunächst werde ich mit Sicherheit darauf hinweisen, daß wir an der Einheit des Katastrophenschutzes mit dem Zivilschutz im Bereich der zivilen Verteidigung festhalten müssen, daß wir hier nicht zwei getrennte Organisationen nebeneinander aufbauen können. Wenn uns in Friedenszeiten auch Bundesgrenzschutz und Bundeswehr zur Verfügung stehen, so können wir in einem Spannungsfall nicht damit rechnen, das heißt, wir müssen den Katastrophenschutz auf dem zivilen Felde aufbauen, müssen ihn aber auch bereithalten für den Spannungsfall. Eines, was wir sicher auch sagen werden, ist, daß manche technischen Großgeräte, die natürlich für einzelne kleine Einheiten, lokale Feuerwehren, gar nicht zu beschaffen sind, doch in einem verstärkten Maße — etwa beim Technischen Hilfswerk — vorrätig gehalten werden müssen. Ich denke etwa an schweres Bergungsgerät, das natürlich bei einer örtlichen Feuerwehr völlig unwirtschaftlich wäre. Eine Erneuerung auch des Fahrzeugparks ist sicher ein Punkt, der beim THW eine Rolle spielt, aber auch wahrscheinlich bei den anderen Organisationen.

**ZS-MAGAZIN:** Der Einsatz der Bundeswehr war mustergültig. Allgemein gelobt wurde die militärisch-exakte Befehlsgebung, die es bei den fast ausschließlich freiwilligen zivilen Katastrophenschutz-Organisationen in dieser Form nicht gibt. Kann dieses vermeintbare Manko nicht durch Aufstellung von Verfügungseinheiten des Katastrophenschutzes behoben werden?

**Gross:** Ich weiß nicht, ob das Heil darin liegen kann, wobei ich den finanziellen Aspekt gerade in der jetzigen Situation einmal außer acht lasse, ein professionelles Zivilschutzkorps, in welcher Form auch immer, aufzustellen. Wenn hier Erfahrungen der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes für ihren Organisationsbereich mit guten Befehlsstrukturen vorliegen, dann ist doch vielleicht eher die Frage, ob diese Erfahrungen nicht auch für den



Hilfe aus Frankreich — „Wasserbomber“ im Einsatz über Niedersachsen.



Einsatz aller technischen Hilfsmittel, hier ein Hubschrauber mit „Wasserbombe“.

zivilen Bereich ausgewertet werden können. Es wäre eine noch zu diskutierende Frage, ob diese Erfahrungen, die weniger in der Tatsache liegen, daß es eine Armee ist, sondern die eine Frage der Einstellung und der Übung ist, ob diese Erfahrungen nicht auch im zivilen Bereich genutzt werden könnten, ohne spezielle Einheiten zu haben. Aber auch hier der Hinweis, daß die Fernmelde- und sonstigen Nachrichtenmöglichkeiten der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes bei weitem das übersteigen, was wir z. B. auch mit Hilfe der Polizei im zivilen Bereich zur Verfügung haben. Und hier bleibt die Frage, insbesondere wenn man an den Spannungsfall denkt, ob uns diese Möglichkeiten, die uns jetzt zur Verfügung standen, immer zur

Verfügung stehen; ob hier nicht doch etwas Zusätzliches getan werden muß, ob die Ausbildung an diesen Nachrichtenmitteln intensiviert werden muß. Denn Information ist, wie überall, alles.

**ZS-MAGAZIN:** Die sehr breite öffentliche Diskussion der Vorgänge in Niedersachsen hat den Katastrophen- und Zivilschutz aus einem offensichtlichen Randdasein plötzlich ins Rampenlicht gerückt. Konkret an Sie als den verantwortlichen Politiker: Werden die bereits von Ihnen aufgezeigten Probleme in Kürze nicht doch wieder im Strudel der Alltagsroutine verschwinden?

**Gross:** Soweit es die Landesregierung in Niedersachsen angeht und meine Person im speziellen, mit Sicherheit nicht. Ich bin mit diesem Thema seit vielen Jahren — auch schon vor meiner Minister-



Tätigkeit — beruflich beschäftigt gewesen. Ich glaube, auch vom Ort her zu wissen, wo die Probleme liegen. Aber es ist natürlich nicht auszuschließen, daß mit dem Verdrängen dieser Katastrophe dieses Thema wieder in den Hintergrund gedrückt wird. Ich werde, wie in der Vergangenheit schon, den Finger auf die Wunde legen. Wir haben bereits in unserer Regierungserklärung vor einem Jahr — um einige Dinge aus dem Lande zu berichten — eine völlige Neufassung des Feuerschutzgesetzes für Niedersachsen angekündigt, das ist ziemlich weit gediehen. Wir arbeiten seit längerem an einem Katastrophenschutzgesetz des Landes. Wir werden noch einiges im organisatorischen Bereich tun können. Wunderwirkungen kann man von Gesetzen nicht erwarten, solange in der öffentlichen Meinung — sagen wir ruhig auch: in der veröffentlichten Meinung — dieses Thema nicht auf der Tagesordnung bleibt. Wenn ich die Kritik oder die Berichte der letzten Wochen lese, habe ich feststellen müssen, daß diejenigen, die sich bisher am wenigsten mit der Materie beschäftigt haben, am häufigsten kritisiert haben.

**ZS-MAGAZIN:** Sie selbst haben bereits im August erklärt, der Zivil- und Katastrophenschutz sei lange Zeit vernachlässigt worden. Staatssekretär Dr. Fröhlich vom Bundesinnenministerium erläuterte im Fernsehen, daß Überlegungen zur Verbesserung des Gesamtbereichs nachdrücklich angestellt werden. Was könnten die Politiker kurz- oder langfristig dazu beitragen?

**Gross:** Ich glaube, daß es Aufgabe aller Regierungen und speziell der Innenminister ist, in der Öffentlichkeit — ohne jetzt eine Art Psychose entfachen zu wollen — auf die Notwendigkeit dieses Katastrophenschutzes hinzuweisen. In dem Augenblick, in dem führende Politiker und führende Kommunalbeamte sich als Person hier engagieren, wo sie dies nicht als eines unter vielen Themen behandeln, wo sie nicht ihre letzten Mitarbeiter mit der Materie befassen, ist in der Öffentlichkeit schon das Interesse zu wecken. Ich sehe dieses Thema Katastrophenschutz nicht in erster Linie — so wichtig das ist — als ein Problem der großen Millionen, die es ohnehin wahrscheinlich nicht geben wird, sondern als eine



**Bergepanzer der Bundeswehr schlugen kilometerlange Schneisen durch die vom Feuer bedrohten Waldgebiete.**

Einstellung zu einem Komplex, der außerordentlich wichtig ist. Und in diesem Zusammenhang zeigt sich auch, daß die ehrenamtlichen Helfer, die wir in einer erfreulich großen Zahl und auch zunehmend großen Zahl haben, im Grunde auch unsere besten Öffentlichkeitsarbeiter sind. Ihnen das moralische Rückgrat zu festigen, ist meiner Auffassung nach die wichtigste Aufgabe aller Politiker. Und sie sollten sich das auch insbesondere in Wahlzeiten trotz mancher Kritik nicht entgehen lassen.

**ZS-MAGAZIN:** Sie und wir wissen, welche Finanzprobleme sich in der Vergangenheit für den Zivil- und Katastrophenschutz wie für den Gesamtbereich Zivilverteidigung gestellt haben und welche Haushaltssorgen noch auf uns zukommen. Werden viele der notwendigen Absichten, über die wir soeben gesprochen haben, nicht doch Theorie bleiben?

**Gross:** Natürlich ist dies ein Problem. Nur muß bei all den Prioritäten, wie man das nennt — der Dringlichkeitsfolge der öffentlichen Aufgaben — entschieden werden; und hier wird sich ja zeigen, ob im Bereich der Politik mehr als nur schöne Worte gemacht werden, wird sich zeigen, wie diese Bereitschaft, hier viel mehr zu tun, sich in handfeste Taten, sprich: Haushaltszahlen niederschlägt. Wenn dieses Thema, das gemessen an den Haushaltssummen anderer Bereiche — ich will gar nicht vom Bereich der militärischen Verteidigung reden — sich doch sehr bescheiden ausnimmt, wenn dies wiederum zurückgedrängt wird, dann wird allerdings die

Glaubwürdigkeit der Politiker aufs ärgste in Frage gestellt. Deswegen hoffe ich, daß es gelingt, trotz aller Schwierigkeiten, auch unter Zurückdrängung anderer wichtiger Aufgaben, hier mehr zu tun. Darüber müssen wir uns klar sein: Wenn wir mehr tun, können wir dies nur zu Lasten anderer bisher für wichtig gehaltener öffentlicher Aufgaben tun. Es wird nicht möglich sein, irgendwoher zusätzliche Mittel zu beschaffen. Das geht nur zu Lasten anderer, und natürlich werden andere dann auch heftig Zeter und Mordio schreien.

**ZS-MAGAZIN:** Erlauben Sie, Herr Minister, zum Abschluß eine hypothetische, aber nicht unberechtigte Frage: Wird der nächste heiße Sommer das Land Niedersachsen besser gerüstet finden?

**Gross:** Ich muß auf meine Anfangsworte zurückkommen. Wir werden nicht wissen können, wo, ob und welche Katastrophe, wenn überhaupt eine eintritt, kommt. Wir werden vieles mehr geübt haben, das kostet nicht allzu viel Geld; wir werden einiges, was möglicherweise örtlich Schwierigkeiten bereitet haben mag, abgestellt haben. Wir werden mit Sicherheit das Bewußtsein für diesen Katastrophenschutz — unter Hintanstellung mancher durchaus begreiflicher Eigentümlichkeiten zwischen den Organisationen — dieses Bewußtsein werden wir geschärft haben. Aber wir wollen so ehrlich sein zu sagen, daß es eine absolute Sicherheit, weder gegen Kriminalität noch gegen Katastrophen, gibt. Wer dies verspricht, handelt in meinen Augen unredlich.



Schwere Hochwasserkatastrophe

# Schnelle Hilfe für Rumänien

Bundesregierung stellte 6 Millionen DM bereit

Die Hochwasserkatastrophe, die weite Teile Süddeutschlands und Österreichs wie auch die Donau-Anliegerstaaten betroffen hat, richtete besonders schwere Schäden in Rumänien an. Für dieses Land beschloß die Bundesregierung humanitäre Hilfsleistungen in Höhe von 6 Millionen DM. Bundesinnenminister Prof. Maihofer beauftragte den Abteilungsleiter Zivilverteidigung, Ministerialdirektor Hans Arnold Thomsen, Gespräche mit der rumänischen Regierung über die Abwicklung der deutschen Hilfe zu führen. Thomsen hatte dabei Gelegenheit, sich an Ort und Stelle einen Überblick über die beträchtlichen Schäden zu verschaffen und konferierte mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Oprea sowie mit einigen Vizeministern verschiedener Ressorts der Bukarester Regierung. Über seine Eindrücke stellte Thomsen dem **ZS-MAGAZIN** einen Bericht sowie die Fotos, die erkennen lassen, wie schwer das Land betroffen worden ist, zur Verfügung.

Der Verfasser dieses Berichts wurde vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Oprea, der zugleich Mitglied des rumänischen Exekutivbüros ist, empfangen. Oprea gab einen Gesamtüberblick



Schwerste Schäden am Straßen- und Schienennetz Rumäniens richtete die Hochwasserkatastrophe an. Diese Brücke im Verlauf der Nationalstraße 13 wurde von den Fluten weggerissen.

und stellte auch die Schwerpunkte heraus, in denen Rumänien einer Hilfe bedurfte. Diese liegen insbesondere auf Grund des außerordentlichen Umfangs der Zerstörungen auf dem Gebiet der Infrastruktur. Ihre Wiederherstellung wurde als gleichbedeutend mit einer vernünftigen Versorgung der Bevölkerung im Rahmen des möglichen angesehen.

Dazu ist zu bemerken, daß zum Zeitpunkt des erwähnten Gesprächs noch größere Bereiche Rumäniens weder verkehrstechnisch noch nachrichtemäßig zu erreichen waren. Um einen groben Eindruck zu vermitteln, sei herausgestellt:

● Von einem Gesamtstraßennetz von 78 000 km (davon 13 000 km Nationalstraßen) sind

138 km Nationalstraßen mit 37 Brücken zerstört. Die Gesamtlänge der zerstörten Brücken beläuft sich auf 2 537 laufende Meter. Die Schäden an Kreis- und Gemeindestraßen dürften noch größer sein.

● Im Eisenbahnnetz wurden 2 625 km Eisenbahnlinie betroffen. Davon wurden 273 km mit 20 Eisenbahnbrücken mit einer Gesamtlänge von



780 m total zerstört. Ferner wurden in Mitleidenschaft gezogen bzw. bis zur Unbrauchbarkeit tangiert: 250 km automatisch gesteuerte Eisenbahnanlagen mit 32 vollautomatisierten Stellwerken.

● Ein ähnliches Bild wurde über die Zerstörungen im Bereich der Nachrichtenmittel gegeben. Diese sind im regionalen Bereich noch stärker betroffen als im überörtlichen Nachrichtenverkehr. In der Besprechung bestimmte Vizepräsident Oprea den Vizeaußenminister Oancea, der viele Jahre rumänischer Botschafter in der Bundesrepublik mit Amtssitz in Köln war, zum Koordinator der beabsichtigten deutschen Hilfsmaßnahmen. Das trug zur Erleichterung der Abstimmung der gezielten deutschen Hilfe wesentlich bei. Es folgten Besprechungen mit Vizeminister Manolescu (Ministerium für Chemie), Vizeminister

Popescu (Ministerium für Leichtindustrie), Vizeminister Maroiu (Ministerium für Verkehr und Post) und Vizeminister Stanciu (Ministerium für Landwirtschaft). Schließlich wurde über den besonders schwierigen Punkt, daß die

rumänische Regierung Paketsendungen an geschädigte Bevölkerungsteile im Individualverkehr zulassen sollte, noch mit dem Vizepräsidenten des Nationalrats für Angelegenheiten der Volksräte, Ion Tudor, gesprochen. Im Ergebnis

sicherte die rumänische Regierung zollfreien Einlaß für sämtliche Hilfssendungen der Bundesregierung, der deutschen Organisationen, der deutschen Industrie, des Deutschen Städte-tages und auch im Individualverkehr von



Unterspült und abgerutscht ist dieser Teil der rumänischen Nationalstraße 10.



Behelfsmäßig abgesicherte Brücke im Bereich der Nationalstraße 6.



Landsmannschaften und Einzelversendern bezüglich des Paketversandes zu. Außerdem verpflichtete sich die rumänische Regierung, für alle diese Sendungen, mit Ausnahme des Individual-Paketversandes, die Transportkosten in ihrem Inlandsbereich ab der rumänischen Grenze zu übernehmen.

Die rumänische Regierung stellte dem Autor dieses Berichts für einen ganzen Tag einen Hubschrauber zur Verfügung, so daß vom Umfang der Zerstörung ein eigenes Bild ermöglicht wurde. Überflogen wurden die Schadensgebiete des Olt, Muresch, Sommes sowie das gesamte Siebenbürgener Land.

In den Schadensgebieten standen die Verwaltungsdienststellen der Städte und Kreise ebenso wie die Werkleitungen der betroffenen Betriebe zur Auskunft über Schäden und Erörterung der Hilfsmöglichkeiten zur Verfügung. Auch mit den Bürgern in den betroffenen Orten konnten Gespräche geführt werden.

Als Gesamteindruck kann festgestellt werden, daß der Schaden der Hochwasserkatastrophe 1975 insgesamt größer ist als bei der Flut 1970. Das liegt einmal daran, daß das Ereignis kurz vor Beginn der Erntezeit eintrat und damit die Landwirtschaft außerordentlich schädigte, und zum anderen daran, daß diesmal von den Flüssen neben einer Unmenge von Geröll eine außerordentlich umfangreiche Schlamm-Masse in die überschwemmten Gebiete getragen wurde. In den betroffenen Betrieben und Siedlungsbereichen sind Schlammablagerungen bis zur Höhe von einem Meter zurückgeblieben.

Eine Übersicht der deutschen Hilfsmaßnahmen:



Über 2 500 km Eisenbahnlinie wurden vom Hochwasser in Mitleidenschaft gezogen. 20 Eisenbahnbrücken sind total zerstört worden.

#### Hilfe des Bundes:

Lieferung eines Zisternenwagens zum Reinigen verschlammter Kanalanlagen;  
Entsendung eines Gleisbauzuges der Bundesbahn (4 Wochen); Einsatz von Straßenbaugeräten zu Instandsetzungsarbeiten an zerstörten Straßen (8 Wochen);  
Lieferung von Saatgut, Veterinärmedikamenten und Viehfutter;  
Lieferung von Anlagen zur Wiederherstellung des Fernsprechnetzes.  
Gesamtwert: 5 Millionen DM.

#### Hilfe privater Organisationen:

Die drei großen deutschen Hilfsorganisationen Diakonisches Werk, Caritasverband und Rotes Kreuz führten Hilfsmaßnahmen im Werte von 3,1 Millionen DM durch. Mit diesen Mitteln wurden Fahrzeuge, Medikamente, medizinisch-technische Geräte und Nahrungsmittel beschafft. Die Hilfsmaßnahmen wurden in Höhe von 1 Million DM vom Bund unterstützt.

## STELLENAUSSCHREIBUNG

Im Dienstbereich des

BUNDESAMTES FÜR ZIVILSCHUTZ

ist bei der

Dienststelle des Landesbeauftragten für Hessen  
der Bundesanstalt THW in Frankfurt

die Stelle des

### Hauptsachgebietsleiters 4

(Verwaltung)

bis Mitte 1976 mit einem Beamten des gehobenen Dienstes neu zu besetzen.

Die Stelle ist nach Besoldungsgruppe A 11 BBesO bewertet.

Der Hauptsachgebietsleiter 4 ist für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, für Personalangelegenheiten, die Liegenschaftsverwaltung und die Verwaltung der Ausstattung zuständig.

Gesucht wird ein Beamter des gehobenen Dienstes mit langjähriger Verwaltungspraxis.

Bewerbungen werden bis zum **10. Oktober 1975** (Posteingang beim Bundesamt) unter Angabe der **Kennzahl 270** erbeten an das

**Bundesamt für Zivilschutz**  
**53 Bonn-Bad Godesberg**  
**Postfach 850**



Helmut Kellner/Fotos: Conti-Press

# Zugunglück bei Hamburg forderte elf Todesopfer

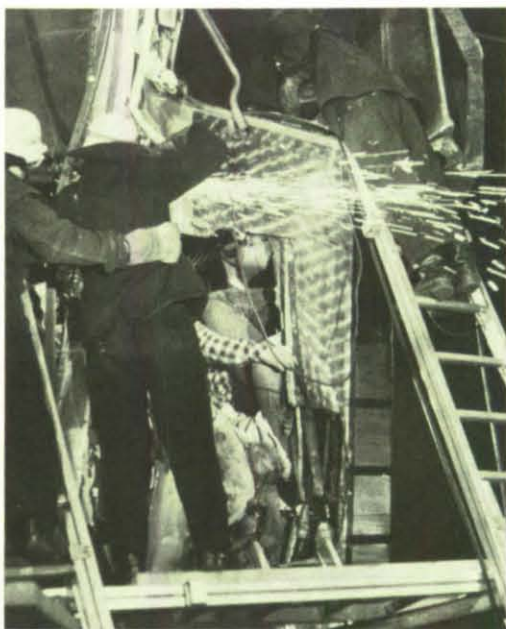
Nahverkehrs zug kollidierte mit Güterzug –  
Bergungseinsatz dauerte bis in die Morgenstunden



Zehn Meter hoch über die Lok schob sich der erste Personenwagen des Nahverkehrs zug Hamburg – Buxtehude bei dem Zusammenstoß mit einem Güterzug.



Ein großes Aufgebot an Helfern kämpfte um das Leben der Verletzten, bis alle Überlebenden gegen 21.00 Uhr geborgen waren.



Mit Trennschleifern und Hydraulikscheren mußten Verletzte und Tote aus dem zusammengedrückten vorderen Teil des Personenwagens befreit werden.

Dienstag, 22. Juli 1975, 16.45 Uhr. Der Nahverkehrs zug 6858 von Hamburg nach Buxtehude verläßt pünktlich den Hamburger Hauptbahnhof. Die Fahrgäste, meist Berufstätige, die nach Feierabend auf dem Wege nach Hause sind, ahnen nicht, daß diese Fahrt mit Tod und Schrecken enden wird.

17.10 Uhr: Zwischen den Stationen Tempowerk und Hausbruch, dort, wo sich eine Bahnlinie aus dem Hafengebiet mit der zweigleisigen Strecke Hamburg - Cuxhaven vereinigt, bohrt sich die tonnenschwere E-Lok des Nahverkehrs zuges in die Diesellok eines Container-Güterzuges. Der Aufprall ist so groß, daß der erste der sechs Personenwagen sich zehn Meter hoch aufbäumt, über die Diesellok schiebt und im vorderen Teil senkrecht abknickt. Die ersten Abteile des Wagens sind zusammengequetscht — ein Gewirr aus Metall, Glas, Gepäckstücken. Dazwischen schreiende, stöhnende Menschen.

Minuten später jagen die ersten Feuerwehr- und Polizeifahrzeuge zur Unfallstelle, der Rettungshubschrauber setzt schon zur Landung an.

Die Rettungs- und Bergungsarbeiten dieses zweitschwersten Zugunglücks in Hamburg nach dem Krieg beginnen unter Leitung des stellvertretenden Leiters der Hamburger Feuerwehr, Branddirektor M. Puchner. Über 350 Feuerwehrleute kämpfen um das Leben der Verletzten. Der Hamburger Innensenator Werner Staak trifft an der Unfallstelle ein und läßt sich von Puchner über den Stand der Rettungsarbeiten berichten. Zwischenzeitlich werden Freiwillige Feuerwehren, Technisches Hilfswerk und Sanitätsorganisationen





Der hoch aufgeschobene Waggon wurde von den Bergungshelfern mit Eisenbahnschwellen abgestützt; der Einsatz dauerte bis in die frühen Morgenstunden.

alarmiert. Harburgs Bezirksamtsleiter Dewitz, Polizeipräsident Dr. Redding, der Kommandeur der Schutzpolizei, Priß, und der THW-Landesbeauftragte Trautvetter sind an der Einsatzstelle. Der letzte Überlebende wird gegen 21.00 Uhr geborgen, die Bergung der eingeklemmten Toten beginnt. Der THW-Bezirksverband Harburg hat Eisenbahnschwellen zum Abstützen des aufgeschobenen Waggons herantransportiert, errichtet eine Pallung und sorgt für die Ausleuchtung des Unfallortes. Die Arbeiten werden gemeinsam mit den Kameraden der Feuerwehr verrichtet, wobei Trennschleifer und

Hydraulikscheren zur Entfernung herabhängender Metallteile eingesetzt werden. In den frühen Morgenstunden des 23. Juli wird der letzte der elf Toten durch Berufsfeuerwehrlleute aus dem Unglückswagen geborgen, die Bundesbahn beginnt mit der Räumung der Strecke. Bei den Rettungs- und Bergungsarbeiten waren eingesetzt:

- 5 Löschzüge,
- 50 Sanitätsfahrzeuge,
- 1 Großraumrettungswagen,
- 2 Notarztwagen,
- 1 Rettungshubschrauber,
- 1 Rüstkrankenwagen,
- 5 Rüstwagen,
- 1 Gerätezug,
- 1 Einsatzleitungs-Kfz

sowie mehrere Bergungseinheiten der Freiwilligen Feuerwehr und 1 BZ des THW.

Hamburgs Erster Bürgermeister Hans-Ulrich Klose dankte allen eingesetzten Helfern in einem Telegramm. Darin heißt es: „Ich weiß, welche schwierige Aufgabe die Frauen und Männer zu erfüllen gehabt haben, die unmittelbar nach dem Unglück bis in die Morgenstunden des Mittwoch hinein mit der Rettung der Überlebenden

und der Bergung der Toten am Unfallort beschäftigt waren. Ihnen allen, den Helfern von Feuerwehr, Polizei, Technischem Hilfswerk, dem Deutschen Roten Kreuz und dem Bundeswehr-Lazarett Hamburg möchte ich meinen aufrichtigen Dank aussprechen.“ Über die Unfallursache können und sollen hier keine Aussagen gemacht werden. Die sofort eingeleiteten Untersuchungen laufen noch.

## STELLENAUSSCHREIBUNG

Der Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts, sucht

für seine Öffentlichkeitsarbeit  
eine

### MITARBEITERIN

mit abgeschlossenem Hochschulstudium (z. B. Soziologie, Politologie, Psychologie).

Ihre Aufgabe ist es, über Zivil- und Katastrophenschutz zu informieren und über Gefahren und Schutzmöglichkeiten aufzuklären, insbesondere über Selbsthilfemaßnahmen. Zielgruppe der Tätigkeit ist der weibliche Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik. Wir erwarten eine Mitarbeiterin, die sich bereits mit den Problemen der Frau in der modernen Gesellschaft befaßt hat und Erfahrung auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit mitbringt.

Fehlendes Wissen über Zivilschutz und Selbstschutz kann vermittelt werden.

Wir bieten eine Vergütung bis II a BAT, zusätzliche Altersversorgung, Beihilfen bei Krankheit und Unterstützung in Notfällen.

Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung werden nach den gesetzlichen Bestimmungen gewährt.

Bei der Beschaffung von geeignetem Wohnraum sind wir behilflich.

Bewerbungen mit ausgefülltem Personalbogen, handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild aus neuester Zeit sowie beglaubigten Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen sind bis zum 30. 9. 1975 zu richten an den

**Bundesverband für den Selbstschutz**  
— Bundeshauptstelle —  
**5 Köln 41, Eupener Straße 74**

Personalbogen wird auf telefonische Anforderung übersandt. — Tel: 02 21 / 49 50 71 - App. 3 42



Henry Wolf

Alarm in Ronnenberg:

## Die Erde gibt nach!

THW sicherte im Gebiet der Kaligrube Ronnenberg zahlreiche Gebäude

Die große Brandkatastrophe in Niedersachsen hat fast vergessen lassen, daß bereits kurz vorher ein ungewöhnliches Ereignis in diesem Lande die Aufmerksamkeit erregte: Im Gebiet der Kaligrube von Ronnenberg senkte sich die Erde und gefährdete zahlreiche Wohnhäuser und Betriebe. Einige Gebäude mußten geräumt, andere schnell abgesichert werden. Niemand wußte, welche Folgen zu erwarten waren. Am Sonntag, dem 27. Juli, gibt Oberkreisdirektor Droste eine Pressekonferenz. Seit drei Tagen ist der Katastroph-

Einsatzstab des Kreises Hannover-Land in Aktion. Der Oberkreisdirektor führt aus, daß es seit Menschengedenken keine derartige Gefahrenlage im Bereich des deutschen Kalibergbaus gegeben habe. Man rechnet damit, daß es noch zwei weitere Tage dauern wird, bis die Erde wieder zur Ruhe kommt. Das zuständige Bergamt stützt diese Ansicht auf die Feststellung, daß der seit Wochen andauernde unterirdische Wasserzustrom in die Grube wesentlich zurückgegangen ist. Das spricht dafür, daß es langsam zu einem Ausgleich des unterirdischen Wasser-



400 Mitarbeiter der Kaligrube Ronnenberg haben durch den unterirdischen Wassereinbruch ihren Arbeitsplatz verloren.

haushaltes kommt, daß sich die Hohlräume der Grube auffüllen und damit die Gefahr weiterer Bodensenkungen abnimmt. Am 27. Juli ist die Lage noch kritisch. Rund 130 Meldungen über Risse und Bruchstellen in Gebäuden liegen

inzwischen schon auf dem Tisch des Einsatzleiters. Das THW ist seit drei Tagen rund um die Uhr mit seinen Bergungsdienst-Helfern im Einsatz. Die Gruppen aus den Ortsverbänden Springe, Ronnenberg, Wunstorf, Sarstedt, Hildesheim, Lehrte, Hameln, Burgdorf und Langenhagen lösen sich ab. Die Not, der sie in den Ortsteilen Benthel, Ronnenberg und Empelde sowie in Hannover-Barenstedt begegnen, ist überall die gleiche: Hauswände, Wohnräume und Keller müssen schnell abgestützt oder ausgesteift werden, nachdem sich Hausgrund und Boden soweit gesenkt haben, daß die Schäden erkennbar werden. Tag und Nacht kommen die Schadensmeldungen. Langsam knisternd kündigen sich die Zerstörungen den um ihr



Bei Gehrden im Raum Ronnenberg hatte das THW ein Camp errichtet; von dort aus erfolgte der Einsatz zu Hilfeleistungen.



Hab und Gut bangenden Menschen an, die von der Grubenleitung schon vor Tagen mit Handzetteln gewarnt wurden. Wachsam zu sein, das ist für viele alte Menschen schwierig. Nachbarschaftshilfe ist hier wichtig, auch für diejenigen, die noch ahnungslos in Urlaub weilen. Bis zum 27. Juli müssen 64 Häuser geräumt werden. Man ist jedoch überzeugt, daß die meisten Häuser später wieder nach entsprechenden Reparaturen bezogen werden können.

Das THW hilft, wo es kann, damit die Schäden nicht größer werden. Aus Beständen der THW-Ortsverbände sind schon in beachtlichem Umfang Holzbohlen, Vierkanthölzer und Rundhölzer verarbeitet worden. Die Risse treten oft so stark und plötzlich auf, daß in aller Eile — aber doch fachmännisch — gearbeitet werden muß.

Die Bewohner haben rechtzeitig gefährdete Häuser mit der unermüdlichen Hilfe der Feuerwehrmänner und Sanitätshelfer verlassen können. Eingestürzt ist bisher nur die Wand einer Fabrikhalle. Der 35-Mann-Betrieb mußte geschlossen werden.

80 Wohnparteien haben bisher ihre Wohnungen verlassen, sie finden Unterkunft bei Bekannten, Verwandten oder in Hotels. In die vom DRK als Notaufnahmelager hergerichtete Schule sind bisher nur vier „Flüchtlinge“ eingezogen. Die Möbel werden nur zum Teil aus den Wohnungen abtransportiert, die Einsatzleitung des Kreises hat dies in der Regel auch nicht empfohlen.

Eine Evakuierungswelle könnte es noch geben, wenn es zur Sprengung der beiden Gruben-Schornsteine — sie sind 70 bzw. 90 m hoch — kommen



**Gefährdete Gebäude mußten oftmals in Blitzaktionen abgesichert werden. Abstützen und Aussteifungen bewahrten vor größeren Schäden.**

sollte. Der dort eingesetzte Sprengmeister des THW hat weisungsgemäß vorsorgend Maß genommen und seinen Trupp zusammengestellt. Die elektrifizierte Bundesbahnstrecke Hannover-Hameln, die ohnehin bei Langsamverkehr der Züge unter ständiger Beobachtung steht, müßte bei einer Schornstein-Sprengung vorübergehend gesperrt werden. Der Instandsetzungsdienst des THW ist bisher nicht zu Leistungen angefordert worden. Die Kolonnen der Stadtwerke sind rechtzeitig ausgezogen, um Sicherheitsmaßnahmen zu treffen. Aber mit Komplikationen muß bei diesem „schleichenden Unglück“ immer gerechnet werden.

Zum Beispiel könnten sogar die Bremer Bürger indirekt betroffen werden, wenn etwa die durch

das gefährdete Gebiet laufende Harzwasserleitung brechen sollte. Die Frage nach Ursache und finanzieller Entschädigung der

Betroffenen wird Verwaltung und Politiker beschäftigen. In einem Gebiet von etwa 25 qkm Fläche mit fast 20 000 Einwohnern werden möglichst schnell wieder die gewohnten Lebensverhältnisse herzustellen sein.

Täglich stehen Polizei, Stadtwerke, Bauaufsicht, Feuerwehr, THW, JUH, ASB, DRK, Fernmelder, Versorgungszug und Leitkräfte, insgesamt 500 Helfer, auf dem Boden, der von Geologen, von Fachkräften aus dem Bergamt und der Bundesanstalt für Bodenforschung auf seine Eigentümlichkeiten hin untersucht wird. Auch Probebohrungen sind bereits vorgenommen worden. Wenn alles gut verläuft, dann werden neben den Handwerkern vor allem auch die zuständigen Ämter noch längere Zeit mit den Folgen befaßt sein. Für die Helfer war es ein Ernstfall, der viele Erfahrungen und Hinweise gegeben hat. Ernst bleibt die Tatsache, daß 400 Menschen ihre Arbeitsplätze in der Grube verloren haben, die besonders guten Kali-Dünger lieferte.

## STELLENAUSSCHREIBUNG

Die Katastrophenschutzschule Hessen in 6225 Geisenheim, Stadtteil Johannisberg, Postfach 22, Ruf 0 67 22 / 80 91 oder 80 92, sucht für die Stelle des Gerätewarts und Hilfsausbilders der Lehrgruppe Sanitätsdienst einen

### technisch begabten Mitarbeiter

Vergütung nach Vergütungsgruppe VII BAT.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind an die obige Anschrift zu richten.



Regierungsdirektor Dr. Jürg Arnold, Stuttgart

## Bestandteil der gesundheitlichen Versorgung

Das baden-württembergische Gesetz über den Rettungsdienst



Zu den Aufgaben des neuen baden-württembergischen Rettungsdienstgesetzes gehört die Betreuung und Beförderung von Notfallpatienten, Kranken und Verletzten.



Der baden-württembergische Gesetzgeber sah von der in anderen Ländern üblichen Trägerschaft der Stadt- und Landkreise ab. Der Rettungsdienst soll grundsätzlich von den Sanitätsorganisationen durchgeführt werden.

Das baden-württembergische Gesetz über den Rettungsdienst (RettDG) vom 10. Juni 1975 (Ges.Bl. S. 379) ist am 1. Juli 1975 in Kraft getreten. Es hat im Lande bisher keinen Vorläufer gehabt. Seit Ende 1973 war im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung ein Entwurf ausgearbeitet worden, der die Grundlage des nunmehr einstimmig vom Landtag verabschiedeten Gesetzes bildet. Das Gesetz steht in Zusammenhang mit den in den Bundesländern Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein verabschiedeten Gesetzen über die Organisation und Finanzierung des Rettungsdienstes. Sie alle zeigen das Bemühen der Landtage und Landesbehörden, den Rettungsdienst wirksamer zu organisieren und seine finanzielle Basis zu verbessern.

### Aufgabe des Rettungsdienstes

Das baden-württembergische Gesetz umschreibt in § 1 die Aufgabe des Rettungsdienstes. Zusammengefaßt ist es die Betreuung und Beförderung von Notfallpatienten, Kranken und Verletzten sowie sonstigen Hilfsbedürftigen. Nicht Aufgabe des Rettungsdienstes sind das Notfallmeldewesen, die technische Hilfe und die Aufnahme eines Patienten im Krankenhaus. Außerdem gehören Fragen, die mit der Betreuung eines Notfallpatienten am Notfallort durch zufällig Anwesende zusammenhängen, nicht zur Aufgabe des Rettungsdienstes. Diese nicht zum Rettungsdienst gehörenden Bereiche können jedoch zusammen mit dem Rettungsdienst unter dem Begriff des Rettungswesens zusammengefaßt werden. Die Abgrenzung des Rettungsdienstes zum Notdienst der niedergelassenen Ärzte ergibt sich daraus, daß beim Rettungsdienst die Beförderung der Patienten wesentlich ist. Die medizinische Betreuung beschränkt sich auf



Notmaßnahmen. Die Tätigkeit des Notarztes im Rahmen des Rettungsdienstes erfolgt im Hinblick auf die Beförderung des Patienten.

### **Abgrenzung der Aufgabe des Rettungsdienstes zum Katastrophenschutz**

Die Katastrophe ist nach der Definition in § 1 Abs. 2 der baden-württembergischen Verordnung vom 9. August 1966 (Ges.Bl. S. 193) ein Geschehen, bei dem Leben und Gesundheit zahlreicher Menschen, erhebliche Sachwerte oder die Versorgung der Bevölkerung geschädigt oder gefährdet werden. Das RettDG befaßt sich nicht mit Sachwerten und nicht mit der allgemeinen Versorgung der Bevölkerung. Soweit aber Leben und Gesundheit von Menschen betroffen sind, überschneiden sich die Tätigkeitsbereiche von Rettungsdienst und Katastrophenschutz.

### **Trägerschaft**

Hinsichtlich der Trägerschaft für den Rettungsdienst weicht das baden-württembergische Gesetz von den übrigen bisher erlassenen Ländergesetzen ab. Diese Gesetze sehen als Träger in der Regel die Stadtkreise (kreisfreien Städte oder Gemeinden) und Landkreise vor. In Rheinland-Pfalz hat außerdem

das Land für einen Teil des Rettungsdienstes die Stellung eines Trägers. Die Träger in den anderen Ländergrenzen haben grundsätzlich die Aufgabe, den Rettungsdienst durchzuführen. Sie haben jedoch die Möglichkeit, die Durchführung an die Sanitätsorganisationen oder andere zu übertragen.

Der baden-württembergische Gesetzgeber sah von einer Trägerschaft der Stadt- und Landkreise ab. Der Rettungsdienst soll grundsätzlich von den Sanitätsorganisationen durchgeführt werden. Eine Kommunalisierung oder auch die Tendenz zur Kommunalisierung wurde abgelehnt. Den freiwilligen Organisationen soll die von ihnen geforderte Unabhängigkeit erhalten bleiben.

### **Organisation des Rettungsdienstes durch Vereinbarungen**

§ 5 des Gesetzes sieht jedoch vor, daß das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung auf Landesebene mit dem Arbeiter-Samariter-Bund, dem Deutschen Roten Kreuz mit seiner Bergwacht Baden-Württemberg, der Johanniter-Unfall-Hilfe, dem Malteser-Hilfsdienst, der Deutschen Rettungsflugwacht, der Bergwacht Schwarzwald und der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft Vereinbarungen über die Durchführung des Rettungsdienstes

abschließt. Nach der Gesetzesbegründung soll damit eine einheitliche und gleichmäßige Durchführung des Rettungsdienstes sowie eine Koordination gewährleistet werden. Es handelt sich um Vereinbarungen, die der Organisation des Rettungsdienstes dienen. In den Vereinbarungen sollen Abreden über den Ausbau und die Durchführung des Rettungsdienstes im Lande und über die Zusammenarbeit der im Rettungsdienst Tätigen getroffen werden. Der Ausbau einer Vereinbarung ist Voraussetzung für eine finanzielle Förderung durch das Land (vgl. § 11 RettDG).

Nach § 5 Abs. 1 RettDG wird das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung mit den bereits genannten Organisationen in jedem Fall Vereinbarungen abschließen. Mit öffentlich-rechtlichen Körperschaften sowie mit anderen, die im Rettungsdienst tätig sind oder tätig werden wollen, wird es solche Vereinbarungen gem. § 5 Abs. 2 RettDG nur abschließen, „soweit ein öffentliches Bedürfnis besteht“. Das wird nur der Fall sein, wenn der Rettungsdienst durch die aufgeführten Organisationen nicht vollständig oder nicht ordnungsgemäß durchgeführt wird und noch eine Notwendigkeit dafür besteht, daß der Rettungsdienst von anderen durchgeführt wird.

Da die vom Ministerium mit den Organisationen abgeschlossenen



Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung wird mit den im Gesetz genannten Organisationen Vereinbarungen schließen, die auch Voraussetzung für die finanzielle Förderung sein werden.



Vereinbarungen nicht in jedem Fall örtliche Besonderheiten berücksichtigen können, sieht § 8 Abs. 1 RettDG vor, daß die Stadt- und Landkreise mit den auf ihrem Gebiet tätigen Organisationen ergänzende Vereinbarungen abschließen.

### Einbeziehung des Berg- und Wasserrettungsdienstes

In Anlehnung an das BayRDG, jedoch in Abweichung von anderen Landesgesetzen, wurde der Berg- und Wasserrettungsdienst in das Gesetz einbezogen. Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung wird mit der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft und der Bergwacht Schwarzwald Vereinbarungen über die Durchführung des Rettungsdienstes durch beide Organisationen abschließen. Die Bergwacht Schwarzwald führt den Bergrettungsdienst im Schwarzwald aus, während im übrigen Bereich des Landes die Bergrettung von der Bergwacht Württemberg im DRK ausgeführt wird.

### Luftrettungsdienst

Selbstverständlich erfaßt das Gesetz auch den Luftrettungsdienst. In Baden-Württemberg sind in diesem Bereich des Rettungsdienstes bisher 3 Systeme tätig. Einmal hat die Bundeswehr in Ulm einen Hubschrauber stationiert. Sodann steigt von Stuttgart aus ein Hubschrauber der Deutschen Rettungsflugwacht auf und schließlich berührt der Ludwigshafener Hubschrauber des Katastrophenschutzes baden-württembergisches Gebiet. Ende 1975 soll ein Hubschrauber des Bundesministeriums des Innern in Zusammenarbeit mit dem DRK und dem ADAC in Villingen-Schwenningen stationiert werden.

### Rettungsdienstplan

In Baden-Württemberg waren bereits 1970 mit dem Landesprogramm „Notfallrettungsdienst und Krankentransport in Baden-Württemberg“ wesentliche Impulse für den weiteren Ausbau des Rettungsdienstes gegeben worden. In § 2 des jetzt erlassenen RettDG ist der Rettungsdienstplan verankert, der die Grundlage für den weiteren Ausbau des Rettungsdienstes geben soll. In ihm werden die Rettungsdienstbereiche sowie die Standorte der Leitstellen und der Rettungswachen festgelegt. Der Plan liegt im Entwurf bereits vor und hat auch die grundsätzliche



Die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) wird nach geschlossener Vereinbarung für den Wasserdienst verantwortlich sein.



Das Gesetz hat selbstverständlich auch den Luftrettungsdienst erfaßt. In Baden-Württemberg sind bisher in diesem Bereich drei Systeme tätig: Bundeswehr, Rettungsflugwacht (unser Bild zeigt die Leitstelle) und Katastrophenschutz.

Zustimmung der Organisationen und Verbände gefunden. Das Land soll voraussichtlich in 37 Rettungsdienstbereiche eingeteilt werden, wobei sich die Bereiche an die Grenzen der Landkreise anlehnen. Die Stadtkreise werden teilweise mit den sie umgebenden Landkreisen einen Rettungsbereich bilden.

### Rettungsleitstellen

Nach § 3 Abs. 1 RettDG lenkt die Leitstelle die Einsätze des Rettungsdienstes im Rettungsbereich. Das Gesetz geht davon aus, daß alle Einsätze im Rahmen des Rettungsdienstes von einer Leitstelle aus gelenkt werden. Dies gilt auch für die Einsätze der Berg- und Wasserrettung gem. § 14 Abs. 1 RettDG gemacht.

In § 3 Abs. 2 RettDG spricht das Gesetz allgemein von der Zusammenarbeit der Rettungsleitstelle mit den Krankenhäusern, den für den ärztlichen Notfalldienst zuständigen

Stellen, der Polizei, der Feuerwehr und dem Katastrophenschutz sowie sonstigen im Rettungsdienst Tätigen. Damit ist gemeint, daß die Rettungsleitstelle Informationen anderer Einrichtungen entgegennimmt und Ersuchen im Rahmen ihres Aufgabebereichs nachkommt. Ferner unterrichtet sie die übrigen Einrichtungen von Umständen, die für diese bedeutsam sein können.

Von den voraussichtlich 37 Rettungsleitstellen waren bei Inkrafttreten des Gesetzes bereits 18 in Betrieb.

### Nachweis über die Aufnahme und Dienstbereitschaft der Krankenhäuser, Krankenbettennachweis

Im Gegensatz zu den Rettungsdienstgesetzen der anderen Länder hat die Leitstelle nicht die Aufgabe, einen Krankenbettennachweis zu führen. Der Landtag hat den im Regierungsentwurf vorgesehenen Krankenbettennachweis für Notfallpatienten in einen Nachweis über die Aufnahme-



und Dienstbereitschaft der Krankenhäuser geändert. Grund hierfür war die Überlegung, daß für die weitere Versorgung eines Notfallpatienten nicht so wesentlich ist, ob im Krankenhaus ein Bett frei ist, sondern daß es darauf ankommt, daß ein Arzt vorhanden ist, der sich des Patienten annimmt. § 12 des Entwurfs eines baden-württembergischen Krankenhausgesetzes sieht vor, daß Krankenhäuser ihrer Aufgabensstellung entsprechend aufnahme- und dienstbereit sein müssen. Insbesondere müsse eine rechtzeitige Hilfeleistung gewährleistet sein. Benachbarte Krankenhäuser können für die Nachtzeit sowie für Samstage, Sonntage und Feiertage einen wechselnden Aufnahmedienst vereinbaren. Daran knüpft § 3 RettDG an, wenn er bestimmt, daß die Leitstelle einen Nachweis über die Aufnahme- und Dienstbereitschaft der Krankenhäuser führt.

### Rettungswachen

In § 4 des Gesetzes ist die wesentliche Funktion einer Rettungswache angegeben, nämlich das Bereithalten der erforderlichen Rettungsmittel und des notwendigen Personals für den Einsatz. In Baden-Württemberg sind 250 Rettungswachen verschiedener Größe vorhanden. Dabei sind bei etwa 110 Wachen Umbauten oder auch Verlegungen erforderlich. 5 Rettungswachen werden ganz neu errichtet werden müssen. Hierbei sind die Rettungswachen der DLRG und der Bergwacht nicht berücksichtigt.

### Rettungsmittel

Das RettDG enthält hinsichtlich der Rettungsmittel nur die Feststellung, daß sie den jeweils anerkannten Regeln der Technik und dem Stand der medizinischen Wissenschaft angepaßt werden sollen. Das Gesetz schreibt nicht die Doppelbesetzung der Rettungsfahrzeuge vor. In Baden-Württemberg sind derzeit etwa 160 Rettungswagen im Einsatz. Insgesamt werden etwa 350 benötigt werden. Bei den sog. Krankentransportwagen wird im Laufe der Zeit eine Verringerung von 645 auf etwa 500 eintreten.

### Notärzte

§ 6 RettDG enthält eine Bestimmung über die Mitwirkung von Krankenhausärzten im Rettungsdienst. Ihre Mitwirkung soll in Form einer Absprache zwischen dem Krankenhausträger und dem Träger des



Bisher berührt nur der Ludwigshafener Hubschrauber des Katastrophenschutzes baden-württembergisches Gebiet. Ende 1975 soll ein weiterer Hubschrauber des Bundesministeriums des Innern in Villingen-Schwenningen stationiert werden.

Rettungsdienstes erfolgen. Der Krankenhausträger hat die Möglichkeit, die Mitwirkung seiner Ärzte zu einer Aufgabe des Krankenhauses und damit zu einer Dienstaufgabe der Ärzte zu erklären. Das Gesetz sieht vor, daß die Zurverfügungstellung der Ärzte „gegen Kostenausgleich“ erfolgt. Die Art des Kostenausgleichs ist nicht festgelegt. Er kann so erfolgen, daß auf Grund der Vereinbarung der Träger des Rettungsdienstes einen bestimmten Betrag an den Krankenhausträger abführt und dieser Aufwand bei der Berechnung der Benutzungsentgelte berücksichtigt wird. Die Vereinbarung kann aber auch bestimmen, daß der Ausgleich dadurch erfolgt, daß die Abrechnung der Mitwirkung als ambulante Tätigkeit durch das Krankenhaus gegenüber der zuständigen kassenärztlichen Vereinigung erfolgt (vgl. § 368 d Abs. 1 RVO).

### Grenzüberschreitender Rettungsdienst

Als einziges der Ländergesetze enthält das baden-württembergische

Gesetz hierzu eine Bestimmung. Danach trifft das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung mit anderen Bundesländern, mit Trägern des Rettungsdienstes oder sonstigen Stellen außerhalb von Baden-Württemberg Vereinbarungen, wenn dies zur Gewährleistung einer wirksamen Durchführung des Rettungsdienstes zweckmäßig ist (§ 10). Auch die Stadt- und Landkreise sind befugt, solche Vereinbarungen abzuschließen. In der Praxis ist für den Ulmer Bereich von den dortigen Stellen eine Vereinbarung bereits abgeschlossen worden. Eine Vereinbarung zwischen den zuständigen Ministerien in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen ist in Vorbereitung. Sie sieht vor, daß die Einzelheiten auf örtlicher Ebene abgesprochen werden.

### Benutzungsentgelte

Das RettDG enthält in den §§ 13 und 14 Bestimmungen über die Erhebung von Benutzungsentgelten. In § 13 Abs. 1 stellt es als Grundsatz fest, daß für die durch eigene Leistungen, öffentliche Fördermittel oder



Zuwendungen Dritter nicht gedeckten Kosten von denjenigen, die den Rettungsdienst auf Grund von § 5 durchführen, Benutzungsentgelte erhoben werden. Das Gesetz geht somit vom Grundsatz der Kostendeckung aus.

Nach dem Vorbild des BayRDG sieht § 13 Abs. 2 Nr. 2 RettDG vor, daß die Träger der gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung einerseits und die Verbände in § 5 Abs. 1 genannten Organisationen auf Landesebene Benutzungsentgelte vereinbaren. Auf diese Weise wird die Autonomie der gesetzlichen Versicherungen und der Organisationen des Rettungsdienstes gewährleistet. Auf Seiten der Organisationen des Rettungsdienstes sollen Vertragspartner nicht etwaige Kreisvereine sein, sondern die Verbände auf Landesebene. Das ist besonders von Bedeutung für das DRK, dessen Kreisvereine selbständige Rechtspersönlichkeit haben. Das DRK wird daher intern dafür zu sorgen haben, daß die Kreisvereine in die Vereinbarungen einbezogen werden. Die Vereinbarung der Benutzungsentgelte soll erfordern die Ermittlung der Selbstkosten auf der Grundlage der Selbstkostenblätter, deren Inhalt und Form die Beteiligten vereinbaren. Es ist vorgesehen, daß die Vereinbarung über die Benutzungsentgelte der Zustimmung des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr bedarf. Kommt eine Vereinbarung zwischen den Trägern der gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung nicht zustande, entscheidet eine Schlichtungsstelle.

§ 3 Abs. 3 RettDG ermächtigt die Landesregierung, die Benutzungsentgelte durch Rechtsverordnung festzusetzen. Damit besteht eine korrespondierende Regelung zu den in § 51 Abs. 2 Personenbeförderungsgesetz angesprochenen Beförderungsentgelten.

### Öffentliche Förderung durch das Land

Das Gesetz sieht in § 11 eine öffentliche Förderung des Rettungsdienstes durch das Land vor. Die Förderung erfolgt nach Maßgabe des Staatshaushaltsplanes, so daß ein bezifferbarer Anspruch auf öffentliche Förderung besteht.

Gefördert werden Investitionskosten, wobei förderungsfähig sind die Kosten der Errichtung von Anlagen des

Rettungsdienstes sowie der erstmaligen Beschaffung und grundsätzlich der Wiederbeschaffung von Anlagegütern des Ausbaus, der Einrichtung und der Ausstattung solcher Anlagen. Nicht förderungsfähig sind die Kosten der zum Verbrauch bestimmten Güter. Die Förderung kann nur bis höchstens 75 v. H. der förderungsfähigen Investitionskosten erfolgen. Die restlichen Kosten können nach dem Wortlaut des § 13 Abs. 1 in die Benutzungsentgelte einberechnet werden. Der Gesetzentwurf ging in einer Begründung allerdings davon aus, daß die restlichen Investitionskosten teilweise von den Organisationen selbst aufgebracht werden. Dabei wurde ein Eigenanteil von 10 v. H. zugrunde gelegt. Weiter wurde davon ausgegangen, daß sich die Stadt- und Landkreise wie bisher mit freiwilligen Beiträgen an den Investitionen beteiligen. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Finanzierung von Investitionskosten konnte ihnen wegen Artikel 71 Abs. 3 der Landesverfassung nicht auferlegt werden.

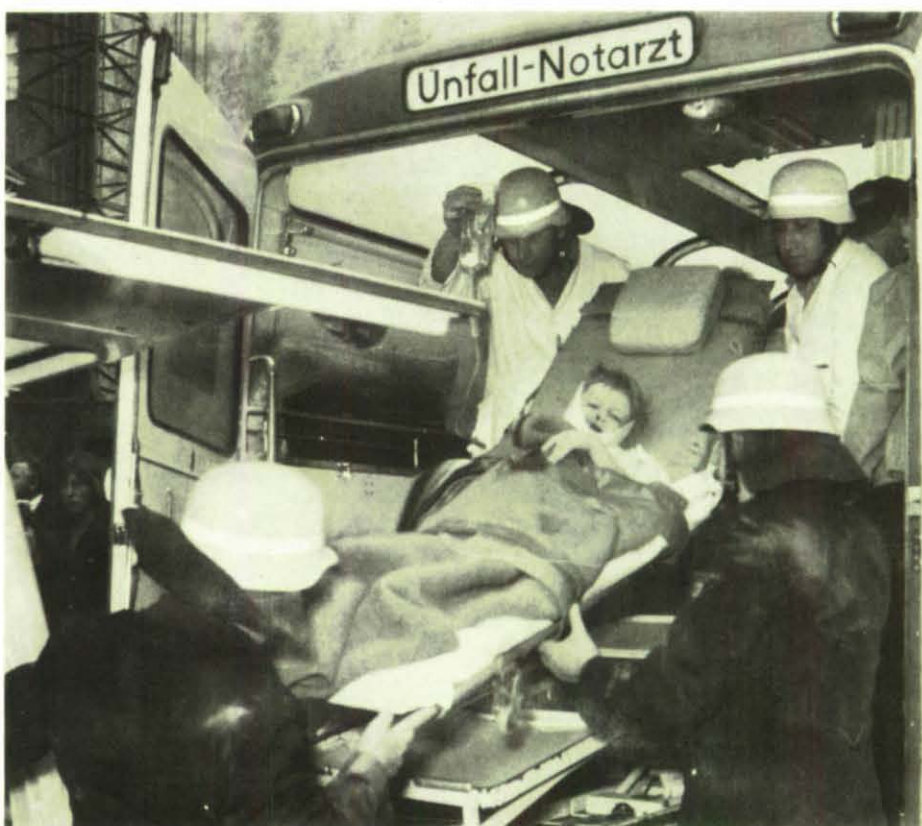
### Technische Hilfe

Nach § 15 Abs. 1 RettDG haben die bei der Durchführung des Rettungsdienstes Tätigen, soweit technische Hilfe notwendig ist, die Feuerwehr anzufordern. Sinn dieser Bestimmung

ist einmal, daß damit die bei der Durchführung des Rettungsdienstes Tätigen das Recht zur Anforderung der Feuerwehr haben. Zum anderen ist die Bestimmung dahin auszulegen, daß die Feuerwehr eine entsprechende Folgepflicht hat. Andere technische Hilfsorganisationen (worunter derzeit nur das Technische Hilfswerk fällt) können nur in besonderen Lagen angefordert werden. Es muß also z. B. technische Hilfe in besonders großem Umfang geleistet werden oder aber die technische Hilfe der Feuerwehr nicht erreichbar sein.

### Ausblick

Das baden-württembergische Rettungsdienstgesetz enthält die Vorstellungen des Gesetzgebers über die Organisation und die Finanzierung des Rettungsdienstes und bildet damit einen wichtigen Beitrag zu dessen Verbesserung. Selbstverständlich bedeutet die Errichtung der noch fehlenden Leitstellen und Wachen, die Beschaffung der fehlenden Rettungsmittel, die Gewinnung des notwendigen Personals und auch die Festlegung kostendeckender Benutzungsentgelte noch viel Arbeit. Sie muß im Interesse der Notfallpatienten und sonst Hilfsbedürftigen geleistet werden.



Wird bei der Durchführung des Rettungsdienstes technische Hilfe notwendig, so ist von allen Beteiligten die Feuerwehr anzufordern, die eine entsprechende Folgepflicht hat.



Dipl.-Ing. Wolfram Such, Hermann Metzger  
Ing. Eduard Stanowski, Fotos: Günter Sers

# Trinkwasser im Notfall

## 1. Teil: Einsatz mobiler Trinkwasseraufbereitungsanlagen

Erinnern wir uns an einige Hilfsaktionen der Bundesrepublik aus den vergangenen Jahren, an denen auch das Technische Hilfswerk beteiligt war:

- März 1970 Erdbeben in Gediz/Türkei
- Juni 1970 Erdbeben in den peruanischen Anden
- November/Dezember 1970 Flutkatastrophe in Ost-Pakistan
- 1971 wieder Erdbeben in Ost-Anatolien/Türkei
- September 1974 verheerender Hurrikan und Hochwasserkatastrophe in Honduras/Mittelamerika
- Januar 1975 Erdbeben in Pakistan

Solche furchtbaren Naturereignisse führen nicht allein zu Verwüstungen und Zerstörungen gewaltigen Ausmaßes mit Not und Elend unter der Bevölkerung, sondern verursachen häufig auch Trinkwassermangel und Seuchengefahr. In diesen und vielen anderen Fällen gelang es durch den Einsatz von mobilen Trinkwasseraufbereitungsanlagen aus der Bundesrepublik, die betroffenen Menschen vor dem Verdursten sowie vor gefährlichen Krankheiten und Seuchen zu bewahren. Die Sturmflutkatastrophe des Jahres 1962 an der deutschen Nordseeküste und besonders in Hamburg, die Über-

schwemmungen im Jahre 1965 in Ost-Westfalen und Nord-Hessen sind weitere Beispiele für die Verwendung mobiler Trinkwasseraufbereitungsanlagen zur Versorgung der Bevölkerung unter Notstandsbedingungen in unserem Lande. Die Aufzählung läßt sich beliebig fortsetzen.

Um für solche Fälle gewappnet zu sein, werden von den Bundesländern und Katastrophenschutzorganisationen mobile Trinkwasseraufbereitungsanlagen bereitgehalten. So stehen zum Beispiel im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen für örtliche und überörtliche Einsatzfälle insgesamt

30 derartige Anlagen zur Verfügung (1). Die Landesverbände der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk verfügen im Rahmen der organisations-eigenen Ausstattung über weitere fahrbare Trinkwasseraufbereitungsanlagen (Bild 1 und 2). Die in den Einheiten des Katastrophenschutzes zu ihrer Bedienung und Wartung vorgesehenen Helfer erhalten das notwendige praktische und theoretische Rüstzeug auf Sonderlehrgängen, welche an den Katastrophenschutzschulen der Länder und an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler stattfinden. Dort sind die zur Illustration dieses und eines weiteren Beitrages über dieses Thema verwendeten Fotos entstanden. Während sich der 1. Teil des Artikels mit den Fragen des Einsatzes solcher Anlagen beschäftigt, sind die Ausbildung an den Geräten und die dabei vermittelten praktischen Erfahrungen Gegenstand des 2. Teiles.

### Aufgaben der TWA-Gruppen

Die Bedienung, Wartung und Unterhaltung der mobilen Trinkwasseraufbereitungsanlagen obliegt den „TWA-Gruppen“. Ihre Aufgaben sind im Entwurf einer Stärke- und Ausstattungsnachweisung (STAN) für den Betreuungsdienst allgemein festgelegt und sollen sich gemäß einer für das THW noch zu erarbeitenden STAN erstrecken auf das

1. Erzeugen von Trinkwasser, notfalls auch aus Oberflächenwasservorkommen, welche biologisch verunreinigt sowie durch chemische Kampfstoffe vergiftet und/oder radioaktiv kontaminiert sein können



Bild 1: Mobile Trinkwasseraufbereitungsanlage, in VW-Kombi verlastete Standardausrüstung, ergänzt durch 3 Kunststoffbehälter für Chemikalien



2. Transportieren von Trinkwasser in Katastrophengebiete
3. Transportieren des Trinkwassers von den eingesetzten mobilen Trinkwasseraufbereitungsanlagen zu Verteilerpunkten, an welchen
4. die Ausgabe des erzeugten Trinkwassers an die betroffene Bevölkerung und andere Bedarfsträger erfolgt.

Der unter 2. aufgeführte Transport von Trinkwasser gehört u. a. auch zu den Aufgaben gemäß STAN (Transportkapazität 10,5 cbm).



Bild 2: VW-Kombi mit Zubehör zur mobilen Trinkwasseraufbereitungsanlage

### Vorbereitung zum Einsatz der TWA-Gruppe

Trinkwasser ist das wichtigste Lebensmittel und kann nicht ersetzt werden.

Aus dieser Feststellung wird einmal die große Bedeutung für die Volksgesundheit, unser Leben schlechthin deutlich, und sie weist zugleich auf die große Verantwortung hin, die jeder trägt, der mit dem Lebensmittel Wasser umgeht. Das gilt bei der normalen Versorgung durch das zuständige

Wasserwerk ebenso wie bei deren möglichem Ausfall in einer Katastrophen- oder Krisenlage. Unter ungestörten Verhältnissen ist der Leiter des Wasserwerks-Verordnungs- dem die Versorgung eines bestimmten Gebietes obliegt, für die einwandfreie Führung und ordnungsgemäße Überwachung des Wasserwerksbetriebes verantwortlich (2). Er hat zuerst dafür Sorge zu tragen, daß die zwingende

Bestimmung von § 11 (1) Bundes-Seuchengesetz jederzeit eingehalten wird, wonach Trinkwasser so beschaffen sein muß, „... daß durch seinen Genuß oder Gebrauch die menschliche Gesundheit, insbesondere durch Krankheitserreger, nicht geschädigt werden kann. Wasserversorgungsanlagen unterliegen insoweit der Überwachung durch das Gesundheitsamt...“ (3). Ergänzend hierzu heißt es in § 16 der kürzlich verkündeten Trinkwasser-Verordnung: „... Das

Gesundheitsamt überwacht die Wasserversorgungsanlagen in hygienischer Hinsicht durch Prüfungen und Kontrollen“ (4). Was für die normale Versorgung maßgebend ist, gilt selbstverständlich auch beim Einsatz mobiler Trinkwasseraufbereitungsanlagen. Dieser erfolgt bei Beeinträchtigung der Wasserversorgung, die auf andere Weise nicht abgestellt werden können, auf Anforderung des Hauptverwaltungsbeamten, der für das betroffene Versorgungsgebiet

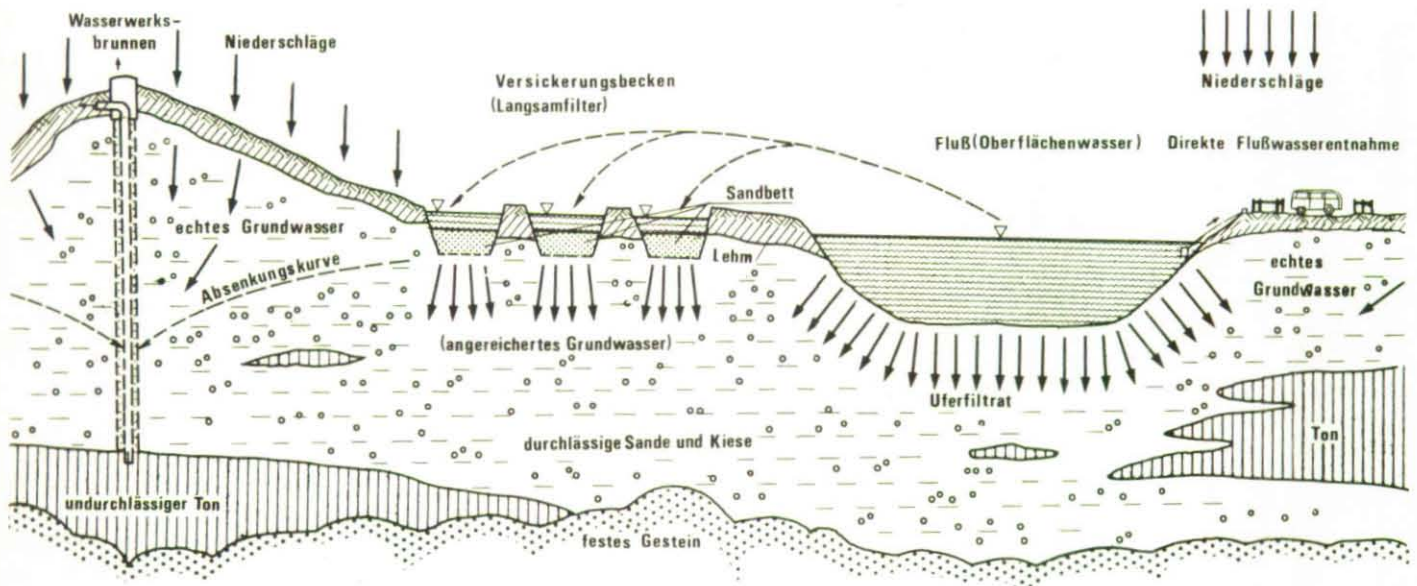


Bild 3: Vorbehandlung von Rohwasser aus Oberflächengewässern



zuständig ist. Bei der Entscheidung über einen solchen Einsatz wirken das jeweilige Wasserversorgungsunternehmen, die betroffene Gemeinde sowie als beratende Dienststellen des verantwortlichen Amtsarztes bei der Gesundheitsbehörde das fachkundige Wasserwirtschaftsamt (in Nordrhein-Westfalen: Staatliches Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft), die Ämter für öffentliche Ordnung, Zivilschutz und Wasserwirtschaft der kreisfreien Stadt bzw. Kreisverwaltung mit. Hierbei werden Einsatzort und -zeit, das in Anspruch zu nehmende Wasservorkommen u. a. m. bestimmt. Natürlich sollen schon so früh wie möglich die für den Einsatz in Betracht kommende Organisation sowie der für Aufbau und Betrieb der mobilen Trinkwasseraufbereitungsanlage vorgesehene Einheitsführer beteiligt werden, da sie aufgrund ihrer Erfahrungen und Kenntnisse gegebenenfalls gute Hinweise über so wichtige Fragen, wie das zweckmäßig zu nutzende Wasservorkommen, Aufstellungs-ort, Möglichkeiten, Grenzen sowie Leistungsfähigkeit der einzusetzenden Anlage, Nachschub von notwendigen Betriebsstoffen und Materialien, Wasserverteilung an die betroffene Bevölkerung u. a., geben können. Der Einsatzführer übernimmt letztlich die Verantwortung für die ordnungsgemäße Arbeitsweise der Anlage und gegenüber dem die Entscheidung über Abgabe sowie Verteilung des aufbereiteten Wassers treffenden Amtsarzt für dessen Güte, insbesondere den Gehalt an chemischen Stoffen und technischen Hilfsstoffen (z. B. Entkeimungsmittel) aufgrund der hierfür geltenden Bestimmungen (4,5).



**Bild 4: Rohwasserentnahme**

### **Güteanforderungen an Trinkwasser**

Die mit der Aufstellung und dem Betrieb von mobilen Trinkwasseraufbereitungsanlagen betrauten Helfer müssen also grundsätzlich die an Trinkwasser zu stellenden Güteanforderungen kennen. Die unter dem Zeichen eines Notstandes geltenden Anforderungen sollen deshalb kurz erläutert werden:

#### **I. Trinkwasser muß frei sein von Krankheitserregern**

Das ist die wichtigste Forderung an das Trinkwasser. Sie gilt uneingeschränkt sowohl unter ungestörten Verordnungsverhältnissen als auch in gleichem Umfange bei Störungen in Notstands- und Krisensituationen, wo infolge häufig unzureichender hygienischer Vorkehrungen die

Verunreinigungsgefahr besonders groß ist und schnell Seuchen drohen. Das trifft auch deshalb zu, weil in solchen Zeiten die Versorgung mit einwandfreien Lebensmitteln sowie Medikamenten eingeschränkt und die ärztliche Betreuung erschwert sind. Verunreinigtes Trinkwasser gilt als Überträger für Infektionskrankheiten, vor allem Typhus, Paratyphus, Cholera, Durchfallerkrankungen aller Art u. a. Die Erreger von Infektionskrankheiten können mit den Ausscheidungen von kranken, krankheitsverdächtigen, ebenso aber auch von gesunden Menschen und Tieren in das Wasser gelangen. Deshalb ist von vornherein damit belastetes Wasser so anzusehen, als ob es Krankheitserreger enthält. Schon bei der Wahl von Wasservorkommen und Standort der Trinkwasseraufbereitungsanlage ist darauf zu achten, daß im Zufließbereich der Entnahmestelle möglichst

keine Einleitungen von häuslichen Abwässern oder landwirtschaftlichen Betriebsabwässern erfolgen. Wenn dieses nicht einzuhalten ist, sollten die Ausläufe von Fäkaliengruben, Dung- und Jauchestätten, besonders aber auch von Kläranlagen, deren Reinigungsleistung besonders in Krisenzeiten infrage gestellt sein kann, in genügend großer Entfernung vom Entnahmeort liegen. Bevor eine Entscheidung über die direkte Entnahme von Wasser aus einem Oberflächengewässer, wie Bach, Fluß, Teich oder See, getroffen wird, sollte immer erst geprüft werden, ob nicht Wasser aus dem Untergrund, am besten aus genügender Tiefe und aus bereits auf natürliche Art filtrierenden Kies- und Sandschichten, verfügbar ist. Grundwasser ist naturgemäß der Gefahr einer Verunreinigung in weit geringerem Maße unterlegen. Bei diesen Vorbereitungen sind die



Erfahrungen und Ortskenntnisse der zu beteiligenden fachkundigen Behörden von unschätzbarem Wert.

Der Nachweis von Krankheitserregern im Wasser ist oft schwierig und in der Regel nur mit speziellen Methoden durch besonders ausgebildete Fachleute zu führen. Die Untersuchungen dauern darüber hinaus derartig lange, daß bis zum Vorliegen der Ergebnisse nicht gewartet werden kann. Man untersucht deshalb in der Regel das Trinkwasser auf einen möglichen Gehalt an sogenannten Colibakterien (*Escherichia coli* und coliforme Keime), die verhältnismäßig leicht nachzuweisen sind. Es handelt sich um typische Bewohner des Darmes von Warmblütern, die häufig völlig ungefährlich, als Testkeime aber anzeigen, daß das untersuchte Wasser mit Ausscheidungen von Mensch und Tier in Berührung gekommen ist und deshalb generell mit der Möglichkeit des Vorhandenseins von Erregern übertragbarer Krankheiten gerechnet werden muß (Fäkaliendikatoren). Einen weiteren Hinweis auf mögliche Verunreinigungen geben die Gesamtzahl und vor allem die plötzliche Änderung von im Wasser vorhandenen Keimen, die — ohne in diesem Zusammenhang nach ihrer Schädlichkeit zu fragen — sich in einer bestimmten Nährsubstanz bei einer bestimmten Temperatur während eines definierten Zeitraumes entwickeln (Koloniezahl). In der Trinkwasser-Verordnung (4) ist als Grenzwert festgelegt, daß in einer Menge von 100 Millilitern Trinkwasser keine *Escherichia coli*-Keime nachweisbar sein dürfen, deren Entwicklungsbedingungen und Widerstandskraft denen der Salmonellen ähneln,

einer besonders wichtigen Gruppe von Krankheitserregern. Als Richtwerte, deren Überschreitung zwar auf ungünstige Einwirkungen schließen läßt, aber in bestimmten Fällen toleriert werden kann, sind weiter bestimmt, daß in 100 Millilitern keine coliformen Keime enthalten sein und die Koloniezahl im Milliliter den Wert 100 nicht überschreiten sollen. Für den Verteidigungsfall gelten gemäß § 3 (1) der Ersten Wasserversicherungs-Verordnung in seuchenhygienischer Hinsicht dieselben Anforderungen, wie sie im Frieden für die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser gelten (6). Da gerade in Not- und Störungsfällen die Möglichkeit einer Wasserverseuchung durch Krankheitserreger niemals auszuschließen ist, muß dem Wasser vor der Abgabe an die Verbraucher zur Sicherheit in jedem Falle ein Entkeimungsmittel, z. B. Chlorgas oder -lauge u. a., in einer bestimmten Überschußmenge

beigegeben werden, das bis zum Verbrauch nachwirkt und gegebenenfalls auch noch nach erfolgter Aufbereitung, z. B. während des Transportes und bei der Verteilung, in das Wasser gelangende Krankheitserreger und Bakterien abtötet. Wegen des besonderen Seuchenrisikos in Notstandsfällen räumen die geltenden Bestimmungen aus Sicherheitsgründen eine gegenüber normalen Versorgungsverhältnissen erheblich erhöhte Zugabe an Entkeimungsmitteln ein, selbst unter Inkaufnahme eventueller Geruchs- und Geschmacksbeeinträchtigungen des abgegebenen Trinkwassers.

## 2. Trinkwasser darf keine gesundheits-schädigenden Eigenschaften besitzen

Oberflächenwasser aus stehenden oder fließenden oberirdischen Gewässern ist häufig bereits auf natürliche Art durch mitgeführte Schweb- und Sinkstoffe, gerade bei Hochwasser, ferner durch

Algen, Pflanzenreste und Mikroorganismen (etwa bei Wasserblüte in Seen) und Salze (erhöhte Konzentration bei geringer Wasserführung) u. a. m. beladen. Infolge menschlicher Besiedlung sowie landwirtschaftlicher, gewerblicher und industrieller Nutzungen in ihrem Niederschlagsgebiet gelangen zusätzlich aus der mit Staub und Gasen belasteten Atmosphäre, durch Einleiten von Abwasser, festen oder flüssigen Abfallstoffen und beim Durchströmen verunreinigter Bodenschichten weitere Stoffe in gelöster oder ungelöster Form in die Gewässer, die in einer bestimmten Konzentration Mensch und Tier schaden können. Aus der Vielzahl der in unserer belasteten Umwelt hierfür infrage kommenden gefährlichen Stoffe sollen die Schwermetalle (Arsen, Blei, Cadmium, Chrom, Quecksilber, Selen, Zink u. a.) und deren Verbindungen, die sogenannten Biozide, also die gegen Insekten, Pflanzenkrankheiten und zur



Bild 5: Einrühren des Flockungsmittels



Unkrautbekämpfung eingesetzten Giftstoffe, sowie andere organische Verbindungen (wie Mineralöle, Detergentien und die als krebsfördernd erkannten polyzyklischen Aromate), zusammenfassend als Umweltchemikalien bezeichnet, genannt werden.

Schätzungsweise finden in Friedenszeiten bis zu 500 000 verschiedene Chemikalien ihren Weg in die Oberflächengewässer! Rund 2 Mio künstlich erzeugte chemische Verbindungen sind bisher bekannt; jährlich kommen nicht weniger als 250 000 hinzu, von denen etwa 300 zusätzlich in die Umwelt gelangen. Dazu kommen im Falle ihres möglichen Einsatzes radioaktive, biologische und chemische Kampfstoffe. Die geltenden Bestimmungen enthalten Grenzwerte für die Konzentration einer Reihe von Gift- und Schadstoffen im Trinkwasser, bei denen feststeht, daß sie bei Dauergenuß gesundheitsschädlich sind (4, 7, 8). Von der überwiegenden Zahl derartiger Verbindungen sind jedoch heute die Schadgrenzen noch nicht bekannt.

### Grenzen der Oberflächenwasser-Aufbereitung

Vor der schwierigen Aufgabe, der Bevölkerung jederzeit ein appetitliches, klares, geschmacklich und hygienisch einwandfreies sowie von Gift- und Schadstoffen freies Trinkwasser zu liefern, stehen die Wasserwerke, denen die ständige Versorgung unter ungestörten Verhältnissen obliegt, besonders wenn sie gezwungen sind, ihr Rohwasser aus stärker mit Abwasser belasteten Gewässern zu entnehmen. Dabei drohen gerade von den in die Gewässer eingeleiteten sogenannten schwer abbaubaren, per-

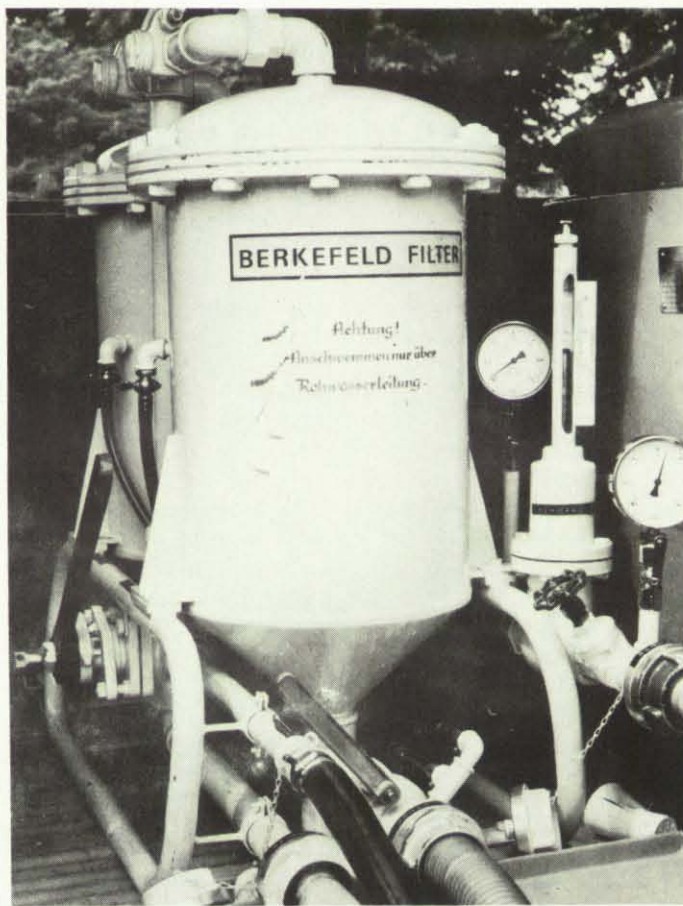


Bild 6: Anschwemmfilter, in VW-Kombi installiert



Bild 7: Angerührte Filtermasse, fertig für die Anschwemmung

sistenten und toxischen Stoffen wachsende Gefahren, die bei der Abwasserbehandlung in den heute üblichen mechanisch-biologischen Kläranlagen der Kommunen und Gewerbebetriebe gar nicht oder nur ungenügend entnommen oder in unschädliche Substanzen umgewandelt werden. Dazu kommt die den Gewässern zugemutete Verunreinigung durch überhaupt noch nicht gereinigte Abwässer und die Restverschmutzung aus jenen abbaufähigen Stoffen, die mit dem nicht vollständig zu reinigenden Abwasser aus den Kläranlagen abfließen. Hierdurch wird das Selbstreinigungsvermögen der Flüsse, also deren Fähigkeit, mit den ihnen überlassenen Schmutzstoffen selbst fertigzuwerden, häufig überfordert. Die gleiche Situation ergibt sich natürlich beim Einsatz mobiler Trinkwasseraufbereitungsanlagen an solchen Gewässern. Gegenüber diesen Anlagen befinden sich die der normalen Wasserwerke sogar noch in einer vergleichsweise günstigen Lage: Aufgrund des hohen Verschmutzungsgrades unserer Flüsse mit größerer Wasserführung entnehmen sie nämlich Rohwasser nur in ganz seltenen Fällen der fließenden Welle unmittelbar, sondern meistens über Brunnen in einiger Entfernung vom Ufer als versickertes Flußwasser (Uferfiltrat) oder erst nach biologischer Vorbehandlung in sog. Langsamfilterbecken mit anschließender Versickerung im Untergrund (Bild 3). Bei dieser als natürliche Aufbereitung anzusehenden Vorbehandlung werden bereits ein erheblicher Teil der vom Wasser mitgeführten ungelösten Stoffe im Untergrund abgelagert und andere, teilweise auch gelöste Stoffe, bei darüber hinaus im Untergrund ablaufenden Abbauvorgängen umgewandelt und können hier-

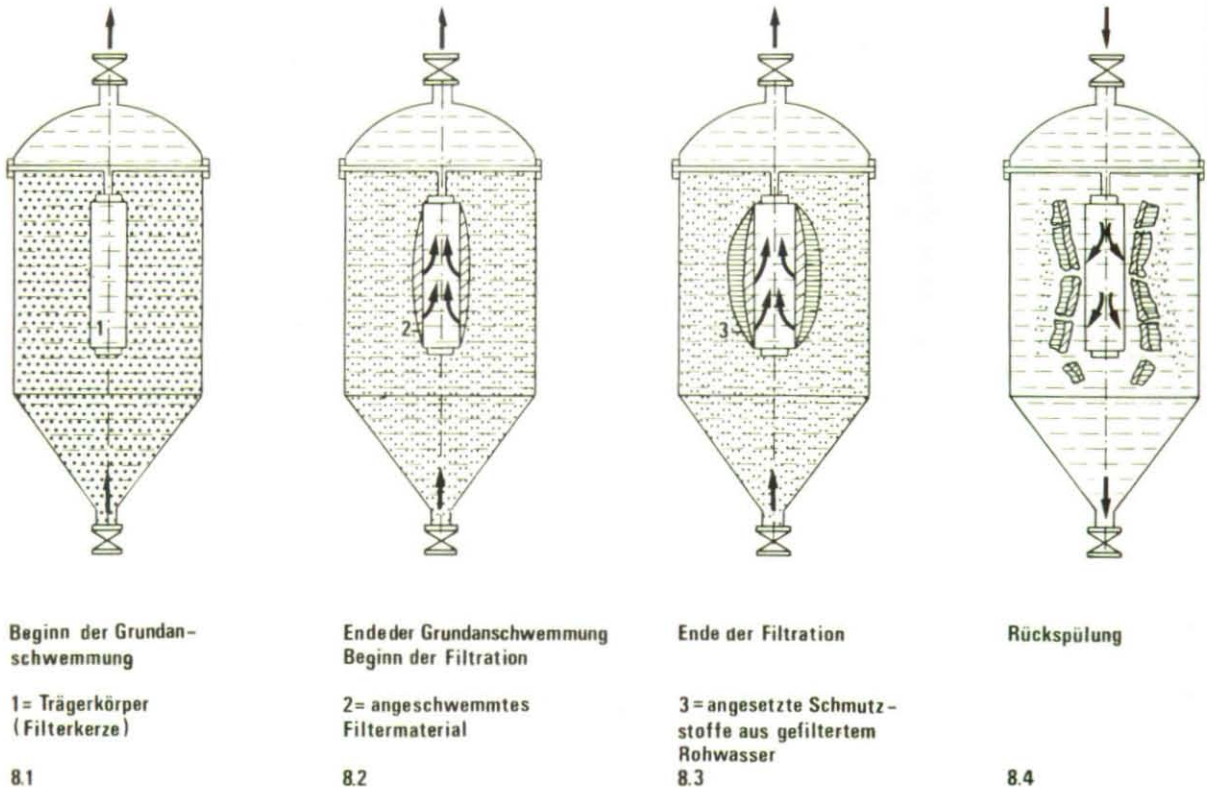


durch den anschließend im Wasserwerk angewandten weitergehenden physikalisch-chemischen Aufbereitungsverfahren wirksamer unterworfen werden. Weiterhin führen der längere Aufenthalt im Boden und die hierbei stattfindende Vermischung mit gleichfalls im Untergrund strömendem, aus versickernden Niederschlägen gespeistem, d. h. weniger verunreinigtem Grundwasser zu einer Verbesserung der Eigenschaften des ursprünglichen Flußwassers, und die starken Schwankungen der Wassergüte infolge wechselnder Wasserführung (Hoch- und Niedrigwasser) und plötzlicher Abwasserstöße sind gemindert. Durch diese Vorgänge wird die Aufbereitung im Wasserwerk fühlbar entlastet und eine gewisse Sicherheit gegen das Verbleiben schädlicher Stoffe im Trinkwasser erzielt. Dagegen befindet sich eine mobile Trinkwasseraufbereitungsanlage, die ihr Rohwasser direkt dem Fluß entnimmt, deutlich im Nachteil, selbst wenn sie mit einem noch so guten Reinigungsgrad

arbeitet. Ferner sind ihre einzelnen Anlagenteile mit Rücksicht auf gute Verlastbarkeit sowie schnelle Einsatzbereitschaft besonders kompakt hergestellt und daher die Behandlungsdauer des aufzubereitenden Wasser teilweise kürzer als in den Großanlagen der Wasserwerke. Deshalb können die Anforderungen an mobile Trinkwasseraufbereitungsanlagen bezüglich der gleichzeitigen Entnahme aller im Wasser vorhandenen Stoffe nicht zu hoch gestellt werden. Mit dieser Feststellung sollen die bisherigen guten Erfahrungen in vielen Notfällen keinesfalls gelehrt und ihre Bedeutung nicht herabgesetzt werden. Ein verantwortungsbewußter Einsatz erfordert jedoch zugleich Klarheit über Möglichkeiten und Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Auch bei den mobilen Trinkwasseraufbereitungsanlagen gilt wie im normalen Wasserwerksbetrieb: Je geringer die Verunreinigung des zu behandelnden Rohwassers, um so besser ist auch die Güte des abge-

gebenen Trinkwassers (9). Einfach verschmutztes, d. h. durch ungelöste abbaubare Stoffe, Trübstoffe, auch sog. halb gelöste, das sind besonders fein verteilte Stoffe, verunreinigtes Wasser kann ohne weiteres in mobilen Trinkwasseraufbereitungsanlagen behandelt werden. Probleme ergeben sich aber bei jenen im Rohwasser echt gelösten organischen Stoffen und beim Auftreten unbekannter Gemische mehrerer gelöster giftiger Substanzen, die im Betrieb der Wasserwerke ebenfalls zu Schwierigkeiten Anlaß geben können. Gute Leistungen erbringen mobile Trinkwasseraufbereitungsanlagen besonders bei der Entkeimung von bakteriell verunreinigtem Wasser und erfüllen damit die wichtigste Forderung der Trinkwasserhygiene im Friedens- und Verteidigungsfall. Im übrigen erstreckt sich ihr Einsatz in der Regel auf die Überwindung eines räumlich und zeitlich begrenzten Notstandes. Deshalb sehen die geltenden Bestimmungen, z. B. in § 4 der Trinkwasser-Verordnung (4) vor,

daß die zuständige Gesundheitsbehörde während eines befristeten Zeitraumes eine Überschreitung der für bestimmte Wasserinhaltsstoffe festgelegten Grenzwerte bis zu einer von ihr festzusetzenden Höhe zulassen kann, „... wenn dadurch keine Gesundheitsgefahren zu befürchten sind und die Trinkwasserversorgung nicht auf andere Weise sichergestellt werden kann.“ Das gilt auch gemäß § 3 (1) der Ersten Wassersicherstellungs-Verordnung im Verteidigungsfall (6). Dann können jedoch die Verhältnisse noch zu einer weiteren Lockerung der Anforderungen zwingen. Deshalb heißt es in § 3 (2) der 1. WasSV: „Ist die Deckung des lebensnotwendigen Bedarfs an Trinkwasser auf andere Weise nicht sicherzustellen, kann mit Zustimmung der zuständigen Gesundheitsbehörde von den Anforderungen an die Beschaffenheit des Trinkwasser nach Absatz 1 Satz 2 (... muß ... frei sein von ... Stoffen in gesundheitsschädlicher Konzentration ...) abgewichen werden, wenn nur



**Bild 8: Schema der Anschwemmfiltration**



geringfügige oder vorübergehende gesundheitliche Störungen zu besorgen sind.“ Es wird also abzuwägen sein, ob eher der Genuß und Gebrauch von derartigem Wasser zugelassen wird, als durch ein strenges Verbot die nackte Existenz der betroffenen Menschen zu gefährden. Gerade in solchen Situationen vermögen mobile Trinkwasseraufbereitungsanlagen unschätzbare Dienste zu leisten.

### Arbeitsweise mobiler Trinkwasseraufbereitungsanlagen

Wie arbeitet eine mobile Trinkwasseraufbereitungsanlage? Im wesentlichen finden hier auf kleinstem Raum konzentriert die gleichen Aufbereitungsverfahren Anwendung, wie sie auch den großtechnischen Einrichtungen moderner Wasserwerke zugrunde liegen. Anhand der Bilder 4 — 11 sollen an dem von der Firma Berkefeld-Filter GmbH in Celle gelieferten Trinkwasseraufbereiter (Typ 0920/6 ABC) mit einer Leistung von ca. 6000 Liter/Stunde, montiert auf VW-Kombi, die wichtigsten Aufbereitungsschritte kurz erläutert werden (10): Das aufzubereitende Rohwasser wird dem Gewässer mittels einer benzinge-triebenen Kreiselpumpe entnommen (Bild 4). Um bei stärker belastetem besonders schweb- und trüb-stoffhaltigem Rohwasser die Leistungsfähigkeit der Filter möglichst lange zu erhalten, wird das Rohwasser zuerst in Vorbe-handlungsbehälter gepumpt. Hier werden dem Rohwasser Flockungskemika-lien, z. B. Eisensalze, bei-gegeben, welche die feinen und feinsten Schweb- und Trübstoffe im Wasser aus-flocken und so beschweren, daß sie sich auf dem Behälterboden absetzen und nicht die Reinigungs-leistung der sich an-schließenden Filter vorzeitig erschöpfen. Auch bei



Bild 9: Einfüllen von Chlorbleichlaugung in das Dosiergerät

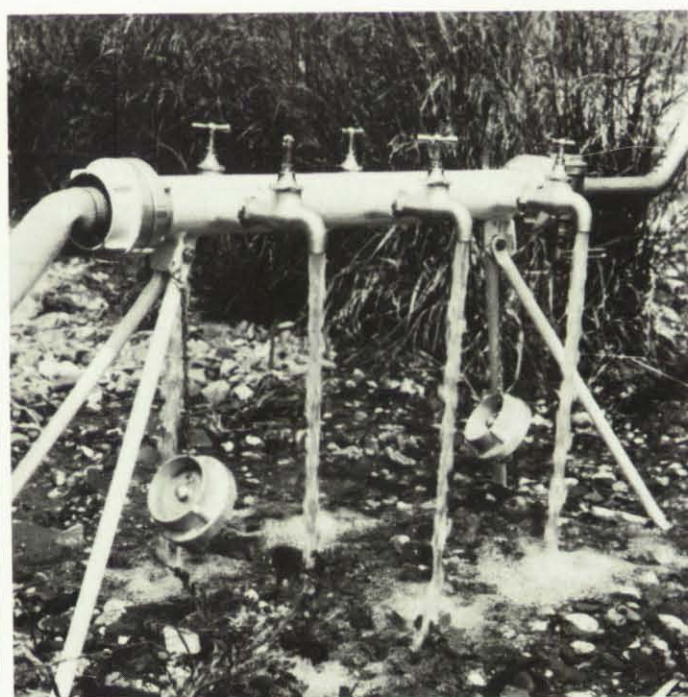
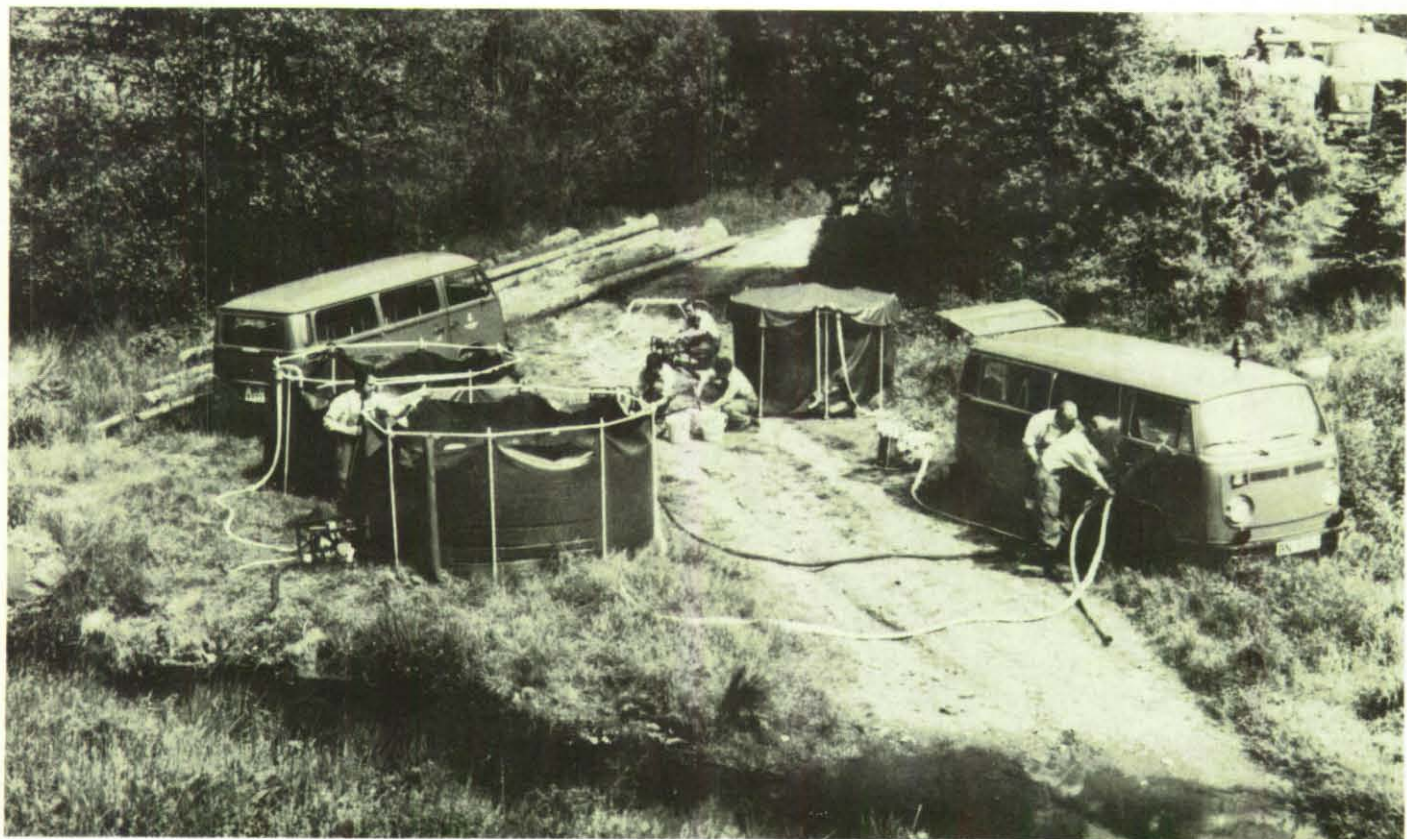


Bild 10: Verteilerrohr für aufbereitetes Trinkwasser

weniger verschmutztem Rohwasser empfehlen sich Vorbehandlungsbehälter zum Einbringen von Chlor, damit dieses möglichst lange seine keimtötende und zerstörende Wirkung auf organische Stoffe ausüben kann (Oxydation). Das innige Vermischen der eingebrachten Flockungschemikalien mit dem Rohwasser durch vorsichtiges Einrühren, um nämlich die sich bildenden Flocken nicht zu zerschlagen, ist besonders wichtig für einen guten Flockungseffekt und damit für eine wirtschaftliche Betriebsdauer der Anlage (Bild 5). Inzwischen sind auch die beiden im VW-Kombi fest installierten Anschwemmfilter, die den Schwerpunkt der Anlage bilden, auf ihre Aufgabe vorbereitet worden. Sie bestehen aus Stahlkesseln von 35 cm Durchmesser und 50 cm Höhe (Bild 6), in deren Innern die „Seele“ des Aufbereitungsverfahrens, nämlich jeweils 19 Stück Filterkerzen eingebaut sind. Die Filterkerzen, auf die in Teil 2 näher eingegangen wird, bilden die Trägerkörper für die von der Lieferfirma mit der Bezeichnung BERKE-SIL K beigestellte Filtermasse, die, als schwärzliches Pulver zunächst in Wasser angerührt (Bild 7), in die Filterkessel gefördert wird, wo sie sich außen an den Filterkerzen anlagert (Grundanschwemmung). Hierdurch bildet sich ein feinporiges Filterbett. Bild 8.1 und 8.2 verdeutlichen den Vorgang der Grundanschwemmung. Nunmehr wird das vorgeklärte Wasser aus den Vorbehandlungsbehältern abgezogen und in die Filterkessel gefördert. Auf dem angeschwemmten Filterbett bleiben die im Wasser befindlichen feinen Schwebeteilchen und kleinen Schmutzflocken zurück, und das gereinigte Wasser fließt im Innern der Filterkerzen ab (Bild 8.3). Nach einer bestimmten, vom





**Bild 11: Gesamtansicht der in Betrieb befindlichen Anlage**

Verschmutzungsgrad des Rohwassers abhängigen Betriebszeit haben sich außen auf der Anschwemm- schicht der Filterkerze die Schmutzstoffe angelagert und diese so verstopft, daß Wasser nur noch unter erhöhtem Druck durchtreten kann. Damit ist der Filter erschöpft und kann seine Reinigungsaufgabe nicht mehr erfüllen. Nunmehr werden durch Rückspülen mit reinem Wasser aus dem Innern der Filterkerze heraus, d. h. in entgegengesetzter Fließrichtung gegenüber dem normalen Filtervorgang, die auf der Anschwemmfiltermasse angelagerten Schmutzstoffe zusammen mit dieser abgestoßen („Abschocken“, Bild 8.4) und als Schlammwasser herausgespült. Zur Sicherheit gegen eine mögliche Wiederverkeimung beim Transport zum Verbraucher und der Zwischenspeicherung erfolgt eine nochmalige Chlorung. Die Zugabe findet automatisch in Abhängigkeit von der momentan aufbereiteten Wassermenge in einem be-

sonderen Dosiergerät statt, welches in der Leitung zwischen Filter und Reinwasser-Vorratsbehälter eingeschaltet ist. In den Dosierbehälter wird jeweils eine entsprechende Menge an Chlorklüng eingefüllt (Bild 9). Das in den Reinwasser-Vorratsbehälter gelangte aufbereitete Wasser kann nun Trinkwasser entweder über Verteilerrohr mit mehreren Entnahmehähnen direkt an die Bevölkerung abgegeben (Bild 10) oder in Tankwagen abgefüllt in das Verbrauchsgebiet transportiert werden.

Bild 11 vermittelt eine Gesamtansicht von der in Betrieb befindlichen Anlage mit (von links nach rechts gesehen) Rohwasserpumpe nahe der Bachentnahmestelle, zwei Vorbehandlungsbehältern, der 2. Rohwasserpumpe, den davor mit dem Anrühren des Anschwemmmaterials für die im VW-Kombi verlasteten Filter beschäftigten Helfern, der nachgeschalteten Chlordosierung und dem mit einer Plane

abgedeckten Reinwasser-Vorratsbehälter sowie Verteilerrohr.

Durch Zugabe weiterer spezieller Chemikalien unter Anwendung des von der Lieferfirma entwickelten

Terratom-Verfahrens kann die beschriebene Anlage bei Notständen auch zur Entnahme und Zerstörung von A-, B- und C-Kampfstoffen eingesetzt werden (11 — 13).

#### Literaturnachweis

- (1) Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen: Zur Information: Feuerschutz und Katastrophenschutz in NW. Band 10. 1972
- (2) Fachnormenausschuß Wasserwesen im Deutschen Normenausschuß: DIN 2000: Zentrale Trinkwasserversorgung — Leitsätze für Anforderungen an Trinkwasser — Planung, Bau und Betrieb der Anlagen. November 1973
- (3) Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten bei Menschen (Bundes-Seuchengesetz) vom 18. 7. 1961, BGBl. I S. 1012
- (4) Verordnung über Trinkwasser und über Brauchwasser bei Lebensmittelbetrieben (Trinkwasser-Verordnung) von 31. 1. 1975, BGBl. I Nr. 16 S. 453 — 461
- (5) Verordnung über den Zusatz fremder Stoffe bei der Aufbereitung von Trinkwasser (Trinkwasser-Aufbereitungs-Verordnung) vom 19. 12. 1959, BGBl. I S. 762, in der Fassung der Änderungsverordnung vom 27. 6. 1960, BGBl. I S. 479
- (6) Erste Wassersicherstellungsverordnung (1. WasSV) vom 31. 3. 1970, BGBl. I S. 357
- (7) Gesetz über die Annahme von Grundnormen für den Strahlenschutz vom 29. 7. 1964, BGBl. II S. 906
- (8) Erste Verordnung über den Schutz vor Schäden durch Strahlen radioaktiver Stoffe (Erste Strahlenschutz-Verordnung) in der Fassung vom 15. Oktober 1965, BGBl. I S. 1653 — 1684
- (9) Deutscher Verein von Gas- und Wasserfachmännern: Technische Regeln, Arbeitsblatt W 151: Eignung von Oberflächenwasser als Rohstoff für die Trinkwassergewinnung. Frankfurt/Main, Mai 1975
- (10) Berkefeld-Filter GmbH, Celle/Hannover: Bedienungsanleitung für BERKEFELD-Trinkwasserbereiter, Typ 0920/6 ABC — Leistung 6000 l/h
- (11) Such, W.: Wasser über alles — Alles über Wasser. Das Wassersicherstellungsgesetz, seine Notwendigkeit und Ziele, erläutert an praktischen Beispielen. 3. Teil.. Zivilver Bevölkerungsschutz, Nr. 4/April 1970
- (12) Mehls, K. F. H.: Die Dekontaminierung mit ortsbeweglichen Trinkwasseraufbereitern im Rahmen eines Notstandes, Zeitschrift gwf — Ausgabe Wasser/Abwasser, Heft 50/1961, S 1365 — 1369
- (13) Mehls, K. F. H.: Besondere Erfordernisse der Trinkwasseraufbereitung bei überregionalen Notständen Vom Wasser. XXIX. Band, 1962, Verlag Chemie GmbH Weinheim, S. 32 — 57



## BVS übernahm eine Station

„Welche Hamburger Freiwillige Feuerwehr hat die beste Gruppe?“ Um die Antwort auf diese Frage ging es in Hamburg-Bergedorf. Die FF Lohbrügge richtete die erste Geschicklichkeitsfahrt aus. Neben Hamburger Wehren entsandten die Nachbargemeinden Reinbek, Schönningstedt und Wentorf ihre Wettkämpfer. Insgesamt 28 Gruppen nahmen an dem Wettbewerb teil. An 18 Stationen, die Helfer der in Bergedorf ansässigen Hilfsorganisationen besetzt hatten, mußten die Feuerwehrmänner ihre Geschicklichkeit unter Beweis stellen. Zum Beispiel hatte die DLRG eine Person im Wasser „bereit“, die zu bergen war.



An der „BVS-Station“ hatten die Wehrmänner eine „brennende Person“ abzulöschen.

Das THW schlug einen Steg über die Bille, der zu überqueren war. Der ASB baute eine Unfallsituation auf, bei dem ein Schädelbasisbruch zu erkennen und zu versorgen war. Beim BVS war eine brennende Person abzulöschen. Da diese Station auf einem Parkplatz in einem dichtbesiedelten Gebiet lag, hatten die BVS-Helfer zusätzlich einen Info-Stand aufgebaut, der sich regen Interesses erfreute.

Zum Abschluß hatten es die Wentorfer den Hamburgern gezeigt, denn diese Gruppe hatte die wenigsten Minuspunkte. Auf den zweiten Platz kam die FF Hamburg-Niendorf. Rolf Glawe, Landesbereichsführer der Freiwilligen Feuerwehren, dankte allen Teilnehmern in einer Abschlusssprache.

## Schnell und richtig helfen

„Eine schlecht ausgestattete Hausapotheke ist genauso gefährlich wie gar keine!“ Diese und ähnliche Sätze stimmten die Besucher einer Ausstellung in der Bergedorfer BVS-Dienststelle nachdenklich: „Wie sieht es eigentlich in Deiner Hausapotheke aus, wann hast Du sie das letzte Mal überprüft?“

Die Bergedorfer Helfer wollten ihre Mitbürger während der Dienststunden über Selbstschutz und die Möglichkeiten, sich und anderen schnell helfen zu können, informieren. Während der Besuchszeiten standen BVS-Mitarbeiter für die Beratung bereit. Vorsorge für den Notfall gehört

genauso zur Information wie Empfehlungen für den vorbeugenden Brandschutz. Gleichzeitig war die Ausstellung eine Werbung für die Grundlehrgänge, die der BVS regelmäßig in Bergedorf veranstaltet.

## Wir gratulieren



Ein Schnitt — und der Weg in die Ehe ist frei!

Durch ein Ehrenspalier von BVS-Mitarbeitern aus Bergedorf schritten nach der Trauung Dieter Reppenhagen und seine Ehefrau Carola. Sie haben sich als Helfer der BVS-Dienststelle kennengelernt und werden weiterhin für den Verband tätig sein.

## Horst Rose †

Die BVS-Dienststelle Hamburg-Eimsbüttel trauert um ihren ehrenamtlichen Mitarbeiter Horst Rose, der am 18. Juli nach schwerer Krankheit im Alter von 26 Jahren verstarb. Die Mitarbeiter und Helfer des BVS werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

## Senat berichtet über BVS-Arbeit

Auf die verstärkte Informations-tätigkeit der BVS-Landesstelle wurde erstmalig in dem Tätigkeitsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen hingewiesen. Wörtlich heißt es: „In der Öffentlichkeitsarbeit im Selbstschutz wurde

verstärkt darauf hingewiesen, daß alle Bürger die Möglichkeit haben, an der Selbstschutzausbildung durch den Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) teilzunehmen oder sich durch diesen über vorsorgende

Maßnahmen des Zivilschutzes beraten zu lassen.“

Die Landesstelle führte im 1. Halbjahr 1975 81 Aufklärungsveranstaltungen — davon Dienststelle Bremen 72 mit 2605 Interessenten und Dienststelle Bremerhaven 9 mit 391 Teilnehmern — und 5 Ausstellungen mit über 17 500 Besuchern durch.



## Bau - Technik im I. Halbjahr

Neben sechs Beratungen „Schutzraumbau“ wurden 16 Anfragen von Hausschutzraum-Interessenten im 1. Halbjahr 1975 bearbeitet. Daß eine intensivere Informationstätigkeit, insbesondere auf dem Gebiet Hausschutzräume, Erfolg haben kann, bewies die erneute Aufstellung des BVS-Informationsstandes „Hausschutzräume“ in der Mehr-

zweckanlage Sedanplatz in Bremen-Nord am „Tag der offenen Tür, Besichtigung der größten Mehrzweckanlage im nordwestdeutschen Raum“. Ergebnis: Zwei Einzelberatungen konnten dort durchgeführt werden.

Die ehrenamtlichen Bauberater der Dienststelle Bremen konnten zusätzlich in vielen Gesprächen und fachlichen Diskussionen zahlreiche

interessierte Besucher über den privaten Schutzraumbau informieren.

Die Zahl der Hausschutzräume im Lande Bremen, die mit Bundesmitteln bezuschußt wurden, beträgt laut Mitteilung des Senators für Inneres 11 mit 228 Schutzplätzen; eine Anzahl zusätzlicher Objekte befindet sich in der näheren Umgebung Bremens auf niedersächsischem Gebiet.

# SCHLESWIG~HOLSTEIN



## Zwischen Nord- und Ostsee

Unter den ersten zehn Preisträgern beim Slogan-Wettbewerb des BVS mit 6129 Teilnehmern waren vier aus Schleswig-Holstein; davon sind zwei in Kiel ansässig. Edgar Schwenke, Student und beim Warnamt I tätig, erhielt für den Slogan „Mit dem Bürger für den Bürger — Zivilschutz“ einen zweiten Preis. Der Spruch „Bürger helfen Bürgern — Zivilschutz“ brachte Reinhard Penner, Student und Helfer im THW, einen dritten Preis. Durch BVS-Landesstellenleiter Franz Beiter wurden den Siegern die Preise in der BVS-Landesstelle überreicht. Ebenfalls einen zweiten Preis überreichte der Landesstellenleiter in Neumünster an Josef Keck, der beim DRK-Landesverband Hamburg tätig ist, aber in Schleswig-Holstein wohnt. BVS-Dienststellenleiter Plewig (Pinneberg) konnte schließlich Wolfgang Stein, Jurastudent aus Kaltenkirchen, einen Preis für den dritten Platz überreichen.

\*

Aus Schleswig-Holstein und Hamburg waren 22 deutsche Reserveoffiziere einer Einladung der dänischen Reserveoffiziersvereinigung gefolgt. Zum Programm gehörte auch ein Besuch bei der südjütischen Zivilverteidigungskolonie in Hadersleben, wo Kolonnenchef Ejvind Kildebaek die Gäste mit Wesen und Aufgaben seiner Organisation vertraut machte.

\*

Während der ganzen Kieler Woche waren die meisten Besucher an der

am Hafen gelegenen Kiellinie zu finden. An dieser überaus günstigen Stelle konnten die Katastrophenschutzorganisationen und der BVS vielen Menschen Einblick in ihre Tätigkeitsbereiche geben. In einem Zelt zeigte der BVS die Tafelausstellung „Selbstschutz“. Außerdem wurden dort laufend Filme über Selbstschutz, Katastrophenschutz und Zivilschutz vorgeführt sowie Informationsmaterial verteilt.

Daß die Kieler Katastrophenschutzorganisationen auch einem Notfall auf einem Schiff gewachsen sind, zeigten sie in gutem Zusammenwirken mit Polizei, Berufsfeuerwehr und Bundesmarine bei einer Übung am vorletzten Tag der Kieler Woche.

## Henry-Moore-Ausstellung

In den Monaten Mai, Juni und Juli hatte die BVS-Landesstelle zum dritten Mal die Henry-Moore-Ausstellung eingesetzt. Nachdem die Bilder in Glinde (Kreis Stormarn) im Bürgerhaus und in Glücksstadt (Kreis Steinburg) im Palais Brockdorff gezeigt worden waren, gelangten sie wieder einmal in die Landeshauptstadt Kiel.

Bei der Eröffnung der Ausstellung im Rathaus vor zwei Jahren wurde die Anregung gegeben, sie auch in größeren Betrieben zu zeigen. In der Firma Designa wurde nun erstmals diese Idee aufgegriffen. In Anwesenheit von Vertretern der im Gewerbegebiet Tannenberg ansässigen Firmen eröffnete der Kulturreferent der Stadt, Dieter Opper, in der Eingangshalle dieses Betriebes die Ausstellung und gab eingehende Erläuterungen zu

Inhalt und Gestaltung der Bildaussagen Henry Moores. Auf Sinn und Zweck dieser Zusammenstellung unter dem Thema „Der Mensch in Gefahr“ wies BVS-Fachgebietsleiter Dieter Hoberg hin. Nachdem es gelungen war, bei einem großen Teil der Betriebsangehörigen Interesse zu wecken und ihnen Bildwerke eines bedeutenden zeitgenössischen Künstlers sowohl von der Thematik als auch von der Gestaltung her nahezubringen, sollen nach Absprache zwischen dem BVS und dem Kulturstadtrat der Stadt Kiel auch andere große Betriebe auf die Henry-Moore-Ausstellung aufmerksam gemacht werden.

Im Anschluß an die Ausstellung bei der Designa kamen die Bilder Henry Moores in das Stadtzentrum, in die Schaltherhalle der Barmer Ersatzkasse in der Küterstraße. Dort waren sie einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich. Wie in den Vorjahren hatte auch diesmal wieder die Henry-Moore-Ausstellung in Schleswig-Holstein in allen Einsatzorten ein gutes Presse-Echo gefunden.

## Alle Behörden aufgefordert

Innenminister Rudolf Titzck hat in einem Runderlaß an alle Behörden des Landes, an alle Kreise, kreisfreien Städte, Ämter und Gemeinden sowie an alle übrigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften den Beschluß der Landesregierung zur Durchführung des Aufbaus des Behördenselbstschutzes veröffentlicht. Alle Dienststellen der Landesverwaltung mit mindestens 15 ständigen Mitarbeitern haben



einen Behördenselbstschutz einzu-richten. Die Mitarbeit im Behörden-selbstschutz ist freiwillig, sie gilt als Dienst.

### Vortrag vor Hausfrauen

Sehr gut ist die Zusammenarbeit des BVS mit der Hausfrauen-Union e. V. Pinneberg und deren Vor-sitzenden Jutta Reuter. Jährlich ist der BVS dort einmal zu einem Selbstschutz-Grundlehrgang. Nach-dem Jutta Reuter zur stellvertreten-den Landesvorsitzenden gewählt wurde, lag es nahe, daß sie sich bei der Aktivierung des Ortsverbandes Norderstedt sofort einschaltete und für eine der ersten Veranstaltungen

den BVS zu einem Referat anforderte. Vor 30 Teilnehmerinnen sprach Dienststellenleiter Plewig (Pinne-berg). Die Zuhörerinnen entschlossen sich nach Referat und anschließender Diskussion zur Teilnahme an einem Grundlehrgang. Die Landesvorsit-zende Vera-Inge Alwes (Kiel) appellierte an die Teilnehmerinnen, daß es eine echte humanitäre Auf-gabe sei, wenn sie sich im Selbst-schutz ausbilden ließen.

### Heinrich Falck †

Die Dienststelle Itzehoe trauert um Heinrich Falck, der im 75. Lebensjah-r nach längerer Krankheit verstorben ist.

Heinrich Falck wurde 1958 ehren-amtlicher Mitarbeiter und übernahm bald die Leitung der damaligen Ortsstelle Glückstadt an der Elbe. Als Dank und Anerkennung wurde ihm 1967 die Ehrennadel des Verbandes verliehen. Mit Stadtammann a. D. Falck, der unter Zurückstellung eigener Interessen aus Überzeugung diese Tätigkeit bis zu seiner Erkrankung 1969 ausübte und besonders junge Menschen für den Gedanken der Hilfe am Nächsten, nicht zuletzt durch das uneigennützi-ge und gute eigene Beispiel, zu begeistern in der Lage war, ist ein Mann verstorben, der in der Dienst-stelle Itzehoe unvergessen bleiben wird.

# niedersachsen



### Kurz berichtet

**Bremervörde.** Auf Einladung der Stader Bezirksregierung fand ein Informationsseminar über Zivil-verteidigung, Zivilschutz und Selbst-schutz statt, zu dem die Haupt-verwaltungsbeamten der Landkreise und Gemeinden eingeladen waren. Abteilungsleiter Dr. Stier von der Bezirksregierung Stade brachte zum Ausdruck, daß die Probleme „Zivil-und Katastrophenschutz“ in seinem Hause nicht unter „ferner liefen“ behandelt würden, sondern mit Sachlichkeit und dem nötigen Ernst.

**Soltau.** 70 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens nahmen auf Einladung des Oberkreisdirektors an einem Info-Seminar des BVS teil und ließen sich über einschlägige Fragen der Zivilverteidigung und des Selbstschutzes informieren. Erfreut über die große Beteiligung an dem Seminar zeigte sich Oberkreisdirektor Klaus Schumacher. Er dankte den Referenten und dem Leiter der Soltauer BVS-Dienststelle für die Information.

**Meppen.** Die Frauenvereinigung der CDU des Landkreises äußerte den Wunsch nach weiterer Information und Ausbildung durch den BVS. Das war das Ergebnis eines Seminars für diese Personengruppe, das auch den Besuch eines Hilfskrankenhauses in Syke beinhaltete.

**Aurich.** Im Zusammenwirken mit dem Regierungspräsidenten veranstaltete die BVS-Landesstelle ein gut besuchtes Zivilschutzseminar. Als

zuständiger Abteilungsleiter konnte dazu Leitender Regierungsdirektor Willenbücher im „Remmer“ zahl-reiche Teilnehmer der Kreisver-waltungen, Landesbehörden und Gemeinden begrüßen. Willenbücher bestätigte, daß Gesprächspartner der Gemeinden für die Selbstschutz-angelegenheiten der BVS und die Landkreise sind.

**Lüneburg.** 60 Betriebsinhaber und Sicherheitsbeauftragte ließen sich in einer Veranstaltung der IHK Lüne-burg durch den Vertreter der BVS-Landesstelle, Kaufner, über Fragen des betrieblichen Katastrophenschutzes unterrichten.

**Seesen/Harz.** Stadtdirektor Hans Thorno eröffnete vor zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in den Räumen der Nord-deutschen Landesbank am Jasper-platz die BVS-Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“. Vorsorge, sagte der Stadtdirektor, könne dazu beitragen, Menschen-leben zu retten und Folgen von Katastrophen zu verringern.

**Hann. Münden.** Katastrophenvorsorge im häuslichen Bereich war das Thema einer Informations- und Aufklärungs-ausstellung, die in der unteren Halle des Rathauses aufgestellt war. Bürgermeister Henkelmann, der die Ausstellung eröffnete, wies auf die Notwendigkeit solcher Informationen im Hinblick auf die erschreckende Zahl der Unfälle — nicht nur im Straßenverkehr — hin.

Wie alljährlich, fand auch in diesem Jahr an der Landespolizeischule für

Polizeioberbeamte ein Informations-Seminar über Fragen der Zivil-verteidigung statt, an dem 162 Damen und Herren teilnahmen. Diese Infor-mationsveranstaltung ist deshalb so wichtig, weil dadurch den Polizei-führungskräften, die in den Gemeinden tätig werden, die Zusammenhänge des gesamten Aufgabenbereiches Zivilverteidigung und die Aufgaben-stellung des Bundesverbandes für den Selbstschutz im Zivilschutz verdeutlicht wurden.

**Lingen.** In Halle 7 der Ausstellung „1000 Jahre Lingen“ informierte der BVS die Besucher mit seiner Aus-stellung „Der Mensch im Mittelpunkt“. Die Dienststelle Meppen, die Aus-richter dieser Ausstellung war, führte im Jahre 1974 153 Se-Grundlehrgänge mit insgesamt 5937 Teilnehmern durch. Auch im Rahmen dieser Aus-stellung meldeten sich erneut zahl-reiche Interessenten zur Teilnahme an Grundlehrgängen.

**BVS-Schule Voldagsen.** Im 1. Halb-jahr 1975 wurden an der BVS-Schule 9 Info-Seminare für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit 240 Teilnehmern durchgeführt.

**Hannover-Meppen.** In Zusammen-arbeit mit der Dienststelle Meppen führte die BVS-Landesstelle für Frauengruppen der Landfrauen-vereinigung der Emslandkreise sechs Seminare über die Fragen des Selbst-schutzes mit besonderem Schwerpunkt der Mitwirkungsmöglichkeiten der Frau im Selbstschutz und im Zivilschutz durch. Daran nahmen 238 Damen teil.



## Tag der offenen Tür

Das Flugabwehrraketenbataillon 22 in Burbach beging sein 15jähriges Bestehen mit einem Tag der offenen Tür. Da nicht nur Ausrüstung und Waffen, sondern auch das Se-Gerät der Truppe gezeigt werden sollte, wurde die BVS-Dienststelle Siegen um Mithilfe gebeten. Die Landesstelle stellte Bildtafeln, Schutzraummodelle und Schriftmaterial zur Verfügung. Die ergänzenden Schrifttafeln stellte die Dienststelle selbst her. Das Bataillon stellte das Se-Gerät sowie die persönliche Se-Ausrüstung des Soldaten vor.

Die Ausstellung wurde durch den Kommandeur, Oberstleutnant von Lueders, in Gegenwart des Parlamentarischen Staatssekretärs im Verteidigungsministerium, Schmidt, des stellvertretenden Kommandierenden Generals der Luftflotte, Generalmajor Bieber, sowie Vertretern der Behörden und Verwaltungen eröffnet.

Beim ersten Rundgang interessierte sich Generalmajor Bieber am Stand des BVS besonders für die Schutzraummodelle und die Vorführung des Ablöschens der Brandübungs-puppe. An der Wache wurden an diesem Tage rund 13 000 Besucher gezählt. Eine Überschlagszählung durch den BVS ergab 6300 Besucher am Stand. Durch die Schutzraummodelle angeregt, waren sehr oft Fragen zum Schutzraumbau und der Ausstattung zu beantworten.

## Alle im Schloßgarten

In dem unter Naturschutz stehenden Schloßgarten in Detmold konnten sich die Katastrophenschutzorganisationen im Kreise Lippe der Öffentlichkeit darstellen. Unter uralten Bäumen zeigte wegen des beschränkten Raumes jede Organisation nur die wesentlichen Teile ihrer Ausstattung. Nach der Eröffnung durch Oberkreisdirektor Lotz und Vorführungen des BVS (Ablöschen von Personen) besuchten die Gäste die Stände der einzelnen Organisationen.

Neben dem großen Rundzelt „Rund um den Katastrophenschutz“ hatte die Sanitätsbereitschaft ein Zelt aufgestellt, in dem der BVS an den neun Ausstellungstagen über 200mal Filme

aller beteiligten Organisationen zeigte. Während die Wochentage verhältnismäßig ruhig verliefen, brachten die Wochenenden die Masse der Besucher.

Der Standort mitten in der Stadt wirkte sich sehr positiv aus. Manche Hausfrau mit gefüllter Einkaufstasche machte dies deutlich. Die Ausgabe von Erbsensuppe am ersten Tag — gestiftet vom Kreis Lippe —, Darbietungen der Feuerwehrkapelle Heiden und Freibier im Schloßgarten aus Anlaß des 375. Schützenfestes wirkten wie ein Magnet. All dies kam der Ausstellung durch vermehrten Besuch zugute. Auch das anhaltend gute Wetter trug seinen Teil bei.

## 4. Rheinlandschau

Bei seinem Besuch der 4. Rheinlandschau in Jülich informierte sich der Schirmherr, Regierungspräsident Dr. Heidecke, über die Aussagekraft der BVS-Ausstellung „Selbstschutz ist Vorsorge“. Er meinte abschließend: „Was der BVS ist, das weiß ich sehr. Aber wie Sie Ihren Auftrag ausführen, das interessiert mich!“ Der Leiter der Fahrbaren Ausbildungsstelle, BVS-Redner Lemanzkyk, erläuterte an einem Modell die „Schutzwirkung von Baustoffen gegen radioaktive Strahlung“, woraus sich die Notwendigkeit von Schutzräumen und die Zusammenstellung eines Notvorrates ergibt.

Die Bild- und Schrifttafeln sowie die Filmvorführungen veranlaßten sehr viele der 435 000 Besucher zu einem Verweilen am BVS-Stand. 158 Gäste des Standes, von denen 70 bereits einen Grundlehrgang absolviert hatten, beteiligten sich an einem Test, der Gelegenheit bot, Kenntnisse auf dem Gebiet des Selbstschutzes zu prüfen. Von diesem Personenkreis wünschten 115 eine Einladung zu einem Grund- oder Wiederholungslehrgang. Von den Betreuern des Standes wurde die Besucherzahl auf rund 80 000 geschätzt.

## „Der Mensch im Mittelpunkt“

„Zivilschutz heißt Vorsorge und Sicherheit in Not- und Gefahrenlagen. Selbstschutz sollte darum in unserer Zeit Teil jeder vernünftigen Lebens-

planung sein. An der Lösung der entsprechenden Aufgaben sollte darum jeder verantwortungsbewußte Bürger mitarbeiten. Katastrophen und Notstände kann man nicht allein mit gutem Willen und bloßen Händen bezwingen. Wirksamer Zivilschutz ist eine humanitäre Gemeinschaftsaufgabe, kein Hobby und alles andere als ein angenehmer Zeitvertreib für Mußestunden.“ Dies stellte Stadtdirektor Dr. Erwin Niermann zur Eröffnung der Ausstellung in Minden als Notwendigkeit humanitärer Bürgerschaftshilfe heraus und erinnerte an jüngste Ereignisse, die deutlich die Wichtigkeit der Hilfsorganisationen und ihre Vorsorge für mögliche Katastrophen in zivilen Bereichen unterstreichen. Die Bevölkerung müsse jedoch gleichermaßen bereit und vor allem in der Lage sein, in Notfällen mitzuhelfen. Die Ausstellung wurde von 3000 Personen besucht.

## Information für Eltern

Die Stadt Leverkusen hatte auf Anregung der BVS-Dienststelle Eltern der Kinder des ersten und zweiten Schuljahres zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Gemeinsam mit der Polizei informierte die Dienststelle über das Thema „Wie schütze ich mein Kind vor Unfällen beim Spielen bzw. auf dem Schulweg, und was tue ich nach einem Unfall?“ Während die Kinder in einem Klassenraum unter Aufsicht durch Spiele beschäftigt wurden, machte der Vertreter der Polizei auf die vielfachen Gefahren, insbesondere auf dem Schulweg, aufmerksam. Fachbearbeiter Weck hatte danach Gelegenheit, Wege der Selbsthilfe nach einem Unfall aufzuzeigen und auf Ausbildungsmöglichkeiten durch den BVS hinzuweisen.

## Wilhelm Lücke geehrt

Landrat Füllgräbe (Hochsauerlandkreis) überreichte Wilhelm Lücke (Arnsberg) das Bundesverdienstkreuz. W. Lücke war von 1963 bis 1968 ehrenamtlicher Leiter der BLSV-Ortsstelle Arnsberg. Gleichzeitig betreute er die ehrenamtlichen Helfer der ABC-Bereitschaft im Regierungsbezirk Arnsberg. Seit 1957 ist er



Kreisvorsitzender des Deutschen Beamtenbundes und gehörte von 1961 bis 1964 als sachverständiger Bürger dem Schulausschuß der Stadt an. Landesstellenleiter Kopsieker nahm an der Ehrung teil und überreichte Wilhelm Lücke im Namen aller Mitarbeiter ein kleines Geschenk.

### Abschied und Ehrung

In einer kleinen Feierstunde in den Räumen der BVS-Dienststelle Mülheim/Ruhr wurde am 20. Juni die langjährige Mitarbeiterin Käthe Naujoks von dem Leiter des Sachgebiets I 2, Günter Eggert, verabschiedet. Außerdem wurden sieben ehrenamtliche und ein hauptamtlicher Mitarbeiter für ihre zehnjährige Tätigkeit geehrt. Stadtdirektor Jochum

bedankte sich bei den Mitarbeitern für die geleistete Arbeit und würdigte die gute Zusammenarbeit der Dienststelle mit der Stadtverwaltung.

### Regen für Filmaufnahmen

Auf Bitte der Firma Markt + Meinung, die Regenschauer bei den Dreharbeiten für die Sendereihe „Herz ist Trumpf“ benötigte, stellte die BVS-Dienststelle Düsseldorf Fachbearbeiter Ender als „Regenmacher“ und Fachlehrer Heckers als Assistenten. Das „Regenmachen“ klappte vorzüglich, wie Markt + Meinung-Chef Diem in einem Dankschreiben bestätigte. Die Aktion „Herz ist Trumpf“ appelliert an das faire Fahrverhalten im Straßenverkehr und soll helfen, Unfälle zu vermeiden.

### An vielen Orten geworben

Die BVS-Dienststelle Detmold hatte die Tafelausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ in der Städtischen Sparkasse Bad Salzuflen, in der Stadtparkasse Lage und in der Kreis- und Stadtparkasse Höxter, Hauptstelle Brakel, zu betreuen.

### 5555. Teilnehmerin

Die BVS-Dienststelle Castrop-Rauxel führt seit fünf Jahren regelmäßig Grundlehrgänge in den Gymnasien des Dienstbereiches durch. Dabei konnte bei einem Lehrgang im Ernst-Barlach-Gymnasium die 5555. Teilnehmerin begrüßt werden. Dienststellenleiter Schillo überreichte an Ute Lipperheide ein Präsent.

# Hessen



### Evakuierungsübung – eine Woche später: Ernstfall

Nach einer mehrstündigen fachlichen Unterweisung durch die BVS-Dienststelle Frankfurt führten Sicherheitsbeauftragte des AEG-Hauses in Niederrad eine Evakuierungsübung durch, die vom Chef der Berufsfeuerwehr, Oberbranddirektor Achilles, und mehreren seiner Mitarbeiter überwacht wurde.

Bei der anschließenden Besprechung konnte festgestellt werden, daß auf Grund der Unterweisung durch den BVS und der durchgeführten vorbereitenden Maßnahmen ein sehr gutes Ergebnis erreicht werden konnte. In etwa 8 Minuten war das Hochhaus geräumt und Behinderte durch hierfür vorgesehene Mitarbeiter in Sicherheit gebracht worden.

Wie notwendig derartige vorsorgliche Übungen sind, zeigte sich eine Woche später, als es zu einem tatsächlichen Schadensfall kam: Im Erdgeschoß entstand ein Brand, der erheblichen Sachschaden verursachte. Nur dem sofortigen Eingreifen der Sicherheitsbeauftragten ist es zu verdanken, daß das Gebäude in kürzester Zeit geräumt werden konnte und niemand zu Schaden kam. Beim Eintreffen der Feuerwehr war der Brand bereits unter Kontrolle.

Ohne fachliche Unterweisung und ohne Durchführung vorbeugender Maßnahmen wäre es mit Sicherheit



Einsatzbesprechung: (v. l.) BVS-Dienststellenleiter Kirsch, Oberbranddirektor Achilles, AEG-Abteilungsleiter Sorg.



Die ersten Evakuierten verlassen das Gebäude.

zu einer ernststen Gefährdung des Personals gekommen; auch ein

wesentlich größerer Sachschaden wäre entstanden.



## Leistungsstarkes Halbjahr

Information und Aufklärung der Bevölkerung über zivile Verteidigung, Zivil- und Selbstschutz der Bevölkerung waren im ersten Halbjahr 1975 bevorzugtes Anliegen ehren- und hauptamtlicher Mitarbeiter. Trotz des Abgangs altbewährter und aktiver Mitarbeiter als BVS-Redner und Fachlehrer — wegen Erreichung der in der BVS-Satzung festgelegten Altersgrenzen — konnten Leistungen in der Öffentlichkeitsarbeit nicht nur gehalten, sondern in vielen Fällen sogar verbessert werden.

Bei 422 Vormittags-, Nachmittags- oder Abendveranstaltungen sprachen BVS-Redner der Dienststellen und der fahrbaren Einrichtungen zu 12 811 Veranstaltungsteilnehmern über Themen allgemeiner Gefahren und Schutzmöglichkeiten bei Katastrophen und im Verteidigungsfall. Sie beantworteten im Anschluß daran die durch die Vorträge aufgeworfenen Fragen und nahmen Stellung zu Meinungen und Ansichten über Vorsorgemaßnahmen, innere und äußere Sicherheit sowie zu Anfragen über Wirkungen moderner Waffen und zu Möglichkeiten eines brauchbaren und nützlichen Schutzes.

In dieser Weise wurde nicht nur bei allgemeinen und üblichen Aufklärungsveranstaltungen, sondern auch bei speziellen Anlässen, z. B. bei Informationsseminaren und Tagungen, zu den vorgenannten Themen gesprochen. Mit leitenden Finanz-, Verwaltungs- und Polizeibeamten und mit Leiterinnen von Frauenverbänden, mit Ehefrauen von Mandatsträgern von Bundes-, Landes- und Stadtparlamenten wurde teilweise recht lebhaft und weitgehend diskutiert.

Es wurden an Informationsveranstaltungen im 1. Halbjahr durchgeführt:

1. Informationsseminar für leitende Finanzbeamte der OFD Koblenz,
2. Informationstagungen für Hauptverwaltungsbeamte,
3. Informationstagung für leitende Polizeibeamte,

4. Informationstagung für leitende Damen von Frauenverbänden und

5. Informationstagung für Frauen aus dem politischen Bereich der Stadt Ludwigshafen.

Auf dem Gebiet des Ausstellungswesens beteiligte sich die Landesstelle an 2 Ausstellungen besonderer Art:

1. Moselland-Ausstellung Ma 75,
2. Ausstellung Rheinland-Pfalz 75.

Aber auch die fahrbare Zivilschutzausstellung mit der Tafelausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ war vielfach eingesetzt: 18mal in Schalthallen von Sparkassen und Banken, in Kuranlagen, Rathäusern und Schulen.

19 185 männliche und 18 220 weibliche Besucher sahen die Ausstellung, und es wurden an sie bei dieser Gelegenheit die einschlägigen Werbeschriften verteilt.

Außer im Betreuungsdienst der Ausstellung sprachen die Redner der FZA noch bei 109 Aufklärungsveranstaltungen in Schulen und bei sonstigen Institutionen, Verbänden und Organisationen.

## Abschied von H. Kunde

Vom Juli 1975 an wurde Ernst Heldmann, Leiter der BVS-Landesstelle Hessen, zusätzlich mit der Wahrung der Geschäfte der BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz beauftragt. Der bisherige Landesstellenleiter Heinz Kunde, der von Januar 1972 bis Juli 1975 in Mainz tätig war, wurde mit sofortiger Wirkung mit der Leitung der Landesstelle Baden-Württemberg beauftragt.

Bei der Verabschiedung von seinen Mitarbeitern der Landesstelle in Mainz bedankte sich Heinz Kunde noch einmal für die gute Zusammenarbeit und bedauerte außerordentlich, sich wegen der Plötzlichkeit des Amtswechsels nicht in der gebührenden Art von allen Mitarbeitern verabschieden zu können.

In einem Rundschreiben an alle Dienststellen schreibt H. Kunde: „Während meiner fast 4jährigen Tätigkeit in Rheinland-Pfalz habe ich

festgestellt, daß in diesem Lande Menschen wohnen, die unserer Arbeit sehr positiv gegenüberstehen. Sicherlich gibt es da und dort Schwierigkeiten, und es wird diese immer wieder geben. Sie alle, sowohl die ehrenamtlichen als auch die hauptamtlichen Mitarbeiter, haben sich vorbildlich eingesetzt. Die Leistungen wurden von Jahr zu Jahr gesteigert. Dafür danke ich Ihnen. Wenn die guten Kontakte zwischen der Landesstelle und den Dienststellen weiterhin gepflegt werden, wenn die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen den BVS-Dienststellen und den staatlichen Behörden noch ausgebaut wird, so wird Rheinland-Pfalz immer seinen Platz behaupten können.

Niemand verläßt einen Arbeitsplatz gern, der ihm Freude gemacht hat. Niemand verläßt eine Gemeinschaft gern, die ihm viel Freude eingebracht hat. Als Bediensteter des Staates hat man dort seine Aufgaben zu erfüllen, wohin man gestellt wird.“

## Gemeinsamer Schulungsabend

Die Verbandsgemeindeverwaltung Gau-Algesheim hatte zum ersten gemeinsamen Schulungsabend der Feuerwehreinheiten eingeladen. Abteilungsleiter Hinkel konnte in der Radsporthalle 108 Feuerwehrmänner begrüßen und erläuterte kurz die im Winterhalbjahr mit Unterstützung des BVS durchgeführte Arbeit im Rahmen des Katastrophenschutzes. Es seien in den Ortsgemeinden insgesamt 4 Grundlehrgänge abgeschlossen worden und 2 Lehrgänge seien in der Durchführung. Insgesamt hätten dann im Winterhalbjahr 1974/75 rund 150 Bürger den Lehrgang abgeschlossen. BVS-Fachbearbeiter Schneider gab einen umfassenden Überblick über die Organisation des erweiterten Katastrophenschutzes und erläuterte anhand von Lichtbildern und sonstigem Anschauungsmaterial die Aufgaben der Katastrophenschutzeinrichtungen und -einheiten. Anschließend wurden Filme gezeigt, die insbesondere die Wirkung von Atomwaffen und die Schutzmöglichkeiten demonstrierten. Die Aussprache zeigte das rege Interesse der Wehrmänner.



## Helfer geehrt

Die Eheleute Bühnemann aus Hasselbach im Hunsrück, beide langjährige Helfer der ehrenamtlich besetzten BVS-Dienststelle Simmern im Rhein-Hunsrück-Kreis, sind für ihre aktive Mitarbeit im BVS von Landesstellenleiter H. Kunde im Anschluß an eine Jahreshauptversammlung geehrt worden. Oberlehrer Karl Bühnemann erhielt im Auftrag des Präsidenten des BVS, Oberstadtdirektor a. D. Kuhn, die Ehrennadel und seine Gattin Ruth die Ehrenurkunde des Verbandes.



Landesstellenleiter Kunde wurde 60 Jahre alt.

## 60. Geburtstag

Landesstellenleiter Heinz Kunde feierte im Kreise seiner Mitarbeiter den 60. Geburtstag. Mit einem Geburtstagsgeschenk wünschten ihm bei Wein und Gebäck die Damen und Herren der Landesstelle für

fernere Tage gute Gesundheit und viel Schaffensfreude für das Amt des neuen Leiters der Landesstelle Baden-Württemberg. Landesstellenleiter Ernst Heldmann (Wiesbaden) war eigens gekommen, dem Geburtstagskind zu gratulieren.

## Verständnis gefunden

Bei der ersten Informationsveranstaltung der Fahrbaren Zivilschutzausstellung in den Schulen von Kirchheimbolanden war eine gewisse Reserviertheit festzustellen. Die Redner der FZA haben es verstanden, viele Vorurteile aus dem Weg zu räumen und von der Notwendigkeit des Selbst- und Zivilschutzes zu überzeugen. Die Vereinbarung weiterer 12 Aufklärungsveranstaltungen in den Kirchheimbolandener Schulen zeigt, daß eine Information über den Selbst- und Zivilschutz als notwendig erachtet wird.

# Bayern



## MdB besucht Dienststelle

MdB Richard Müller (SPD) besuchte in der zweiten Juliwoche die BVS-Dienststelle Bayreuth. Am Gespräch nahm auch der neue Leiter der BVS-Landesstelle, Konrad Hinderberger, teil. Dienststellenleiter Helmut Schneider

legte dem Abgeordneten Zahlen über die BVS-Arbeit in Bayreuth vor. Seit 1968 sind rund 4200 Personen in fast 200 Ausbildungsvorhaben im Grundlehrgang unterrichtet worden, bei 289 Informationsveranstaltungen wurden

insgesamt fast 16 000 Personen angesprochen. In einer Plenumsdiskussion mit führenden Persönlichkeiten der Stadt informierte der Verband außerdem über 100 Bayreuther über die Tätigkeit des BVS. Im gleichen Zeitraum bildete die Fahrbare Ausbildungsstelle im Regierungsbezirk Oberfranken fast 12 000 Personen aus. Schneider wies darauf hin, daß das Interesse der Bevölkerung auf dem Land größer als in der Stadt sei. Bei Informationsveranstaltungen in den Gemeinden sei mit 30 bis 35 Personen zu rechnen, von denen sich 12 bis 15 Personen für den Grundlehrgang melden. MdB Richard Müller zeigte auch besonderes Interesse für den Schutzraumbau.



Über Selbstschutzfragen im Gespräch: (v. l.) Dienststellenleiter Schneider, Fachbearbeiter Hochmann, MdB Müller, Landesstellenleiter Hinderberger und Bereichsbeauftragter Weigl.

## Selbstschutz wichtig auch bei der Bundeswehr

Soldaten des Panzerbataillons 244 in Landshut erproben ihre Kenntnisse auf den Gebieten des Selbstschutzes. Diese Übungen, planmäßig von Major Zöller und Hauptfeldwebel Klemm sowie BVS-Dienststellenleiter Seemann und Fachbearbeiter Freund vorbereitet, sollen Möglichkeiten



aufzeigen, wie Soldaten in ihrem Bereich in vielfältigen Notlagen durch Selbstschutzmaßnahmen gezielt Hilfe leisten können. Die Schwerpunkte lagen bei der Bergung und bei den Maßnahmen zur Brandbekämpfung.

Die vorhandenen Gruppen- und Staffelgerätschaften kennenzulernen und ihre Handhabung richtig zu beherrschen, insbesondere auch Möglichkeiten der Improvisation zu finden, um schnell und richtig helfen zu können, waren Ziele der Lehrgänge mit dem Zweck, erste Maßnahmen am Brand- und Unfallort bis zum Eintreffen anderer Rettungskräfte zu treffen und auch die Selbstschutzkräfte zu unterstützen.

Unter Anleitung der Oberfeldwebel Ditt und Schmitz und mit Unterstützung der Fahrbaren Schulen des BVS fanden diese Übungen im Bereich der Schockkaserne und im Übungsgelände des BVS in Ergolding statt. Im Rahmen der umfangreichen Bergungsmöglichkeiten gab es wichtige Lernziele, welche von den Soldaten in theoretischer und praktischer Arbeit geübt wurden. So den Umgang mit Leinen, Heben und Bewegen schwerer Lasten, Arbeiten mit Leitern, die Schadenelemente und ihre Bedeutung für die Rettungsarbeit, Mauerdurchbrüche, Abstützung und Aussteifungen (Sicherungen) gegen Einsturzgefahren, Transport von Verwundeten und Verletzten über Trümmer und Hindernisse sowie das Bergen aus Höhen und Tiefen.

Auf dem Sektor Brandbekämpfung ging es zunächst um Grundlagen, Aufgaben, Stärke und Ausrüstung des Brandschutzes. Nach dem Kennenlernen der Löschgeräte und -einrichtungen galt das besondere Interesse den praktischen Arbeiten mit den Geräten. Besondere Beachtung fanden die Löschmöglichkeiten mit den verschiedenen Arten von Feuerlöschern.

Eifrig und interessiert arbeiteten die Soldaten bei den einzelnen Übungen; davon konnten sich Oberstleutnant Denk, Major Zöllner und Dienststellenleiter Seemann überzeugen. „Sinn und Wert dieser Ausbildungsreihen kann man letztlich auch darin sehen“, sagte Major Zöllner, „daß die Soldaten, nach Beendigung ihrer Dienstzeit, im bürgerlichen Alltag dem Gedanken des Helfens mehr Verständnis entgegenbringen und sicherlich wertvolle Mitarbeiter des Selbstschutzes und der Katastrophenschutzorganisationen sein werden.“

### Information im Biwak

Der Verband der Reservisten der Bundeswehr, Aschaffenburg, führte wieder einmal ein Biwak im Spessart, bei Lichtenau im Wildfang, durch.

Wieder bekam der BVS Gelegenheit, alle Teilnehmer durch Dienststellenleiter Sommer über Selbstschutz und

zivile Verteidigung zu informieren. Die Zusammenarbeit der BVS-Dienststelle Aschaffenburg mit dem Reservistenverband und mit dem VKK 642 und vor allem mit dessen Kommandeur Oberstleutnant Wohlfeld ist für alle Beteiligten sehr nutzbringend.



Dienststellenleiter Sommer vor den Reservisten, mit Hauptmann Ertl und Mitarbeiter Katzlinger.

### Arbeitstagung in Landshut

Vom 25. bis 27. Juni fand in Landshut unter Leitung des scheidenden Landesstellenleiters Frhr. v. Leoprechting eine Arbeitstagung der Sach- und Fachgebietsleiter sowie der Bereichsbeauftragten der Landesstelle statt. Dienststellenleiter Georg Seemann hieß zu Beginn der Tagung die Teilnehmer willkommen. Anschließend sprach Bereichsbeauftragter Zimmermann.

Freiherr von Leoprechting eröffnete die Tagung mit einem Rückblick. Im Laufe der Tagung hielten die einzelnen Sach- und Fachgebietsleiter ihre Grundsatzreferate. Besonders die Erfahrungsberichte der Bereichsbeauftragten gaben Aufschluß, wie man in Zukunft die Arbeit in den Dienststellen erleichtern, verbessern und wirkungsvoller gestalten kann. Gegen Ende der Tagung dankte im Namen der Stadt Landshut MdL Dipl.-Kaufmann Herbert Huber

Landesstellenleiter Frhr. v. Leoprechting für seine speziell in Landshut und Niederbayern geleistete Arbeit; als Beauftragter des THW sprach er seinen Dank auch im Namen der anderen Hilfsorganisationen aus.

### Information in Mühldorf

Bei einer BVS-Informationsveranstaltung in Mühldorf sprach Oberstleutnant a. D. Arsan zu dem Thema „Heimatverteidigung und Zivilschutz“. Dienststellenleiter Klingl konnte Vertreter von Stadt und Landkreis, Bürgermeister, Behördenvertreter und Helfer des Selbstschutzes begrüßen. Bereichsbeauftragter Zimmermann (Landshut) sprach eingangs über die Notwendigkeit des Selbstschutzes und verwies auf den Auftrag des Bundesverbandes zur Aufklärung der Bevölkerung und zur Unterstützung der Behörden.





## Brandkatastrophe – Interview mit LB Sahlender

**ZS-MAGAZIN:** Das 25jährige Jubiläum des THW fiel mit der größten Katastrophe zusammen, vor die Ihr Landesverband bisher gestellt war. Welche Erfahrungen haben Sie und die THW-Helfer gemacht?

**Sahlender:** Es war zum Jubiläum ein spektakuläres Ereignis, was den Landesverband vor die größte Bewährungsprobe in seiner 25jährigen Geschichte stellte. Die Erfahrungen aus dem Einsatz von rund 4300 Helfern, die aus 62 der 82 Ortsverbände des Landesverbandes in der Zeit vom 9. bis 18. August zum Einsatz kamen, sind sehr vielschichtig. Als wesentliche Erkenntnis steht heute schon fest, daß sich das THW an den Katastrophenschwerpunkten immer wieder als zuverlässige, vielseitig verwendbare Organisation bewährt hat. Die Leistungen wären noch effektiver gewesen, wenn die Einheiten unter Ausnutzung aller dem THW gegebenen Möglichkeiten eingesetzt worden wären. Aufgaben und Möglichkeiten des THW werden daher verstärkt in das Bewußtsein der für den Katastrophenschutz Verantwortlichen und auch der Öffentlichkeit zu rufen sein. Weiter ist festzustellen, daß solche Großkatastrophen mit den örtlich verfügbaren Kräften nicht allein bekämpft werden können; sie erfordern die rechtzeitige Heranführung zusätzlicher Kräfte von außerhalb. In die Ausbildung der auf Kreisebene organisierten Einheiten wird daher auch der überörtliche Einsatz einzubeziehen sein, nicht zuletzt auch die Zusammenarbeit in größeren Verbänden. Ferner sind die organisatorischen Voraussetzungen und auch die notwendigen Absprachen mit dem Träger des Katastrophenschutzes zu treffen.

**ZS-MAGAZIN:** Die Presse hat kommentiert, daß im Gegensatz zu Bundeswehr und Bundesgrenzschutz die Koordination und der Einsatz der zivilen Hilfskräfte — sagen wir — weniger klar geregelt gewesen sei. Wie war es Ihrer Meinung nach im Bereich des Katastrophenschutzes und der mitwirkenden Organisationen?

**Sahlender:** Diese Katastrophe ist nicht mit normalen Maßstäben zu messen. Feuerwehr, THW und DRK als die

tragenden Organisationen des Katastrophenschutzes sind für den Normalfall aufeinander eingespielt. Hier waren aber erhebliche zusätzliche Kräfte aus Nachbarkreisen und sogar aus anderen Ländern herangeführt worden, so daß zwangsläufig die örtlichen Einsatzstäbe materiell und personell überfordert waren. Demgegenüber verfügen Bundeswehr und Bundesgrenzschutz über eingespielte Einsatzstäbe.

Auf das THW abgestellt, konnte der planmäßige Einsatz durch Einrichtung eigener Außenstäbe sowie die Heranziehung weiterer qualifizierter Kräfte ohne größere Schwierigkeiten geregelt werden. Dabei hat sich als vorteilhaft erwiesen, daß das THW seine eigenen Draht-Funkverbindungen zusätzlich geschaffen hat. Aus diesen Erfahrungen ergibt sich, daß im THW zusätzlich Führungsgruppen so geschult werden müssen, daß sie als Einsatzstäbe bei Großkatastrophen verwendbar sind. Die Verwendung der Führungsmittel muß besser überlegt, sie sollten von den Führungskräften besser genutzt werden.

**ZS-MAGAZIN:** Daraus ergibt sich die Frage: Welche Schwerpunkte wird das THW auf dem Gebiet der Ausbildung und auch in der Zusammenarbeit mit den anderen Hilfsorganisationen setzen?

**Sahlender:** Die Ausbildung der Helfer ist klar geregelt, wir haben seit Jahren über unsere Musterausbildungspläne das Verfahren der Prüfungen, ein gutes Konzept. Diese Katastrophe hat gezeigt, daß insbesondere Zugführer und andere Führungskräfte überfordert sind, wenn sie allein und selbständig Entscheidungen treffen sollen. Hier muß die Ausbildung verstärkt einsetzen. Führungskräfte müssen in den Führungsgrundsätzen eingehender geschult werden, sie müssen geschult werden in der Zusammenarbeit innerhalb der Stäbe und mit anderen Organisationen. Dabei muß planmäßig von der ersten Information über Organisation, Gliederung und Möglichkeiten anderer Fachdienste, über Planbesprechungen, Planspiele, Rahmenübungen vorgegangen werden und nicht, wie leider vielfach in den letzten 15 Jahren

geschehen, bei mehr oder minder improvisierten Katastrophenübungen all das verdeckt werden, was sich hier bei dieser Katastrophe als fehlerhaft und, was das Wissen und das Können angeht, als fehlend erwiesen hat.

**ZS-MAGAZIN:** Sie haben wertvolle Kenntnisse für die Bewältigung von großen Katastrophen gewonnen. Gewiß wird das THW auf Bundesebene davon profitieren?

**Sahlender:** Die Auswertung der Erfahrungen wird hier in Niedersachsen durch einen Arbeitskreis des THW „Brandkatastrophe 1975“ erfolgen, in dem Einsatzleiter und Führungskräfte mitwirken. Grundlage sind die Einsatztagebücher und Berichte der Einsatzstäbe. Wie schon erwähnt, wird die Ausbildung im THW verstärkt auch den überörtlichen Einsatz berücksichtigen müssen; weiter wird die Zusammenarbeit in größeren Verbänden und mit anderen KatS-Organisationen zu üben sein. Ferner wird die Führung ein wesentlicher Bestandteil der Ausbildungsarbeit werden müssen. Auch die Frage nach der Ausstattung solcher Stellen für die Führung wird zu klären sein. Ob hierfür die Zusammenfassung mobiler Fernmeldezüge, ergänzt mit weiterer Ausstattung zu einer Führungsstelle, ausreichend ist oder besondere personell und materiell ausgestattete Führungs- und Leitstellen zu schaffen sind, wird noch zu prüfen sein.

Weiter hat sich herausgestellt, daß der Katastrophenschutz über das für die Bekämpfung einer solchen Katastrophe notwendige schwere Gerät nicht verfügt. Hier bietet sich an, die bisher nur kademäßig aufzustellenden Bergungsräumzüge teilweise auszustatten. Aus finanziellen Erwägungen würde es dabei zunächst ausreichen, wenn zumindest die Flächenländer über einen komplett ausgestatteten Bergungsräumzug verfügen würden, der im Bedarfsfall auch überörtlich einsetzbar sein müßte.

Dies sind zusammengefaßt eine Reihe erster Erfahrungen, über weitere Einzelheiten wird nach Auswertung der Unterlagen noch einiges zu sagen sein. Damit dürften die Erkenntnisse aus dieser Waldbrandkatastrophe für das THW von großer Bedeutung sein.



## Übung im Bezirksverband

Eine Wochenendübung des BV Kreuzberg/Neukölln hatten die Zugführer H. Kolar und Laganowski sowie der stv. BB Koch vorbereitet. Die einzelnen Aufgaben wurden dem Geschäftsführer erst unmittelbar vor dem Einsatz bekanntgegeben. Neben 64 THW-Helfern nahmen noch 9 Helfer des DRK-Kreisverbandes Neukölln teil. Untergebracht waren die Helfer in einem Jugendzeltlager des Bezirksamtes Neukölln in Kladow. An Fahrzeugen waren vom THW 4 Kombi, 1 GKW, 1 LKW, 4 MLW, 4 Kipper, 1 Rüst-Hänger, 1 Pumpenhänger, 1 Beleuchtungs-Hänger und 2 Allzweckboote eingesetzt, vom DRK 3 Sanka.

Übungsanfang war am Sonnabend um 7.30 Uhr, Übungsende am Sonntag um 16.00 Uhr. Die Aufgaben waren vielseitig. Die Helfer waren in 3 Bergungstrupps und 1 RGW-Gruppe eingeteilt. In der Zeit zwischen 8.00 und 18.00 Uhr wurden im Wechsel der Gruppen folgende Übungen durchgeführt:

Abstützen und Aussteifungen in einem Trümmerhaus, Heben und Bewegen schwerer Lasten, Brennschneiden (Demontage einer Stahl-Lagerhalle), Verlegen einer 100 m langen Wasserleitung, Bergen Verletzter aus einem Trümmerhaus sowie Mauer- und Deckendurchbrüche, Bergung aus Höhen und Tiefen unter erschwerten Bedingungen aus einer Kiesgrube und Transport von Gerät und Material mittels Seilbahn an einem Steilhang.

Um 20.00 Uhr war Antreten zur Nachtübung. Die Aufgabe bestand darin, vom Polizei-Wasserübungsplatz Eiswerder zur gegenüberliegenden Pionierinsel einen 62 m langen Tonnensteg zu bauen, gleichzeitig Wasserrettungsdienst. Der Tonnensteg wurde in 4 Stunden erstellt. Die Nachtübung war dadurch bereits um 3.00 Uhr beendet.

Was wäre aber eine Übung ohne Pannen? Auf Grund der vorgerückten Zeit bei der Nachtübung sind zum Teil Aufräumungs- und Verladearbeiten liegengeblieben, diese mußten aber auch noch durchgeführt werden. Die für den Sonntagvormittag angesetzten Übungen — Fahren auf dem Wasser und Einsatz der Tauch-

pumpen — mußten aus diesem Grunde ausfallen. Im großen gesehen war die Übung jedoch ein Erfolg. Allen Stellen, die zum Gelingen dieser Übung beigetragen haben, indem sie uns Trümmerhäuser und Gelände zur Verfügung stellten, sei Dank gesagt. A. Rasch

## Internationales Bootrennen

Auch in diesem Jahr stand das Internationale ADAC-Motorbootrennen, Europameisterschaften in der Klasse OA, im Sportkalender. Der ADAC-Gau Berlin trat an den THW-Bezirksverband Reinickendorf mit der Bitte um Hilfe bei der Durchführung der Veranstaltung heran, und so erstellten die Helfer wieder einen Tonnensteg aus Fertigteilen im Borsighafen, 10 Anlegestege für die Rennboote an der Uferpromenade und einen Laufsteg vom Ufer zum

Zielschiff. Daneben wurde ein 5-kVA-Notstromaggregat für die gesamte Zeit in Betrieb gehalten, und in den Nachtstunden erleuchteten 3 x 1000-Watt-Scheinwerfer das Fahrerlager taghell.

Im Laufe der Renntage wurde laufend technische Hilfe geleistet und manche Reparatur durchgeführt.

Für die Nachtstunden stellte der DRK-Ortsverband Reinickendorf ein Zelt für die Übernachtung zur Verfügung, am Tage wurde es als Sanitätszelt genutzt.

Am Renntag herrschte eine ruhige Wetterlage; nur als der Abbau begann, regnete es. Dies konnte aber der Begeisterung der Helfer nichts anhaben. So wurden sämtliche Arbeiten für die Durchführung des Motorbootrennens „ohne besondere Vorkommnisse“ und zur Zufriedenheit des Auftraggebers erledigt. Die Zusammenarbeit war wieder sehr zu loben.

## Werbung im Kaufhaus

Wiederum war es gelungen, mit freundlicher Unterstützung der Werbeabteilung des Kaufhauses Plaza, eine Woche lang einen Werbe- und Informationsstand in diesem Kaufhaus unterzubringen. Mit Werbetafeln, Bildern und Einsatzgeräten wurde auf die Arbeit und die Aufgaben des THW hingewiesen. Spruchbänder, Fahnen und eine Endlos-Dia-Schau am Kaufhaus-

eingang machten schon dort auf das THW aufmerksam, und Hinweispfeile verwiesen auf den THW-Stand. Mit verhältnismäßig geringen Mitteln konnte so eine doch recht eindrucksvolle Ausstellung durchgeführt werden, die auch dazu beitragen wird, das THW zu einem noch festeren Begriff im Bewußtsein unserer Mitbürger werden zu lassen.



THW-Werbe- und Informationsstand in einem Berliner Kaufhaus.



## Demonstrativveranstaltung THW mit Gas- und Wasserwirtschaft



Zeitweise unter Atemschutz wurden die Arbeiten an der defekten Gasleitung durchgeführt.



Der „in Brand geratene“ Pkw wird von den Helfern gelöscht und dann aus der Baugrube gezogen.

In Elmshorn fand am 12. Juni in Fortsetzung einer in Husum im Oktober vergangenen Jahres begonnenen engen Zusammenarbeit zwischen der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Landesverband Schleswig-Holstein, und dem Bundesverband der Deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e. V., Landesgruppe Schleswig-Holstein/Hamburg, eine weitere gemeinsame Veranstaltung statt. Während im Vorjahre in Husum von THW-Helfern die Reparatur eines Rohrbruches einer Wasserleitung

gezeigt wurde, stand diesmal in Elmshorn die Instandsetzung einer defekten Gasleitung auf dem Programm. Gegen 9.00 Uhr hatten sich rund 150 Personen auf dem mit Flaggen geschmückten Übungsplatz des THW-Ortsverbandes an der Wrangelpromenade eingefunden. Die Demonstrativveranstaltung des THW war — wie 1974 in Husum — der erste Programmpunkt auf der Tagesordnung der BGW-Werkleitersitzung. Außer einer starken Abordnung der

Stadtwerke Elmshorn — Fachleute der Stadtwerke hatten auch die Übungsstrecke angelegt — waren insgesamt 50 Leiter von kommunalen und überregionalen Gas- und Wasserwerken sowie eine größere Anzahl von THW-Helfern aus Elmshorn und den benachbarten Ortsverbänden auf dem Übungsplatz versammelt.

Für den Bundesverband der Deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e. V. begrüßte Dr. Bettaque die Teilnehmer und Gäste der Gemeinschaftsveranstaltung.

Besonders willkommen hieß er u. a. den Vizepräsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz und Direktor THW, Dipl.-Ing. Zielinski, die THW-Landesbeauftragten für Schleswig-Holstein und Hamburg, Dipl.-Volkswirt Meier und Ing. (grad.) Trautvetter, und nicht zuletzt den Bürgermeister von Elmshorn sowie Vertreter des Kreises Pinneberg.

Bürgermeister Semprich richtete Grußworte an die Werkleiter und dankte den Helfern des THW für die seit Jahren bewährte Einsatzbereitschaft, die der Stadt schon oft in Notsituationen hilfreich gewesen sei.

Vizepräsident Zielinski würdigte in seiner kurzen Ansprache vor allem die Tatsache, daß es hier zu einer so engen und begrüßenswerten Zusammenarbeit des Technischen Hilfswerks mit einem Verband von Fachleuten der Gas- und Wasserversorgung gekommen sei, und betonte in diesem Zusammenhang, daß das THW den Rat und die Unterstützung der Leiter und Mitarbeiter von Versorgungsbetrieben gern annehme. Die Veranstaltung, so meinte er an anderer Stelle, werde allerdings zeigen, daß die THW-Helfer von der Instandsetzung beschädigter Versorgungsleitungen eine ganze Menge verstünden.

Gegen 9.40 Uhr begann mit einer simulierten Explosion die Demonstrationsübung der Helfer einer GW-Gruppe des OV Elmshorn. Angenommene Lage: „Gas aus einer PVC-Hauptleitung NW 100, an der wegen eines Baggerschadens gearbeitet wurde, entzündete sich, als ein PKW die ordnungsgemäße Absperrung durchbrach und in die Baugrube fuhr.“

Die Helfer sicherten zuerst die Gefahrenstelle. Sie löschten den



Brand und zogen mit einem Einsatzfahrzeug den ausgebrannten PKW aus der Baugrube heraus. Sie mußten einige Arbeiten im Verlauf der Übung mit angelegten Atemschutzgeräten durchführen, was bei dem sommerlichen Wetter — es herrschten an diesem Tage Temperaturen von 25 bis 30 Grad — nicht gerade angenehm war. Nachdem die Schadensstelle freigelegt war, begannen die Helfer mit dem provisorischen Abdichten des schadhaften Leitungsstückes. Anschließend wurde von ihnen die Gaszufuhr durch Setzen von Blasen unterbrochen und das beschädigte Rohrstück durch ein neues ersetzt. Mit

einer Dichtheitsprüfung und der Verfüllung der Baugrube war dann die Demonstration beendet. Bei der anschließenden Diskussion und Kritik stellte Dr. Bettaque fest, daß die Basis für eine Zusammenarbeit vertieft worden sei. Die von den Helfern gezeigte Leistung fand bei den Fachleuten Anerkennung. Es komme jetzt darauf an, daß auch auf der Ortsebene von den Versorgungsbetrieben und dem THW entsprechende Initiativen ergriffen würden.

Vizepräsident Zielinski dankte zum Schluß der Veranstaltung allen denen, die zum Gelingen der Demonstrativveranstaltung beigetragen haben. Sein

ganz besonderer Dank galt natürlich den Helfern der GW-Gruppe, die trotz sommerlicher Hitze bemerkenswert gute Leistungen gezeigt hatten.

Zur Ausstattung der THW-Instandsetzungsgruppen mit Gerät stellte er fest, daß alles getan werde, um den Gerätebestand für den I-Dienst zu vervollkommen bzw. durch modernes Gerät zu ergänzen. Hier sei noch ein erheblicher Nachholbedarf aufzuarbeiten.

Mit einem gemeinsamen Mittagessen — es gab Erbsensuppe aus dem Feldkochherd — endete die gelungene Gemeinschaftsveranstaltung von THW und BGW.  
W. Voß

## HAMBURG



### Sprechfunkrahmenübung

Nach zwei Sonderlehrgängen im vergangenen Jahr zur Ausbildung der Führungskräfte im Sprechfunk wurde als Abschluß für die Bereitschaftsführer und Zugführer der THW-Einheiten des KatS eine Funkrahmenübung zusammen mit Ausbildungskräften der Lehrgruppe Fernmeldedienst der KSL Hamburg geplant und durchgeführt. Das Ziel der Rahmenübung war, die Einheitsführer im Führen von Einheiten zu schulen und die im Lehrgang erworbenen Kenntnisse zu vertiefen.

Der Befehl Nr. 1 wurde allen Beteiligten 10 Tage vor Beginn der Veranstaltung vom HVB zugestellt und die Führungskräfte damit zur Übung herangezogen. Der Befehl Nr. 2 vom 26. April — eigentlicher Übungstag — wurde den Helfern zum Übungsbeginn übergeben und regelte die allgemeine Durchführung, Verpflegung, Unterlagen, Anlaufpunkte u. a. m.

An der Übung, zu der 21 Zugführer und 4 Bereitschaftsführer herangezogen und erschienen waren, nahmen insgesamt 14 Fahrzeuge — Kombi und Fukow — ausgerüstet mit FuG 7 b sowie ein Fernmeldeführungswagen der KSL Hamburg teil. Die gesamte Übung erstreckte sich über den Raum Hamburg und Schleswig-Holstein bis nach Heide. Als Lage war angenommen worden, daß THW-Einheiten in das Nachbarbundesland Schleswig-Holstein verlegt werden müssen und die entsprechenden Sprechfunkverbindungen aufzubauen sind. Darüber hinaus waren der Einsatzraum zu erkunden,

Abschnitte einzurichten, Einheiten zusammenzuziehen, Einheiten zu verlegen, simulierte Schadenstellen zu bearbeiten sowie Reichweitenvermessungen durchzuführen. Während der Übung, die 15 Stunden lief, stand den Teilnehmern Kaltverpflegung zur Verfügung. Als am Abend, gegen 21.00 Uhr, die Teilnehmer zum Ausgangspunkt zurückgekehrt waren, wurde in der KSL Hamburg eine kurze Übungsbesprechung durchgeführt. Die Lehrkräfte der KSL stellten dabei fest, daß das Lehrgangziel von allen erreicht worden ist und die THW-Führungskräfte den an sie gestellten Anforderungen und Erwartungen voll entsprechen haben.

„Es war eine reine Freude zu sehen, wie ein jeder bemüht war, sich in die simulierten Aufgaben hineinzufinden, mit welcher Einsatzfreude die Aufgaben angefaßt und mit Sachverstand bewältigt worden sind“, so die Aussage des Lehrgruppenleiters der KSL Hamburg.

Den Lehrkräften der Feuerwehr wird an dieser Stelle nochmals gedankt für die zur Verfügung gestellte Freizeit zur Durchführung der Übung. Der Wunsch, eine nächste Übung folgen zu lassen, wird hoffentlich bald in Erfüllung gehen können. G. T.

### Wohnhaus gesprengt

Wenige Tage nach dem folgenschweren Eisenbahnunglück im Raume Hamburg-Harburg ereignete sich wiederum ein schweres Unglück in diesem Bezirk, das einen Toten und vier Verletzte zur Folge hatte. Ein psychisch kranker Mann hatte am

Sonntag, dem 27. Juli, sein Haus in die Luft gesprengt. Mit dieser Tat hat er nicht nur seinen Angehörigen schweren körperlichen und materiellen Schaden zugefügt, sondern auch noch Nachbarn in Mitleidenschaft gezogen.

Als um 10.15 Uhr der LV Hamburg im Zuge einer Großeinsatzalarmierung des HVB zur Hilfeleistung angefordert wurde, befanden sich noch Verschüttete unter den Haustrümmern. Um 10.17 Uhr erreichte den BB folgende Meldung mit Einsatzanweisung: „Beerentaltrift 19 Haus explodiert, Verschüttete unter den Trümmern, BV einsetzen.“

Diesmal wurden Führungskräfte und Bergungshelfer in Zugstärke alarmiert.

16 Minuten nach Alarmauslösung meldete sich der Gruppenführer, Paul-Uwe Bredfeldt, aus der Führungsgruppe 705 als Verbindungsmann zur FEL an der Unglücksstelle. Zwei Minuten später traf dort der erste GKW des THW ein.

Da sich herausstellte, daß die Schadensstelle keine große Flächenausdehnung hatte, konnten nicht alle alarmierten Kräfte eingesetzt werden. Sie wurden in Reserve gehalten — darunter auch das THW, soweit es bereits ausgerückt war.

Das Abräumen des Trümmerkegels und der Schichtung wurde von den THW-Helfern sehr genau beobachtet und führte zu Erkenntnissen, die bei der Ausbildung zu berücksichtigen sein werden.

Nachdem sich abzeichnete, daß ein großer Teil der Helfer nicht mehr benötigt wurde, konnte um 14.30 Uhr die Entlassung der Helfer angeordnet werden.  
H. Faust



## THW-Helfer in Berlin

Einen interessanten viertägigen Aufenthalt in Berlin erlebten 22 Helferinnen und Helfer des BV Hamburg-Mitte, begleitet von LB Trautvetter und Hauptsachgebietsleiter Kellner. Gern war man der Einladung des Patenschafts-Bezirksverbandes Tiergarten-Wedding gefolgt. Mit drei THW-Kombi ging die Fahrt über den Grenzkontrollpunkt Lauenburg durch die DDR.

Die Berliner THW-Kameraden hatten ein umfangreiches Programm vorbereitet. Mit einem Besuch bei Bezirksbürgermeister Bowitz im Rathaus Wedding wurde die Reihe der Besuche, Besichtigungen und Veranstaltungen eröffnet. Die Fahrt entlang der Mauer an der Bernauer Straße wird den Hamburger Helfern in Erinnerung bleiben. Eine fünfstündige Stadtrundfahrt mit einem Bus der Berliner Berufsfeuerwehr führte zu allen Sehenswürdigkeiten der ehemaligen Reichshauptstadt. Eine mehrstündige Dampferfahrt auf dem Wannsee schloß sich an.

Während die Helferinnen einen „Ku-Damm“-Bummel machten, wurde in der Hauptwache der Berufsfeuerwehr über Fragen des Katastrophenschutzes und des Einsatzes von Berliner THW-Kräften diskutiert. Eine Besichtigung des Fahrzeugparks der Berliner Feuerwehr und die Vorstellung eines neuen THW-Funkleitwagens waren für alle Hamburger Helfer interessant.



Erinnerungsfoto für die Helfer vom BV Hamburg-Mitte und BV Tiergarten-Wedding.

Mit einem Kameradschaftsabend endete die Fahrt für die Teilnehmer.

Der Bezirksbeauftragte des THW Hamburg-Mitte, Dieter Gocht, dankte dem Patenschaftsverband und sprach eine Gegeneinladung nach Hamburg aus. Zuvor nehmen die Berliner Helfer auf Einladung des THW-Landesverbandes Hamburg an einem Pokalwettbewerb am 6. September 1975 in Hamburg teil.

H. K.

## Nachruf

Am 20. 7. 1975 starb der Helfer des BV Hamburg-Harburg

### Frank Schillerwein

im Alter von 21 Jahren. Die Helfer des BV Hamburg-Harburg werden ihrem Kameraden ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bezirksbeauftragte für Hamburg-Harburg

# Hessen



## Drei Tage Autobahneinsatz

Der auf dem Egelsbacher Flugplatz stationierte Polizeihubschrauber fliegt etwa 100 Meter hoch, aus Richtung Frankfurt-Süd kommend, die Autobahn A 3 (Frankfurt-Nürnberg) entlang. Als die Piloten unter sich — dort, wo die Autobahn die Main-Neckar-Bahn „kreuzt“ — das Grüppchen Uniformierter mit ihren Einsatzfahrzeugen in leuchtendem Rot, Blau und Oliv ausmachen, gehen sie tiefer, lassen ihren Hubschrauber ein paarmal „schaukeln“, drehen ab und sind ein paar Augenblicke später nicht mehr zu sehen. „Das machen die immer, wenn sie über uns hinwegfliegen“, sagt Manfred Heuschkel, der THW-Ortsbeauftragte von Isenburg.

Von Freitag um 16 Uhr bis Sonntag um 20 Uhr haben sie wieder frei-

willigen Dienst „geschoben“, um den erwarteten großen Reiseverkehr durch den Engpaß Rhein-Main-Gebiet abzusichern. Dabei sind die Männer des THW ein wichtiges Bindeglied in der Kette der zahlreichen Hilfs- und Rettungsorganisationen auf der Autobahn, die für sämtliche Un- und Notfälle gerüstet sind.

Da arbeiten Polizei, DRK, THW, Feuerwehr und die Hilfsdienste der Automobilclubs Hand in Hand. Die mit Funk ausgerüsteten THW-Fahrzeuge sind unmittelbar mit ihrer Einsatzzentrale auf dem Isenburger THW-Gelände in der Odenwaldstraße verbunden. Ein Druck auf die Sprechfunktaste, und schon kann alles Nötige veranlaßt werden, um die Funkleitzentralen von Polizei und die übrigen Hilfs- und Rettungsorganisationen von einem Ereignis zu informieren.

Da stehen die THW-Helfer bei ihren Fahrzeugen am zugewiesenen Bereitstellungsort an der Autobahn, beobachten den abrollenden Verkehr und wundern sich oft über die teilweise recht abenteuerlichen Gefährte. „Es ist einfach sagenhaft, was die Leute ihren Autos oft zumuten“, meint einer und blickt einem „Käfer“ hinterher, der sich mit einem für ihn viel zu großen Wohnwagen abmüht. Drei, vier Autos dahinter hat einer auf das Dach seines Vehikels die halbe Wohnungseinrichtung geschnallt. Und die Abdeckplane flattert lustig im Wind. „Wenn es da einmal richtig bläst, wird der glatt von der Brücke geweht“, konstatiert ein anderer. Es ist in der Tat nicht verwunderlich, daß solche überladenen oder falsch beladenen und damit verkehrsunsicheren





Die THW-Helfer aus Isenburg an ihrem Bereitstellungsplatz an der Autobahn.



In der Einsatzzentrale beim OV Isenburg laufen die Meldungen zusammen.

Fahrzeuge beim geringsten Anlaß den Grund für schwere Unfälle geben. Am Freitagabend — zähflüssiger Verkehr — kommt gegen 17.15 Uhr über Funk die Meldung, daß bei Kilometer 178 in Höhe der „Isenburger Schneise“ im Gegenverkehrsbereich einer Baustelle ein PKW mit Wohnwagen wegen Motorschadens liegengeblieben ist. Im Nu ist dieses Teilstück der Autobahn bis hinunter zum Frankfurter Kreuz blockiert. Die Männer des THW haben jetzt die Aufgabe, mit ihrem Bergungs-LKW den „Hemmschuh“ erst einmal zur Seite und dann bis zur Autobahnpolizei station bei Gravenbruch zu schleppen, um den Stau aufzulösen.

Um 19.30 Uhr — es beginnt zu „gießen“ — hat es den ersten erwischt — Aquaplaning. Ehe er sein Fahrzeug unter Kontrolle bringen konnte, war er auf den unbefestigten Seitenstreifen gerast und in einem Wildzaun hängengeblieben. Die THW-Helfer sind schnell zur Stelle, schieben und ziehen, beulen ein paar „Dellen“ aus, damit er dann aus eigener Kraft weiterfahren kann. Der Rest des Tages und der gesamte Sonntag vergehen damit, daß man mehrfach den ADAC, den AvD, auch mal die Polizei über Funk herbeiruft, um liegengebliebenen Fahrzeugen Hilfe zu gewähren. Auch werden ein paar verstreute Gepäckstücke von der

Fahrbahn aufgelesen, die einer der „Dachtransporter“ verloren hat. „Glücklicherweise nichts passiert“, stellt ein THW-Mann fest. „Nicht auszudenken, wenn ein nachfolgender PKW mit hoher Geschwindigkeit auf die Hindernisse geprallt wäre.“

Am späten Sonntagabend sitzt die „Sonntagsschicht“ im Isenburger THW-Heim, läßt die drei Einsatztage an der Autobahn noch einmal Revue passieren. „Auch wenn Außenstehende das Gefühl haben, unser Dienst an der Autobahn sei verplempernte Zeit, da ja nichts Überwältigendes passiere, so sind wir vom THW doch alle der Meinung, daß unser freiwilliger Einsatz sinnvoll und für die Allgemeinheit von Nutzen ist“, stellt Manfred Heuschkel fest. „Wir sind ja froh, wenn nichts passiert.“

In der Tat passiert selten etwas, wenn das THW aufgrund von „Erfahrungswerten“ der Statistiker und eines ausgeklügelten „Verkehrsspitzenplanes“ seinen Autobahnposten bezieht. Die Autofahrer sollten auf die bereitstehenden THW-Helfer am Autobahnrand achten. Und ein freundliches Winken im Vorbeifahren dürfte da auch nicht schaden. Schließlich opfern die THW-Männer ihre Freizeit, um anderen helfen zu können, wenn es nötig ist. In Neu-Isenburg waren es an diesem Wochenende zusammen runde 300 freiwillige Stunden Dienst. D. Staak

### Gäste aus Italien

Am letzten Samstag im Juni besichtigte eine Abordnung des Italienischen Roten Kreuzes — Bereitschafts- und Geschäftsführer u. a. aus den Städten Bozen, Matera und Neapel — Unfall-, Rettungs- und Katastrophenschutz-Einrichtungen der Stadt Frankfurt am Main. Neben Vorführungen der Sanitätseinrichtungen wie Notarztwagen, Krankentransportleitstelle und Rettungshubschrauber standen auch der Katastrophenschutz dieser Stadt und somit der THW-Ortsverband auf dem Programm.

Sehr beeindruckt zeigten sich dabei die italienischen Gäste von den gut ausgestatteten Einsatzfahrzeugen in der großen Halle. Auch die Erweiterung der Unterkunft — die der OV erst vor kurzem festlich beging — fand reges Interesse. Den Abschluß des Besuches bildete die Vorführung der Ausbildung zweier Bergungseinheiten in einem Trümmergrundstück (Abriß-Haus) mit der Bergung Verletzter aus Höhen sowie Aussteifungen und Abstützungen von Mauern. H. E.



## THW bei „Britischer Woche“

Von ihrer sportlichen Seite zeigten sich die Männer des THW Gütersloh anlässlich einer „Britischen Woche“ in der ostwestfälischen Kreisstadt. Im Trainingsanzug traten sie gegen eine Auswahl der Royal Air Force (RAF) Gütersloh zu „Juxspielen“ an.

Das Spiel war einer der Höhepunkte der „Britischen Woche“, die den deutschen Gastgeber und den zahlreichen in Gütersloh stationierten britischen Soldaten und ihren Familien Gelegenheit zu ungezwungener Kontaktaufnahme geben sollte.

Für das THW war der Abend ein Erfolg, obwohl nach hartem Ringen die Mannen der RAF unter dem Beifall von rund 2500 Schaulustigen schließlich knapp mit 18:16 Punkten als Sieger aus diesem sportlichen Kampf hervorgingen. Ein Erfolg deshalb, weil das Technische Hilfswerk damit zum erstenmal in Gütersloh in großem Stil an die Öffentlichkeit trat. Bislang hatte der Ortsverband in bezug auf die Öffentlichkeitsarbeit einen mehr oder weniger ununterbrochenen Dornröschenschlaf gehalten.

Das soll jetzt anders werden. Im Frühjahr übernahm Bereitschaftsführer Harald Bendisch die Aufgaben des Ortsbeauftragten, und sogleich wurde auch eine Konzeption für die Öffentlichkeitsarbeit erstellt.

Nach den Plänen des neuen Ortsbeauftragten wird den Einwohnern der Dalkestadt die Existenz eines Technischen Hilfswerks in Zukunft bewußter gemacht werden; und zwar sowohl durch Beteiligung an Veranstaltungen als auch durch Zusammenarbeit mit der Presse und regelmäßige

Veröffentlichung von Berichten über die THW-Aktivitäten.

Ein Anfang ist gemacht. Der neu-gewonnene Kontakt zur RAF soll übrigens auch künftig aufrecht erhalten werden. Den Briten hat der Abend — die beiden Mannschaften trafen sich nach „getaner Arbeit“ auf dem THW-Gelände und ließen sich einträchtig das Bier schmecken, die ihnen als 1. und 2. Preis überreicht worden waren — so gut gefallen, daß sie die Helfer des THW-Ortsverbandes Gütersloh zu einem Fußballspiel mit anschließendem gemütlichen Beisammensein einluden.

Die Verbindung mit der RAF soll sich aber nicht nur auf sportliche Zusammenkünfte beschränken, sondern auch auf gemeinsame Übungen mit der Feuerwehr des nahegelegenen Militärflughafens ausgeweitet werden.

Wolf



Die gegnerische Mannschaft mußte versuchen, die beiden sägenden Männer mit Greifzügen hochzuziehen.



Die THW-Mannschaft vor der Abfahrt zum Turnierplatz.

## Neuer Ortsbeauftragter

Im Rahmen eines kleinen Empfangs im Hotel „Rosenterrasse“ wurde Stadt-Oberbaumeister Walter Lennartz in sein Amt als Ortsbeauftragter des Technischen Hilfswerks in Dortmund eingeführt. Neben den Führungskräften des Ortsverbandes waren Vertreter befreundeter Hilfsorganisationen, der Stadt Dortmund und Dortmunder Firmen anwesend. Unter den Gästen war auch der Landesbeauftragte des THW für Nordrhein-Westfalen, Dipl.-Ing. Kautzky, und sein Stellvertreter, Dipl.-Ing. Hinz.

Der Kreisbeauftragte für Dortmund, Präsident der Handwerkskammer Walter Derwald, der bisher auch die Funktion des OB ausübte, würdigte die Bereitschaft von Walter Lennartz, sich und damit einen Großteil seiner Freizeit dem Dortmunder THW zur Verfügung zu stellen. Dies dürfte gerade in der heutigen Zeit nicht hoch genug eingeschätzt werden! Er sei sicher, mit OB Lennartz den richtigen Mann für die Koordinierung der Arbeit im Ortsverband gefunden zu haben. Mit den besten Wünschen für die zukünftige Arbeit überreichte Dipl.-Ing. Kautzky Walter Lennartz die Beauftragungsurkunde. Anlaß und Rahmen wurden genutzt, um den Zugführern Drewing, Hohmann, Kirschner und Wölke für jahrelange tatkräftige Mitarbeit das Helferzeichen in Gold zu verleihen.

## Nachruf

Wir verloren durch einen tragischen Verkehrsunfall am 23. Juli 1975 unseren Kameraden, den Helfer

**Reinhold Ueberberg.**

Wir werden ihn stets in guter Erinnerung behalten.

OV Bergisch Gladbach

\*

Der Tod riß eine Lücke in unsere Reihen. Plötzlich und für alle unfäßbar verstarb am 20. Juli 1975 unser Kamerad, Zugführer

**Karl Kiel**

im Alter von 47 Jahren.

Zwölf Jahre gehörte er zum OV Kamen-Bergkamen. Seine Arbeit im THW trug wesentlich zum Aufbau unseres OV bei. Er wird uns unvergessen bleiben.

OV Kamen-Bergkamen





## Illumination zum Bretzelfest

Möglichkeiten der Selbstdarstellung gibt es viele. Es bleibt immer nur die Frage, inwieweit diese von der Öffentlichkeit beachtet und auch gewürdigt werden. Der OV Speyer hatte sich in diesem Jahr zum Bretzelfest etwas einfallen lassen, was in jeder Hinsicht als Erfolg bezeichnet werden kann.

Die Idee bot sich an, die enge Zusammengehörigkeit des THW-Ortsverbandes mit der Stadt Speyer bildlich darzustellen. Als Symbol der Stadt bot sich dazu die Silhouette des Domes an; das Symbol des THW ist bekannt. Die Verbindung zweier Jubiläen — 65 Jahre Bretzelfest und 25 Jahre THW — war Anlaß zu besonderen Anstrengungen.

Ein Helfer hatte in den Wochen vor dem Fest maßstabgerecht Zeichnungen und Entwürfe angefertigt. Am Samstagmorgen des Festes waren alle Helfer zur Stelle. Da waren Abmessungen vorzunehmen, Konturen mit nassem Torf auf den Rasen zu zeichnen und im Anschluß die Lichter aufzustellen. Zunächst wurde die Silhouette des Domes aufgezeichnet. Sie hatte eine Höhe von 8 Metern und eine Breite von 10 Metern. Auf der anderen Seite des Weges wurde das Emblem des Technischen Hilfswerks markiert, mit einem Durchmesser von 5 Metern. Darüber in etwa 1,50 Meter hoher Schrift „25 Jahre Technisches Hilfswerk“ auf den Rasen gebracht. Am Eingang des Parkweges war eine Bretzel — Symbol dieses Festes — aufgezeichnet. Sie hatte einen Durchmesser von etwa 7 Metern.

Auf den Konturen wurden im Abstand von etwa 20 cm die Windlichter aufgestellt. Für die gesamte Illumination waren es 35 000 Lichter. Für das möglichst gleichzeitige Anzünden aller Lichter hatten die Helfer eine besondere Technik entwickelt, die sich gut bewährte.

Mit dieser Aktion wurde in Speyer auf einem ungewöhnlichen Weg auf das Technische Hilfswerk aufmerksam gemacht.

W. Maier

## Neue Unterkunft für OV Alzey

Am 14. Juni wurde die nach der Musterplanung für Unterkünfte der THW-Ortsverbände errichtete neue Unterkunft für den OV Alzey eingeweiht.



Die neue Unterkunft für den THW-Ortsverband Alzey.

weht. Durch die rege Beteiligung von Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, KatS- und anderen Organisationen bei der Einweihungsfeierlichkeit und einer großen Zahl interessierter Einwohner von Alzey und Umgebung am Tag der offenen Tür sowie am festlichen Kameradschaftsabend fanden die Arbeiten und Leistungen der Helfer des Ortsverbandes ihre Würdigung und Anerkennung. Wie weit diese Meinung im Herzen der Alzeier Bürger bereits Fuß gefaßt hat, möge der folgende Artikel aus der örtlichen Zeitung aufzeigen. Wir hoffen, daß dieser freundliche Morgengruß recht viele Bürger erreicht hat:

Wenn achtzehn Redner mehr oder weniger kurz und prägnant auf einer Einweihungsfeier gesprochen haben, darf man annehmen, daß das Thema nach allen Seiten hin erschöpfend behandelt worden ist. So beim Festakt zur Indienstellung der neuen Alzeier THW-Unterkunft. Da aber geschah etwas Überraschendes, nach meinen Erfahrungen noch nie zuvor Dagewesenes: Ans Rednerpult trat als neunzehnter und letzter Sprecher ein Mann, der von keiner Organisation, keiner Behörde, keiner Vereinigung legitimiert oder delegiert worden war, sondern als »einfacher Bürger« sich zum Sprecher der anonymen Allgemeinheit machte, dem THW Lob für seine Einsätze zollte und als Motiv für dieses Auftreten die Tatsache nannte, daß keiner von uns wisse, ob er nicht schon morgen als Verunglückter irgendwo hilflos in einem Chausseegraben liege und auf die Rettung durch eine Hilfsorganisation angewiesen sei. Daß er auch noch eine Geldspende aus der eigenen Tasche beifügte, unterstrich die einmalige Geste, die als Beispiel hier festgehalten sei. Sie dürfte die THW-Helfer mit ganz besonderer Freude und Genugtuung erfüllt haben.

flix

## Notstromaggregat im Einsatz

Seine Bewährungsprobe konnte das neue 58-KVA-Notstromaggregat des Landesverbandes schon 8 Tage nach der Übernahme ablegen. Durch die Explosion eines Spannungswandlers in der Übergabestation war die gesamte Stromversorgung des Universitätsgeländes Mainz lahmgelegt worden.

Da die eingebauten Notstromaggregate nicht ausreichten, den gesamten Betrieb aufrechtzuerhalten, wurde auch das in Worms stationierte neue Aggregat eingesetzt und versorgte die Kälteanlagen des biologischen Institutes, in dem sich Präparate und Kulturen befinden, die nur in gekühltem Zustand haltbar sind.



Acht Tage nach der Übernahme wurde das 58-KVA-Notstromaggregat bereits eingesetzt.

Die Leistung des Aggregates überzeugte die Bedienungsmannschaft und alle interessierten Zuschauer des Landesverbandes, der Mainzer Stadtwerke und nicht zuletzt der Universität, deren technischer Direktor sich vom Einsatzleiter, Zugführer Kippenberger aus Worms, eingehend über Leistungen und technisch einwandfreier Ausführung informieren ließ.

G. S.

## Nachruf

Durch einen tragischen Verkehrsunfall verstarb am 23. Juli 1975 unser Kamerad

### Wolfgang Gimint

im Alter von 28 Jahren. Mit großer Beteiligung haben wir ihn und sein mit ihm verunglücktes Kind zu Grabe getragen.

Unsere besondere Anteilnahme und Fürsorge gilt seiner schwer verletzten Frau.

Ortsverband Worms



## Gemeinsam mit dem DRK

Als Abschluß des Wiederholungslehrganges „Erste Hilfe“ veranstaltete der OV Völklingen eine Gemeinschaftsübung mit dem DRK Völklingen. Ein Autounfall und eine Explosion im Chemieraum einer Schule waren die angenommenen Unfallorte, denen Mimengruppen des THW und DRK ein realistisches Aussehen gaben.

Sofort nach der Alarmierung rückten Vortrupps aus, deren Aufgabe es war, die Unfallstellen abzusichern, Sofortmaßnahmen im Bereich der Ersten Hilfe durchzuführen und die Voraussetzungen zu schaffen, daß die nachfolgenden Sanitäts- und Bergungsgruppen ihre Arbeit aufnehmen konnten.

Zum Auftrennen der beiden Autowracks wurde die hydraulische Schere aus dem Autobahnrettungsfahrzeug des THW eingesetzt, während sich eine weitere Gruppe bemühte, mittels Leiterhebel Verletzte von einer Überdachung der Schule zu bergen. Gemeinsam wurden die Verletzten fachgerecht betreut und für ihren Abtransport durch Krankenwagen des DRK vorbereitet.

Innerhalb der gesetzten Zeit — eine Stunde — konnten die 40 THW- und DRK-Helfer diese Aufgabe bewältigen und die Unfallorte in geordnetem Zustand verlassen.

Trotz des zeitlich glatten Ablaufes hatte Herr Heisel vom DRK Saar, der die Gesamtleitung hatte, Grund zu harter Kritik, von der auch die Helfer des DRK nicht verschont blieben. Im Gegenteil, was er den Helfern des THW noch nachsah, rechnete er den Helfern des DRK — als den Fachleuten in Erster Hilfe — doppelt an.

Neben dem Erfahrungsgewinn für den einzelnen Helfer war es für die Führungskräfte wichtig, die Möglichkeiten des Zusammenspiels kennenzulernen. Auf diesen Aspekt legten auch LB Reimann und Oberbürgermeister Durand in ihren Stellungnahmen Wert. Des weiteren sprachen sie den Helfern für ihren freiwilligen Dienst die Anerkennung aus.

Norbert Sperling



Bei der Übung in Saarlouis: (v. l.) LB Reimann, OB Hesse, Wirtschaftsminister Dr. Sinnwell und Zugführer Wagner.



Die 12-t-Brücke ist fertig.

der Wasserdienst, wobei es galt, auf verschiedenen Arten die bei Saarlouis etwa 55 Meter breite Saar zu überbrücken. Flankiert wurden diese Maßnahmen mit Aufgaben aus dem Gesamtbereich des I- und B-Dienstes. Zahlreiche Besucher, an der Spitze Wirtschaftsminister Dr. E. Sinnwell, Ministerialrat H. Grundmann als

## OB-Wechsel

Im Rahmen einer Helferversammlung des OV Dillingen in der Unterkunft, an der auch LB Reimann, HSGL Faß und GF Werth teilnahmen, wurde der bisherige Ortsbeauftragte Wörz verabschiedet und sein Nachfolger K.-H. Labouvie in sein Ehrenamt eingeführt.

Nach der Begrüßung der Helfer und Gäste durch OB Wörz zeichnete LB Reimann die Geschichte des Ortsverbandes auf und würdigte die Verdienste von OB Wörz. Unverzüglich nach seiner berufsbedingten Übersiedlung von Köln stellte er sich dem THW zur Verfügung. K. Wörz, der sich abschließend mit herzlichen Worten bei den Helfern, LB Reimann und GF Werth bedankte, erklärte, daß er aus beruflichen Gründen sein Ehren-

amt als OB zurückgeben mußte. Dem neuen Ortsbeauftragten wünschte er viel Erfolg, wobei er ihm auch weiterhin seine volle Unterstützung zusagte.

Nachdem Landesbeauftragter Reimann auf die Aufgaben eines Ortsbeauftragten eingegangen war, überreichte er OB Labouvie die Beauftragungsurkunde des Direktors der Bundesanstalt THW, Dipl.-Ing. Zielinski. Anschließend beauftragte er den Helfer Laville als Zugführer des B-Zuges Dillingen.

Abschließend fand eine rege Diskussion statt, bei der die Problematik der Eigenleistungen der Helfer des OV Dillingen bei der Herrichtung der neuen Unterkunft im Vordergrund stand.

zuständiger Referent für Zivil- und Katastrophenschutz im Ministerium des Innern, Oberbürgermeister Dr. M. Henrich (Saarlouis), Bürgermeister H. Schmitt (Lebach), Bürgermeister Leonardy (Dillingen), LB G. Reimann sowie sein Vertreter A. Schillo, waren kritische Beobachter der Übung, wobei sie den hohen Leistungsstand der Helfer aus den Ortsverbänden Saarlouis, Dillingen, Saarwellingen und Lebach bestätigen konnten.

Im einzelnen wurden von den beteiligten Ortsverbänden zur Überquerung der Saar eine LH-Pontonfähre mit Anlegestegen, ein Tonnensteg, eine Tonnenfähre und eine Seilbahn hergestellt und betrieben. Zu den weiteren Aufgaben, eingerahmt in die Gesamtkonzeption der zweitägigen Übung, gehörte eine Ölsperre über die Saar aus Behelfsmitteln, der Bau einer 12-t-Brücke, das Niederbringen eines Feldbrunnens, verschiedene Sanitärarbeiten sowie der Bau einer Hochspannungsleitung mit Trafostation und angeschlossenen Beleuchtungsgerät, Arbeiten mit der Sauerstofflanze und die Bergung eines PKW aus der Saar.

G. Faß

## 250 Helfer übten

Im Mittelpunkt einer zweitägigen Übung aller vier Ortsverbände des GFB Saarlouis mit 250 Helfern stand

am als OB zurückgeben mußte. Dem neuen Ortsbeauftragten wünschte er viel Erfolg, wobei er ihm auch weiterhin seine volle Unterstützung zusagte.

Nachdem Landesbeauftragter Reimann auf die Aufgaben eines Ortsbeauftragten eingegangen war, überreichte er OB Labouvie die Beauftragungsurkunde des Direktors der Bundesanstalt THW, Dipl.-Ing. Zielinski. Anschließend beauftragte er den Helfer Laville als Zugführer des B-Zuges Dillingen.

Abschließend fand eine rege Diskussion statt, bei der die Problematik der Eigenleistungen der Helfer des OV Dillingen bei der Herrichtung der neuen Unterkunft im Vordergrund stand.

G. F.



## Karlsruher Ortsverband übte am Rhein



Jungshelfer beim Bau eines Tonnensteges.



Zuschauer lassen sich die Trinkwasseraufbereitungsanlage erklären.

In Zusammenarbeit mit Einheiten aus der Stadt Karlsruhe: Fernmeldezug, ABC-Einheit und Schlachtergruppe des Veterinärzuges sowie mit Feuerwehren, DRK und DLRG, führte der THW-Ortsverband Karlsruhe, verstärkt durch die Fährenmannschaft und die 18-t-Fähre des OV Pforzheim, die Trinkwasseraufbereitungsanlage und mit Mannschaften aus dem OV Reutlingen eine über 2 1/2 Tage laufende

Ausbildungsveranstaltung durch. Angenommene Lage: Durch starke Gewitterregen ist der Hochwasser führende Rhein über seine Ufer getreten.

Ein Tankschiff beschädigte die große Rheinbrücke Karlsruhe-Landau, so daß diese für den Verkehr gesperrt werden mußte. Campingplätze am Rhein sind überschwemmt, die Gäste

warten auf den kleinen Anhöhen auf Rettung.

Das THW und die anderen KatS-Einheiten hatten folgende Aufgaben durchzuführen:

Alle Maßnahmen, die zur Rettung und Versorgung der in Not oder Gefahr geratenen Bevölkerung notwendig sind, sind zu ergreifen; d. h. Stege und Brücken herstellen, damit die Bevölkerung die hochwassergefährdeten Stellen verlassen kann; durch eine Fähre den Hilfsmannschaften die Überquerung des Rheines zu ermöglichen und die Versorgungsfahrzeuge überzusetzen; im Bereich des früheren Pionierhafens ein Auffanglager für Obdachlose zu errichten; die Ernährung der Hilfsmannschaften und Obdachlosen sicherzustellen; für das Auffanglager und sonstige Teile der Bevölkerung, deren Trinkwasserversorgung durch das Hochwasser gestört ist, Trinkwasser herzustellen und der Bevölkerung zuzuführen.

Brandschutz während der Bergungsarbeiten an dem Tankschiff und in der Zeltstadt war u. a. Aufgabe der Feuerwehren.

Diese Arbeiten wurden unter den Augen der Vertreter der Parlamente und der Behörden durchgeführt. Unter anderem waren anwesend: MdB Benz, MdL Dick, MdL Sack sowie Vertreter des BZS. Die Gäste wurden durch den Landesbeauftragten, Dipl.-Ing. Schneider, und den Ortsbeauftragten für Karlsruhe, Siegel, begrüßt und mit den Maßnahmen vertraut gemacht.

Besondere Beachtung und Anerkennung fanden der Fährbetrieb der 16-t-Fähre sowie die Trinkwasseraufbereitungsanlage.

Am Samstagabend wurden für Freiwachen der Helferschaft Filme vorgeführt. Auch die am Sonntagmorgen erschienenen Karlsruher Bürger konnten sich anhand der Filme und Bildtafeln über die Einsatzmöglichkeiten des THW informieren und anschließend die einzelnen Übungsobjekte besichtigen.

Diese Übung der KatS-Einheiten Karlsruhe hat den Führungskräften gezeigt, wo noch Mängel im Zusammenspiel der Kräfte vorhanden sind und daß man nicht mit nur einem einzelnen Fachdienst den Katastrophenschutz durchführen kann. K.Sch.



## Abbruch ehemaliger Werkhallen in Ingolstadt

Als „Generalprobe“ für einen Katastrophenfall betrachtete der OV Ingolstadt mit seinen rund 100 aktiven Helfern das Ersuchen der Stadt, Abbrucharbeiten an den ehemaligen Audi-Bauten hinter der Friedenskaserne zu übernehmen. Dieser Einsatz wurde notwendig, um die teilweise chaotischen Zustände auf diesem 4,5 ha großen Gelände zu beheben. Vor allem für dort spielende Kinder bestand erhebliche Gefahr, wie der Tod eines Bubens durch Stromschlag schließlich bewies.

Für die Helfer bot der Auftrag Übungsmöglichkeiten in einer Vielfalt und in Größenordnungen, die echte Vergleiche mit einer Katastrophensituation zuließen. Hier konnten sie unter den Bedingungen eines Großeinsatzes ihren Ausbildungsstand und das Zusammenwirken von Einheiten einschließlich Versorgung demonstrieren. Unter der Leitung von OB Karl Bichlmaier erfüllten sie — unterstützt von der Bundeswehr — erfolgreich ihren Auftrag. An vier Wochenenden kamen 100 Helfer aus Ingolstadt, jeweils an einem Tag 60 Helfer des OV Eichstätt und 40 Helfer des OV Neuburg a. d. Donau zum Einsatz.

Dachstühle wurden eingerissen, Mauern mit Hilfe von Greifzügen und Seilwinden abgetragen. Die Helfer des RGW-Zuges beschäftigten sich in der Zwischenzeit mit der Loslösung von Rohrverbindungen und trennten mit Hilfe von Schneidbrenngeräten die ins Mauerwerk eingelassenen Metallverbindungen. Die beiden Bergungszüge übten sich in der Beseitigung von baufällig gewordenen Gebäuden. Und schließlich — nach vierwöchiger harter Arbeit — war das Ziel der Übung erreicht.

In insgesamt 7350 Stunden wurden alle zum Abbruch durch das THW vorgesehenen 13 Hallen und Steinbauten, darunter eine Halle mit 210 m Länge und eine andere mit 25 m Höhe, beseitigt. Allein bei letztgenannter Halle fielen 50 t Eisenmaterial an. Alles in allem hatten die Hallen und Steinbauten eine Grundfläche von 1600 qm, der umbaute Raum betrug 73 000 cbm. Insgesamt waren etwa 230 t Eisenkonstruktionen der Hallendächer mit



Arbeit für vier Wochen bedeutete für den OV Ingolstadt der Abbruch der alten Werkhallen.



Zerkleinern der Holzkonstruktionen mit Hilfe der Motorsäge.



Als willkommene Gelegenheit für die Ausbildung im Brennschneiden sahen die Helfer des I-Dienstes den Abriß der Fabrikhallen.

Brennschneidgeräten abzutrennen, bevor 2000 cbm Mauerwerk und Beton der Gebäude abgetragen werden konnten. Hierzu wurden 6 Brennschneidtrupps mit wechselnder Besetzung eingesetzt. Mit 10 Motorsägen wurden die Holzteile der Hallendächer zerschnitten, mit 12 Greifzügen und 4 Seilwinden Mauerwerk und tragende Teile der Gitterkonstruktion der Hallen umgelegt. Der Einsatz erforderte die Verwendung von 20 Kraftfahrzeugen (20-t-Kran, Gerätekraftwagen, Mannschaftskraftwagen, Lkw und Führungsfahrzeuge). Die THW-Führung unter OB Bichlmaier betrachtete diesen Einsatz als optimale Übung für einen Katastrophenfall. Die

in langwieriger Ausbildungsarbeit gewonnenen Erkenntnisse konnten im „Fall Friedenskaserne“ optimal verwertet werden. Nach getaner Arbeit übergab OB Bichlmaier das geräumte Gelände dem Oberbürgermeister der Stadt Ingolstadt, Dr. Peter Schnell, der mit Vertretern der Stadt zur Besichtigung erschienen war. Oberbürgermeister Schnell sprach den Helfern und Führungskräften der eingesetzten Ortsverbände seinen Dank für den Abbruch der Hallen und Mauern aus. Das THW habe spontan und wirkungsvoll zur raschen Gefahrenbeseitigung geholfen. OB Bichlmaier nannte die Abbrucharbeiten die bisher größte Aufgabe des Ortsverbandes, die härteste



Bedingungen, bezogen auf mögliche Katastrophenfälle, geboten habe. Das THW in Ingolstadt hat mit dieser Aktion geholfen, das Bild der Stadt an der Donau zu verbessern.

Voraussichtlich schon im nächsten Jahr wird sich auf dem geräumten Gelände das Ausstellungsgelände der Stadt Ingolstadt befinden. Auch das traditionelle Volksfest wird hier seinen Platz haben.

### Wirbelsturm wütete in Schwüritz

Diese Nacht wird man in Schwüritz nicht so schnell vergessen. Ein schweres Gewitter, das mit starken Regengüssen über den Landkreis Lichtenfels niederging, war hier mit einem Wirbelsturm verbunden, der innerhalb von 60 Sekunden Verwüstungen von ungeheurem Ausmaß anrichtete. Etwa 13 Häuser in der Michelauer Straße wurden teilweise abgedeckt, eine massive Scheune stürzte ein, drei parkende Personewagen wurden unter der eingestürzten Mauer begraben. Entwurzelte Bäume und gesplitterte Äste lagen kreuz und quer über der Straße und versperrten die Durchfahrt.

Bis lange nach Mitternacht dauerten die ersten Aufräumarbeiten, die am nächsten Tag in aller Frühe fortgesetzt wurden. Im Einsatz war vor allem das Technische Hilfswerk, die Polizei, die Freiwillige Feuerwehr und tatkräftige Männer und Frauen der betroffenen Ortschaft.

Es war gegen 19.30 Uhr.

Offenbar aus Richtung Michelau kommend, bahnte sich der Wirbelwind seinen Weg, entwurzelte große Bäume, zersplitterte Äste, riß Hochspannungsleitungen herab. Den ersten großen Ansatzpunkt für die Windhose bildete der Neubau eines Bekleidungs- hauses. Das mit Eternitplatten

gedeckte Dach wurde samt Balken und Dachrinne zur Hälfte in die Luft gehoben. Während ein Teil der Platten noch weiter flog, landeten die Dachbalken etwa 50 Meter entfernt auf der Straße. Einer der Balken war wie ein Geschoß durch die Fensterscheibe in ein Wohnhaus gedrungen. Eine Frau, die sich mit ihrem Kind in unmittelbarer Nähe der Aufschlagstelle befand, erschrak und ergriff schreiend die Flucht. Im Zickzackkurs bewegte sich der Wirbelsturm weiter, riß reihenweise Ziegel von den Dächern, zerstörte die Hochspannungsleitungen, entwurzelte oder knickte die stärksten Bäume.

Am meisten in Mitleidenschaft gezogen wurde das Anwesen einer Gärtnerei. Hier wurde das Dach auf einer großen Fläche abgedeckt, die mit landwirtschaftlichen Geräten und Getreide gefüllte Scheune, ein massiver Bau, völlig zerstört. Die herausgedrückte Vorderfront des Gebäudes stürzte auf drei parkende Personewagen. Ein weiteres Auto, das zum Zeitpunkt des Unwetters das Grundstück passierte, wurde ebenfalls von Gesteinsbrocken zermalmt. Der Fahrer konnte sich zum Glück rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Die Gärtnereibesitzerin Hermine Rauch berichtete: „Ein fürchterliches Krachen, und einen Moment später war alles vorbei!“ Zwei weitere Unterstellgebäude der Gärtnerei wurden ebenfalls ein Opfer der Windhose. Eines davon schlug der Sturm kurz und klein; eine andere Scheune wurde von den Grundmauern gehoben und um 90 Grad gedreht wieder aufgesetzt. Scherben gab es bei den Gewächshäusern, und unbarmherzig wütete der Sturm auch im Baumbestand. Der entstandene Schaden wird auf mindestens 100 000 DM geschätzt.



Die Vorderwand dieses Gebäudes barst unter der Wucht des Sturmes.

Der Bereich der Michelauer Straße bot am Abend ein chaotisches Bild. Alarmiert durch die Landespolizei, rückten gegen 19.50 Uhr 15 THW-Helfer des OV Lichtenfels mit 1 Kombi und dem GWK des Bergungszuges zur Hilfeleistung aus. Vordringlichste Aufgabe war es zunächst, nach der Sicherung der hängenden Dachteile die klaffenden Dachlücken mit Plastikplanen notdürftig zu schließen. Währenddessen bemühten sich die Feuerwehrmänner, die von umgestürzten Bäumen blockierte Fahrbahn freizubekommen. Erschwert wurden die ersten Hilfsmaßnahmen dadurch, daß der Strom ausgefallen war. Das THW half mit einem Notaggregat.

Bis lange nach Mitternacht dauerte der Einsatz in dem betroffenen Gebiet. Auch Bürgermeister Karl Götz befand sich an der Unglücksstelle.

Die Geschädigten und die Gemeinde Schwüritz bedankten sich aufrichtig für den geleisteten Einsatz bei allen Helfern für die schnelle und wirksame Hilfe.

I. Rutkowski

### THW hilft bei Stromausfall

Nach einigen heftigen Gewittern, die sich über München entluden, fiel am 23. Juni in den Vormittagsstunden in weiten Teilen der Landeshauptstadt der Strom aus. Straßenbahnen blieben stehen und blockierten Kreuzungen, die Verkehrsampeln erloschen. Damit waren alle Voraussetzungen für chaotische Zustände auf den Verkehrswegen, die jedoch nicht zuletzt dank des Einsatzes der Münchener Stadtpolizei ausblieben, gegeben.

Beinahe kritisch hingegen wurde die Situation im Deutschen Herzzentrum in der Lothstraße. Dort übernahm das hauseigene Notstromaggregat sofort die Stromversorgung, fiel aber nach zehnminütiger Betriebszeit aus. Zu allem Pech war niemand im Hause, der das Gerät wieder in Gang setzen konnte. Der diensthabende Werkmeister hatte kurz vorher einen Gehirnschlag erlitten, der zweite Werkmeister war nicht im Hause. Strom lieferte zu diesem Zeitpunkt eine zweite Sicherungsanlage, die von Batterien gespeist wird und nur kurze Zeit funktionsfähig bleibt.

Der Instandsetzungsdienst des OV München half — beinahe in letzter Minute. Die THW-Helfer Max Steindl, Johann Hartmann und Walter Merk brachten, alarmiert von der Polizei, einen KVA-Stromerzeuger zum Herzzentrum und sicherten damit die Stromversorgung.

Sche



Fertigteile sind in der Regel fabrikmäßig hergestellte Holzplatten, Leichtbauplatten, Gasbetonplatten oder Platten und Bauelemente, die aus ähnlichen Werkstoffen gefertigt sind.

[22] Die Dicke der Wände richtet sich danach, ob es sich um tragende oder trennende Wände handelt.

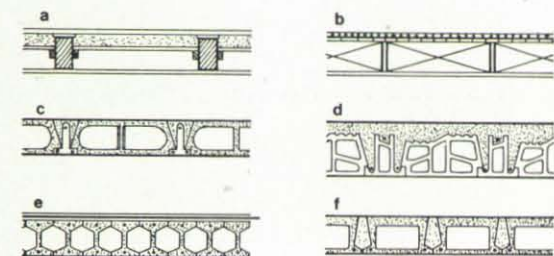
Im allgemeinen liegt die Wanddicke zwischen 1/2-Stein bis 1 1/2-Stein (11,5 bis 36,5 cm). Sie kann jedoch auch — vornehmlich bei alten Häusern — bis zu 2 1/2-Stein betragen (ca. 60 cm).

**Tragende Wände** müssen eine Dicke von wenigstens 24 cm (1-Stein) aufweisen.

[23] Jedes Geschöß wird nach unten durch die Decke des darunterliegenden Geschosses und nach oben durch die eigene Decke abgeschlossen. Je nach Konstruktionsart und Material unterscheidet man folgende **Deckenarten**:

- Holzbalkendecken,
  - Plattendecken,
  - Trägerdecken,
  - Gewölbedecken.
- } **Massivdecken**

Abb. 15



Deckenarten

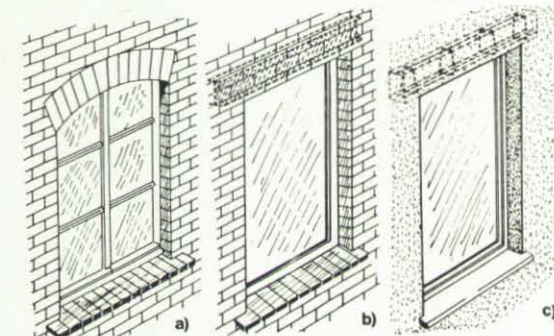
2.3.

Zur Gruppe der mit einer **weichen Bedachung** versehenen Dächer zählen solche, die mit Stroh, Schilf oder Binsen gedeckt sind.

[26] **Fenster- und Türöffnungen** eines Gebäudes würden die Tragfähigkeit der Wände ohne besondere Vorkehrungen erheblich beeinträchtigen. Sie werden daher beim Bau in ihrem oberen Teil — dem sog. Sturz — verstärkt.

Die Verstärkung erfolgt bei einem gewölbten Sturz durch Mauerwerk. Die Natur- oder Kunststeine werden hierzu eigens hergerichtet. Für einen geraden Sturz werden Stahlträger oder bewehrter Beton verwendet.

Abb. 19



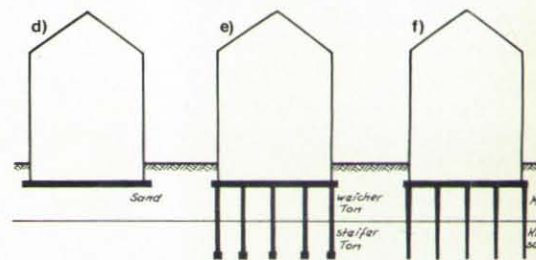
- a = gemauerter Sturz
- b = Sturz aus einem Stahlträger
- c = stahlbewehrter Betonsturz

Fenster- oder Türsturz

2.3. Anleitung für das Berechnen der Masse

[27] Im Rahmen der Durchführung von Bergungs- und Instandsetzungsarbeiten spielt die schnelle (überschlägige) Berechnung von Trümmern, Trüm-

noch Abb. 10



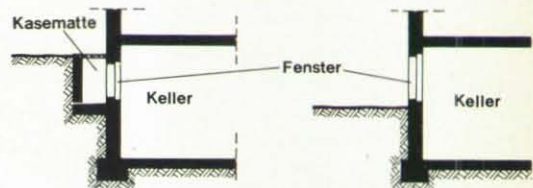
- a) u. b) = unbewehrtes Betonfundament
- c) = Stahlbetonfundament
- d) = Gründung auf einer Fundamentplatte
- e) u. f) = Pfahlgründungen

Fundamentgründungen

[19] Sofern Gebäude mit einem **Keller** ausgestattet sind, ruht dieser auf dem Fundament. Die Außer und Trennwände sind entweder gemauert oder aus stahlbewehrtem Beton gegossen.

Da die Kellerwände zusammen mit dem Fundament die gesamte Last des Gebäudes aufnehmen und auf den Baugrund übertragen, sind die Mauer von entsprechender Dicke (2-Stein-Mauer = 36 cm).

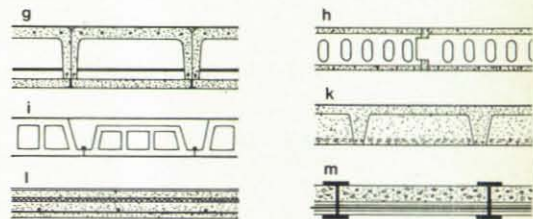
Abb. 11



Kelleranordnungen

Mehrgeschossige Gebäude — z. B. Hochhäuser — müssen entsprechend tief gegründet sein und kör-

noch Abb. 15

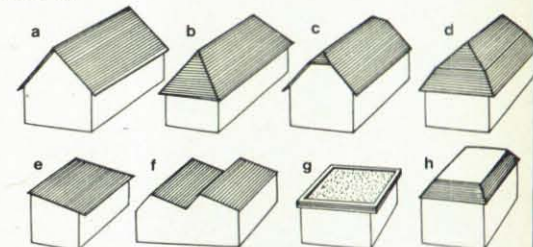


- a = Holzbalken mit Einschub
- b = Amerikanische Bohlendecke
- c = Stahlbeton-Fertigteildecke
- d = Stahlbetonrippendecke mit Ziegelfüllkörper
- e = Stahlbeton-T-Balkendecke
- f = Stahlbeton-Hohlbalkendecke
- g = Stahlbetonbalkendecke (U-Rippenbalken)
- h = Spannbeton-Hohlrippendecke
- i = Stahlsteindecke aus Lochziegeln
- k = Stahlbeton-Rippendecke
- l = Stahlbeton-Plattendecke
- m = Stahlträgerdecke

Deckenarten

[24] Das **Dach** schließt ein Gebäude nach oben ab. Es besteht aus dem **Dachstuhl** (Dachgerüst) und der **Dachhaut**,

Abb. 16



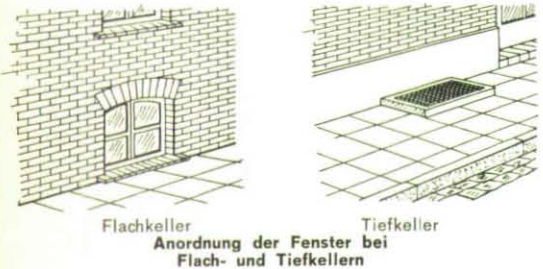
- a = Satteldach
- b = Walmdach
- c = Krüppelwalmdach
- d = Mansardenwalmdach
- e = Pultdach
- f = Selt- oder Sägezahn-dach
- g = Flachdach
- h = Terrassendach

Dachformen



nen dann über mehrere Kellergeschosse verfügen.  
 Bei Gebäuden mit nur einem Kellergeschoß läßt sich häufig von außen feststellen, ob es sich um einen Tief- oder Flachkeller handelt.

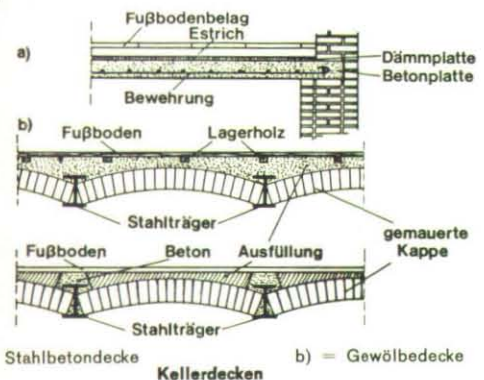
Abb. 12



Flachkeller Tiefkeller  
 Anordnung der Fenster bei Flach- und Tiefkellern

[20] Keller werden nach oben entweder durch **Stahlbetondecken** konstanter Dicke oder — vornehmlich bei älteren Gebäuden — durch **Gewölbedecken** abgeschlossen.

Abb. 13



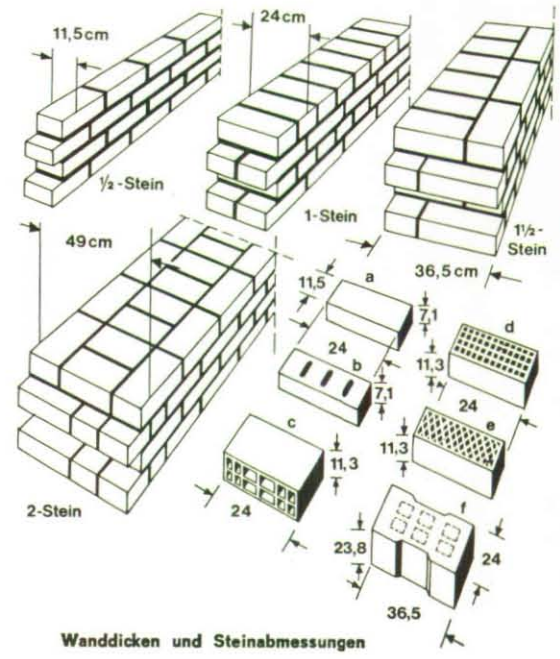
a) = Stahlbetondecke b) = Gewölbedecke  
 Kellerdecken

[21] Die **Geschosse** stellen den eigentlichen Nutzungsraum eines Gebäudes dar (Wohn-, Büro-, Geschäftsraum, Werkstatt). Sie werden nach außen begrenzt durch die Außen- oder Umfassungswände (mit Tür- und Fensteröffnungen) und in sich unterteilt durch die Innen- und Treppenhauswände sowie die innenliegenden Bauteile (Türen, Kamine, Treppen etc.).

Außen- und Trennwände bestehen in der Mehrzahl aus

- Mauerwerk,
- Beton oder
- Fertigteilen.

Abb. 14



Wanddicken und Steinabmessungen

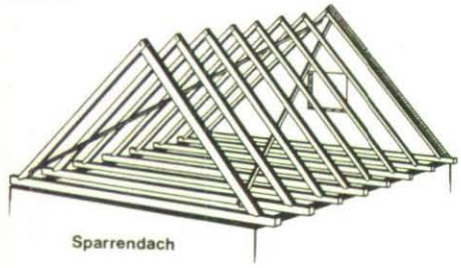
Ein **Dachstuhl** kann aus Holz, Stahl oder Stahlbeton hergestellt sein.

Bei einem Holzdach kann es sich — je nach Spannweite (Haustiefe) und Dachneigung — um ein

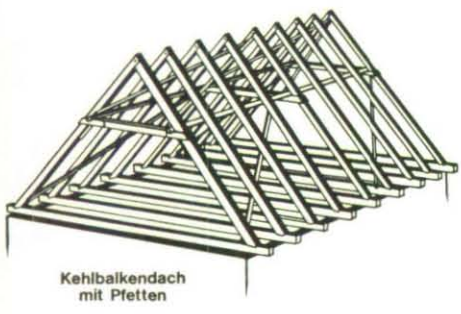
- Sparrendach,
- Kehlbalkendach oder
- Pfettendach

handeln.

Abb. 17

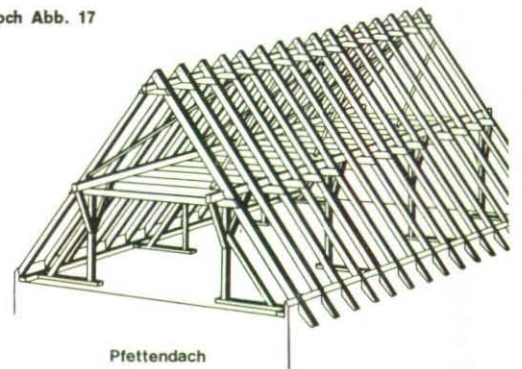


Sparrendach



Kehlbalkendach mit Pfetten  
 Holzdach-Konstruktionen

noch Abb. 17

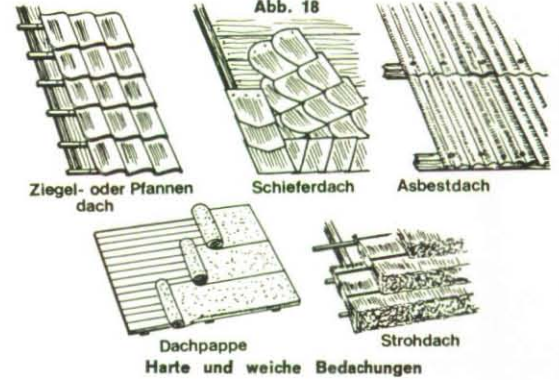


Pfettendach

Holzdach-Konstruktionen

[25] Die **Dachhaut (Bedachung)** kann aus hartem oder weichem Material hergestellt sein. Zur **harten Bedachung** zählen Dächer aus Dachziegeln, Dachpfannen, Schiefer, Dachschindeln, Asbestzement, Blech und Dachpappe.

Abb. 18



Ziegel- oder Pfannendach

Schieferdach

Asbestdach

Dachpappe

Strohdach

Harte und weiche Bedachungen



## Neue Richtlinien für die Ausbildung der Helfer im Warndienst



Mitarbeiterinnen in der Telefonzentrale sorgen für Verbindungen.

### Allgemeines

#### Ziel der Ausbildung

Helfer im Warndienst sind im Frieden durch Schulung und Übung planmäßig so auszubilden, daß sie die fachdienstlichen Kenntnisse und Fertigkeiten beherrschen und im Verteidigungsfall in Zusammenarbeit mit dem hauptamtlichen Personal die ihnen zugewiesenen Aufgaben wirksam erfüllen können.

#### Führungskräfte

Nebenberufliche Führungskräfte müssen in der Lage sein, das hauptamtliche Personal bei der Ausbildung und bei Übungen zu unterstützen. Im Einsatz sollen sie eine neue Lage erkennen und beurteilen, Vorschläge zur Entscheidung unterbreiten sowie erforderlichenfalls auch nach eigenem Entschluß handeln können. In der Ausbildung nebenberuflicher Führungskräfte soll durch systematische Schulung das Wissen und Können vermittelt werden, das zur Erfüllung der vielseitigen Aufgaben erforderlich ist, die den nebenberuflichen Mitarbeitern in Friedenszeiten und im Verteidigungsfall obliegen. Die nebenberuflichen Führungskräfte erhalten eine zusätzliche Ausbildung für ihre besonderen Aufgaben, und zwar für folgende Positionen:



Blick in den Hauptlageraum eines Warnamtes während einer Übung.

#### im Warnamt:

1. Gehilfe des Einsatzleiters,
2. Gehilfe des Einsatzleiters, Warngruppenführer, Leiter der ABC-Auswertung,
1. Gehilfe des Leiters der ABC-Auswertung,
2. Gehilfe des Leiters der ABC-Auswertung, Leiter des Fernmeldebetriebes;

#### in der WD-Verbindungsstelle:

1. Gehilfe des Einsatzleiters (lt. STAN Schichtführer);

#### in der WD-Leitmeßstelle:

Leiter einer WD-Leitmeßstelle, Auswerteleiter einer WD-Leitmeßstelle.

### Ausbildungsgang

#### Grundausbildung

Helfer im Warndienst erhalten als Dienstanfänger zunächst eine durch den Grundlehrgang nach Musterausbildungsplan (MAPL) 101 bis 103 zu vermittelnde Grundausbildung. Während der Grundausbildung sollen den Helfern alle zum Verständnis der fachlichen Aufgaben notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt werden. Darüber hinaus wird eine Erste-Hilfe-Ausbildung durchgeführt und eine Selbstschutzgrundausbildung einbezogen. Nach Abschluß der Grundausbildung sollen die Helfer

bedingt einsatzfähig sein. Die Ausbildungszeit beträgt jeweils 60 Ausbildungsstunden.

#### Fachausbildung

Die nach der Grundausbildung für die Facharbeit erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten werden nach Fachdiensten getrennt in Fachlehrgängen I vermittelt. Es sind durchzuführen für die Facharbeit:

- a) in der Führungsgruppe:  
Fachlehrgang I (Fü I)  
Dauer: 45 Ausbildungsstunden;
- b) in der ABC-Auswertung:  
Fachlehrgang I (ABC I)  
Dauer: 48 Ausbildungsstunden;
- c) im Fernmeldedienst:  
Fachlehrgang I (Fm I)  
Dauer: 50 Ausbildungsstunden;
- d) in den WD-Verbindungsstellen:  
Fachlehrgang I (VSt I)  
Dauer: ca. 45 Ausbildungsstunden;
- e) in den WD-Leitmeßstellen:  
Fachlehrgang I (LMSt I)  
Dauer: ca. 45 Ausbildungsstunden.

#### Ausbildung nebenberuflicher Führungskräfte

Helfer, die sich durch Leistung, Haltung und Charakter besonders hervorheben und zur Verwendung als nebenberufliche Führungskraft geeignet sind, können nach erfolgreichem Abschluß der entsprechenden Fachausbildung und Bewährung in Fachlehrgängen II zu nebenberuflichen Führungskräften weiter ausgebildet werden. Es sind durchzuführen für die Arbeit

- a) in der Führungsgruppe:  
Fachlehrgang II (Fü II)  
für die  
1. Gehilfen des Einsatzleiters,  
2. Gehilfen des Einsatzleiters, Warngruppenführer,  
Dauer: 45 Ausbildungsstunden;
- b) in der ABC-Auswertung:  
Fachlehrgang II (ABC II)  
für die  
Leiter der ABC-Auswertung,  
1. Gehilfen des Leiters der ABC-Auswertung,  
2. Gehilfen des Leiters der ABC-Auswertung,  
Dauer: 45 Ausbildungsstunden;
- c) im Fernmeldedienst:  
Fachlehrgang II (Fm II)  
für die Leiter des Fernmeldebetriebes,  
Dauer: 50 Ausbildungsstunden;



- d) in den WD-Verbindungsstellen:  
Fachlehrgang II (VSt II)  
für die Gehilfen des Einsatzleiters,  
Dauer: ca. 45 Ausbildungsstunden;
- e) in den WD-Leitmeßstellen:  
Fachlehrgang II (LMSt II)  
für die  
Leiter einer WD-Leitmeßstelle,  
Auswerteleiter einer WD-Leitmeß-  
stelle,  
Dauer: ca. 45 Ausbildungsstunden.

### Sonderausbildung

Sonderlehrgänge sind für den Fernschreibdienst und den Helffaxbetrieb vorgesehen, und zwar für den

- a) Fernschreibdienst  
zur Heranbildung von einsatzfähigen Betriebsfernsehern:  
Sonderlehrgang Fernschreibdienst,  
Dauer: 32 Ausbildungsstunden;
- b) Helffaxbetrieb  
zur Ausbildung von Personal der ABC-Auswertung für die Bedienung der Helffaxgeräte:  
Sonderlehrgang Helffaxbetrieb,  
Dauer: 10 Ausbildungsstunden.

### Gliederung der Ausbildung

Zur Erreichung der Ausbildungs- und Lernziele bedarf es einer gründlichen Ausbildung sowohl des einzelnen Helfers als auch jeder Fachgruppe und Einrichtung des Warndienstes mit dem Ziel ihres sicheren und raschen Zusammenwirkens (Gemeinschaftsausbildung). Übungen dienen der Förderung und Überprüfung des Ausbildungsstandes. Sie sollen Helfer und Führungskräfte der Fachgruppen und Einrichtungen des Warndienstes vor Aufgaben stellen, die beim Einsatz im Verteidigungsfall erwartet werden. Übungen werden als Kurzübungen der Warnämter, WD-Verbindungsstellen und WD-Leitmeßstellen sowie als längere Übungen auf nationaler und internationaler Ebene durchgeführt.

### Besondere Bestimmungen

#### Durchführung der Ausbildung

Für die Durchführung der Ausbildung sind pro Kalenderjahr 120 Stunden vorzusehen. Der Leiter des Warnamtes ist für die ordnungsgemäße Ausbildung aller im Warngebiet eingesetzten Helfer verantwortlich. Er wird hierbei von den Einsatzleitern, Sachbearbeitern usw. des Warnamtes, den Leitern der WD-Verbindungsstellen und den Leitern der WD-Leitmeßstellen unterstützt.

Die Ausbildung findet in der Regel bei der betreffenden Dienststelle (Warnamt usw.) statt. Die Helfer und nebenberuflichen Führungskräfte der WD-Verbindungsstellen und WD-Leitmeßstellen können auch zu Ausbildungsveranstaltungen und Übungen im Warnamt herangezogen werden. Auch nach Abschluß der Grund-, Fach-, Sonder- und Gemeinschaftsausbildung ist die Ausbildung der Helfer laufend fortzuführen (weiterführende Ausbildung). Die Ausbildung dient nunmehr der Festigung und Vertiefung der bisher erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten. Die Helfer sind möglichst vielseitig für eine Verwendung in verschiedenen Fachgebieten auszubilden.

### Ausbildungsplan

Von den Warnämtern, WD-Verbindungsstellen und WD-Leitmeßstellen werden unter Zugrundelegung der Musterausbildungspläne des Ausbildungsrahmenplanes für die Auszubildenden Ausbildungspläne aufgestellt. Sie sollen Ausbildungs- und Lernziele für ein Vierteljahr ausweisen und sind dem Bundesamt von den Warnämtern vorzulegen.

### Abschlußprüfung

Nach Abschluß der Grund- und jeder einzelnen Fachausbildung ist eine Abschlußprüfung durchzuführen. Die Prüfung ist schriftlich anhand praxisbezogener Fälle oder Aufgaben

während eines Zeitraumes von bis zu 120 Minuten durchzuführen. Sie erstreckt sich auf die im Ausbildungsrahmenplan aufgeführten Kenntnisse und Fertigkeiten, die während der Ausbildung zu vermitteln gewesen sind. Die schriftliche Prüfung soll durch eine mündliche Prüfung ergänzt werden. Die mündliche Prüfung ist in Form eines Prüfungsgesprächs zu führen.

Um die Abschlußprüfung zu bestehen, müssen in mindestens 75 Prozent der Prüfungsfächer ausreichende Prüfungsleistungen erbracht werden. Andernfalls ist die Ausbildung erneut zu durchlaufen und die Prüfung zu wiederholen.

Das Prüfungsergebnis ist jeweils schriftlich in einem Prüfungsprotokoll festzulegen und zu den Personalakten des Helfers zu nehmen. Es ist dem Helfer mitzuteilen.

### Übergangsbestimmungen

Helfer, die bei Inkrafttreten dieser Anweisung bereits als nebenberufliche Führungskräfte eingesetzt worden sind, brauchen die vorgesehenen Lehrgänge nicht nachzuholen. Die vorhandenen Kenntnisse sind jedoch im Rahmen der weiterführenden Ausbildung unter Zugrundelegung der entsprechenden Musterausbildungspläne zu vertiefen und zu erweitern.

-ah-

### Abschied vom Warnamt III

Werkmeister Reckel schied aus dem Dienst im Warnamt III aus.



Am 29. Juli wurde in einer kleinen Feierstunde Arthur Reckel, Werkmeister und einer der ersten Mitarbeiter im Warnamt III, nach 15jähriger Zugehörigkeit und einem arbeitsreichen Leben in den wohlverdienten Ruhestand entlassen. Nach Würdigung seiner Verdienste — vor allem beim Aufbau des Amtes — händigte der Leiter des Warnamtes,

Verwaltungsoberrat Heinz Ebeling, Werkmeister Reckel im Namen des Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz die Dankesurkunde der Bundesrepublik Deutschland aus. Anschließend überreichte der Vorsitzende der örtlichen Personalvertretung, Isenberg, das Abschiedsgeschenk: ein Wappen der Stadt Rodenberg und ein von allen Mitarbeitern unterschriebenes Bild des Amtes, beides von Einsatzleiter Gebhardt gezeichnet.

Dank und Grüße der Fachabteilung des Bundesamtes für Zivilschutz überbrachte Dipl.-Ing. Scharpegge. Die Werkmeister aller neun übrigen Warnämter schlossen sich mit einem Abschiedsgeschenk an und übermittelten Grußworte durch Abel vom Warnamt II. In gemütlicher Runde verabschiedete sich dann Reckel von seinen ehemaligen Mitarbeitern.

-he-



## 1974: Stärkeres Engagement in allen Bereichen

Gekennzeichnet durch ein überdurchschnittliches Wachstum in allen Aufgabengebieten ist der Jahresbericht des Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e. V. für 1974. Die Mitgliederzahl erhöhte sich auf rund 30 000, davon sind 11 000 ehrenamtlich aktiv und 950 hauptamtlich tätig. 370 Zivildienstleistende sind in allen Diensten eingesetzt.

Als Schwerpunkt der ASB-Hilfstätigkeit war auch für 1974 eindeutig das Rettungswesen zu sehen. Bestehende Rettungsstellen wurden verbessert, andere neu geschaffen. 53 Rettungswagen sind in 38 Städten im Einsatz; zusammen mit 256 Krankentransportwagen wurden 270 000 Transporte gefahren, davon 36 000 Notfälle durchgeführt und versorgt. Im Luftrettungsdienst besetzt der ASB einen Hubschrauber des Katastrophenschutzes mit Arzt und Rettungssanitätern, die 1974 640 Einsätze verzeichnen konnten. Im ASB-Wasserrettungsdienst waren 8 Motorrettungsboote an 89 Tagen im Einsatz.

Durch die Neuordnung des Rettungswesens bedingt, entstanden in den meisten Bundesländern Rettungsdienstgesetze, die zum Teil deutliche Verbesserungen im Hinblick auf die Koordination der Rettungseinsätze brachten, andererseits durch nicht zu übersehende Verstaatlichungstendenzen in einigen Bundesländern das Rettungswesen verbürokratisieren und damit zu weiteren unnötigen Kostensteigerungen in den schon arg genug strapazierten Kassen der öffentlichen Hand beiträgt. Der ASB warnt vor einer Entwicklung, die das freiwillige Engagement ausschließt, und hat dementsprechend bei einem Hearing des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit seine Stellungnahme verfaßt.

Zur Durchführung der ASB-Ausbildungsarbeit waren 1974 654 Ausbilder eingesetzt, die insgesamt 163 000 Teilnehmer an ASB-Ausbildungsveranstaltungen ausbildeten.

Im Sanitätsdienst bei Veranstaltungen aller Art, bei der die erforderliche Hilfe bei Unfällen im täglichen Leben und bei Veranstaltungen geleistet wird, waren ASB-Helferinnen und -Helfer bei 25 000 Sanitätsdiensten eingesetzt, wobei in 517 000 Dienststunden

160 000mal Erste Hilfe geleistet werden konnte.

Das Angebot des ASB im Krankenpflegedienst, im Krankenhausdienst und in den vielfältigen Aufgabebereichen des Sozialdienstes wird in steigendem Maße wahrgenommen, da täglich Notstände auftreten. Dies zeigt die Steigerung der Einsatzstunden um 97 % der ASB-Helferinnen und -Helfer. In 14 Städten wird die Aktion „Essen auf Rädern“ durchgeführt und alte und kranke Menschen mit Mahlzeiten versorgt. 188 Spezialbusse brachten 244 000 behinderte Kinder in Schulen, Werkstätten und Kindergärten. Weitere 1 714 Betreuungsveranstaltungen in ASB-eigenen Altagestagesstätten gaben alten Menschen und Körperbehinderten das Gefühl, nicht mehr alleine zu sein.

Neue Initiativen setzte der ASB durch die Organisation von Telefonbetriebsdiensten, den Schwimmunterricht für alte Menschen und die Einrichtung von Sozialstationen. Der ASB-Bundesausschuß, der sich eingehend mit der Intensivierung der offenen sozialen Dienste befaßt, hat dazu Resolutionen verfaßt.

Neben der Mitarbeit in allen Bereichen des vielfältigen sozialen Aufgabengebietes ist der ASB auch 1974 in der Einrichtung und Unterhaltung von zusätzlichen Alten- und Pflegeheimen, Altenkur- und Erholungsheimen und Krankenanstalten einen Schritt weitergekommen. Die Häuser des ASB wurden ergänzt durch einen neuen Schwerpunkt der Arbeit für ältere Menschen, ein Altenheim mit Pflegeanstalt in Berlin-Wannsee. In diesem Jahr hat der ASB in Bremen ein Altenpflegeheim übernommen.

Im Katastrophenschutz hat der Arbeiter-Samariter-Bund 203 KS-Einheiten aufgestellt, die mit 175 Fahrzeugen bei außerordentlichen Notständen zur Verfügung stehen. Weitere Informationen über die Entwicklung des ASB im Jahre 1974 können aus dem ASB-Jahresbericht 1974 entnommen werden.

## Endlich Garagen für teure Rettungswagen

Wenn etliche Male in Ludwigshafen am Tag die Sirenen und Martinshörner der Krankenwagen aufheulen, ist meist etwas Schlimmes geschehen. Doch die Bürger der Chemiestadt

wissen auch, daß eine ganze Reihe von Rettungsdiensten in solchen Notfällen für sie da ist. Zu den großen unter ihnen zählt der Arbeiter-Samariter-Bund. Er ist in neue, bessere Räume umgezogen und stellte einige Wochen vor der offiziellen Übernahme der Öffentlichkeit die neue Einsatzleitstelle vor. Wichtig zu merken: Der Rettungsdienst bekam durch den Umzug auch eine neue Telefonnummer! Der ASB ist nun unter 51 80 11 zu erreichen.

Die Anlagen des ASB in Ludwigshafen am Heuweg waren seit Jahren zu klein geworden. Sie entsprachen auch nicht mehr den Vorstellungen von einer modernen Rettungswache. So waren die Verantwortlichen ganz froh, daß in Gesprächen mit Oberbürgermeister und Stadtkämmerer die Idee geboren wurde, die nun realisiert werden konnte: Der Umzug in das ehemalige Sozial-Gebäude des Städtischen Schlachthofs.

Heinrich Müller, der 1. Vorsitzende des ASB, zeigt sich froh über die Entwicklung der Dinge. „Wir sind zufrieden mit unserem neuen Heim und der Stadtverwaltung sehr dankbar.“

In den Räumen fühlen sich Verwaltung und Sanitäter wohl. Küche und Verwaltungszimmer sind ebenso vorhanden wie große Schulungsräume und Jugendzimmer. Die Ambulanz und ein Verbandraum werden gerade eingerichtet.

Durch das großzügige Platzangebot ist man beim ASB auch auf neue Gedanken gekommen: Ein Sozialdienst für alte und behinderte Menschen kann aufgenommen werden. Noch ist es nicht so weit, aber Heinrich Müller ist zuversichtlich. In den Schulungsräumen werden schon wieder junge Rettungssanitäter ausgebildet, auch die Feuerwehr ist zu Lehrgängen zu Gast. Auf dem Gelände des ehemaligen Schlachthofes fanden sich auch endlich Garagen für die teuren Einsatzwagen. Kurzum, beim ASB ist man in neuen Räumlichkeiten sehr zufrieden. Die Hoffnung, dort für längere Zeit bleiben zu können, ist außerdem groß.

## ASB Köln legte Jahresbericht vor

Sein 70jähriges Bestehen konnte im vergangenen Jahr der Arbeiter-Samariter-Bund Köln feiern. Wie aus dem jetzt vorgelegten Geschäfts-



bericht für 1974 hervorgeht, konnte auch im Jubiläumsjahr die Zahl der Mitglieder erheblich ansteigen. Mit 1018 Mitgliedern hat der Bund in Köln zum erstenmal die 1000er-Grenze überschritten.

Mittelpunkt der ASB-Arbeit wird immer mehr der Rettungsdienst, der durch seine moderne Ausrüstung und die gründliche Schulung des Einsatzpersonals nach den neuesten Erkenntnissen zum wichtigsten Instrument im Kampf gegen den Tod geworden ist. Die Rettungswagen — seit dem letzten Frühjahr verfügt der ASB über zwei — sind Tag und Nacht im Einsatz. Allein im letzten Jahr fuhren sie bei 9 313 Rettungs- und Krankentransporten 220 000 Kilometer. Der Sanitätsdienst bei Veranstaltungen aller Art ist der älteste und ursprünglichste Dienst des ASB. An jedem Wochenende sind bis zu 20 Helfer im Außendienst eingesetzt. In der Sporthalle, im Eis- und Schwimmstadion, im Opernhaus und im Schauspielhaus gehört das ASB-Zeichen genauso dazu, wie bei der Spielplatzbetreuung und der Stadtranderholung. Im Rahmen der Betreuungen dieser Veranstaltungen haben rund 350 Helfer in 21 976 Einsatzstunden 13 209mal Hilfe geleistet.

Aufgrund der steigenden Mitgliederzahlen waren 1974 gerade im Bereich der Kinder- und Jugendgruppe neue Räume notwendig. Nach Abschluß der Umbauarbeiten konnten die jugendpflegerischen Maßnahmen in verstärktem Maße durchgeführt werden. In diesem Sommer führte die ASB-Jugendgruppe eine dreiwöchige Ferienfahrt in die Jugendherberge Husum durch.

Immer größere Bedeutung erhält der Sozialdienst des Arbeiter-Samariter-Bundes. Wie es in dem Jahresbericht 1974 heißt, bringt es ein Strukturwandel unserer Gesellschaft mit sich, daß alte und junge Menschen in Krankheits- und Behinderungsfällen immer häufiger auf die Hilfe fremder Pflegepersonen angewiesen seien. So ist es gerade die Aufgabe des Hauskrankenpflegedienstes des ASB, dabei zu helfen, daß nicht in nächster Zeit eine völlige Überlastung unserer Krankenhäuser eintreten wird. Neu eingerichtet wurde 1973 der ASB-Behindertentransport. Im vergangenen Jahr wurden mit den sechs Schulbussen 7 690 Kinder in die Sonderschulen gefahren.

An der Erste-Hilfe-Ausbildung des ASB nahmen im Jahr 1974 1212 Kölner Bürger teil.

Im ASB-Katastrophenschutz arbeiten heute insgesamt 350 Helferinnen und Helfer.

#### **Aus fünf Mitarbeitern wurden 440**

Sein 25jähriges Bestehen feierte im Juni der Landesverband Berlin des Arbeiter-Samariter-Bundes mit einem Festakt im Alfred-Klühs-Haus an der Bülowstraße. Der Regierende Bürgermeister würdigte in seiner Rede die Arbeit des Verbandes, der nach seinem Verbot während der Nazizeit 1950 mit nur fünf Mitarbeitern aus dem Nichts wieder seine Tätigkeit aufnahm. Die alte Organisation wäre jetzt fast hundert Jahre alt. Heute unterhält der ASB Berlin zwei Hospitäler für chronisch Kranke mit zusammen 289 Betten, zwei Krankenanstalten für psychisch Kranke mit

358 Betten, zwei Altenwohnheime mit 79 Kleinwohnungen, ein Altenheim mit Pflegeabteilung für insgesamt 110 Bewohner und ein Arbeitnehmerwohnheim mit 116 Plätzen. Insgesamt stehen 440 Mitarbeiter zur Verfügung, um die mannigfaltigen Aufgaben des ASB, der dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband angehört, zu erfüllen.

Besondere Schwerpunkte der Arbeit liegen bei der Ausbildung in Erster Hilfe — bisher nahmen fast 102 000 Berliner dieses Kursangebot in Anspruch — und beim Rettungsdienst an den Berliner Gewässern, wo sieben Motorrettungsboote, vier Sprechfunknerinnen und 17 Sanitätshelfer bereitstehen. Sanitätsdienste bei öffentlichen Veranstaltungen werden von den ehrenamtlichen Helfern in sieben Ortsverbänden übernommen.



**Schiffsunglück am 19. April auf dem Rhein bei Köln. Das Foto zeigt den ASB-Rettungswagen, der während der Hebung des Schiffes „Princess Irene“ in Bereitschaft am Ufer stand.**



## Erste-Hilfe-Kursus im Iran

JUH Stuttgart schickte Fibeln

Mein Mann ist Pfarrer in der deutschsprachigen Evangelischen Gemeinde im Iran, und wir leben seit 1972 mit unseren vier Kindern in Teheran.

Wenn man sich so weit von zu Hause fortbegibt, dann ist erst einmal alles ganz anders als daheim. Während man in Deutschland von einem alles umfassenden Gesundheitsdienst gut und meist kostenlos von der Wiege bis zur Bahre betreut wird, muß man hier selbst sehen, wie man sich versorgt. Es gibt noch keine kostenlosen Impfungen gegen Kinderkrankheiten, Typhus, Cholera, Polio, Pocken oder Tbc. Ausnahme war eine kostenlose Zwangsimpfung an der

afghanischen Grenze, die wir kürzlich wegen einer Epidemie im Nachbarland über uns ergehen lassen mußten. Diese Krankheiten kommen vor allem in den östlichen Nachbarländern häufig vor und fordern jährlich viele Opfer.

Mit viel Mühe haben wir in der Deutschen Schule hier von diesem Jahr an eine allerdings nicht kostenlose Schulanfänger-Untersuchung eingeführt, weil wir eben von der Notwendigkeit einer solchen Kontrolle überzeugt waren.

Erste-Hilfe-Kurse für Führerscheinbewerber gibt es ebensowenig wie für sonstige Interessierte, schon gar

nicht in einer anderen Sprache als der Landessprache „Farsi“. Dabei legt man bei Fahrten in diesem weiten Lande oder bei einer Reise zurück nach Deutschland schnell einige tausend Kilometer zurück, und dies auf Straßen mit zunehmend starkem Verkehr und nur sehr spärlicher Versorgung mit Erste-Hilfe-Stationen.

In der Hauptreisezeit, zum Neujahrsfest im März, sind zwar überall im Lande an den großen Straßen Militärzelte aufgebaut, die meist mit Sanitätern des Militärs besetzt sind und zu unserer Verwunderung VW-Krankentransportwagen mit Johanniter- oder Malteser-Zeichen haben. Nach unseren Nachforschungen entstammten diese Wagen einer Spendenaktion aus Deutschland, die vor etwa drei Jahren nach der Erdbebenkatastrophe bei Schiras gestiftet wurden. Mit schönen Perserteppichen waren diese Zelte zwar vielfach ausgestattet, ebenso mit Samowaren für stets heißen Tee; was aber sonst noch an „Handwerkszeug“ zur Verfügung stand, darüber wage ich keine Auskunft zu geben.

Auch Verbandkästen in PKW sind hier ganz und gar unüblich, es sei denn, man ist Arzt von Beruf oder war in letzter Zeit mit dem PKW in einem Land, wo Verbandkästen vorgeschrieben sind.

Dies alles waren die Beweggründe, die uns veranlaßten, den Versuch eines Erste-Hilfe-Kurses zu unternehmen, auch ohne Ausbilderlizenz. Ich habe allerdings die Krankenpflegeausbildung mit fast zehnjähriger Praxis und habe in Deutschland vor zwei Jahren noch an einem Auffrischungskurs bei der Johanniter-Unfall-Hilfe teilgenommen. Zur Unterstützung hatte ich eine praktische Ärztin, die als Deutsche hier mit einem Iraner verheiratet ist.

Bei der Vorbereitung hatten wir einiges Unterrichtsmaterial zur Verfügung. Wir entschlossen uns in Anbetracht der andersartigen Lage hier, auf einige schöne Kopfverbände zu verzichten zugunsten von Instruktionen bei akuten Situationen oder Krankheiten, bei denen man sich hier oft über längere Zeit ohne Arzt behelfen muß, wie z. B. bei Geburten, Kreislaufkollapse — letztere sind hier bei 1400 bis 1800 Meter Höhe durchaus keine Seltenheit.



Sanitätsstation des Militärs an einer Verkehrsstraße während der Hauptreisezeit im März.



Auch häusliche Krankenpflege und die nötigsten Dinge für die Hausapotheke ebenso der Notkoffer im Auto wurden durchgesprochen. Auf Reanimationsübungen, besonders bei den hier leider gar nicht so seltenen Ertrinkungsunfällen, legten wir großen Wert. Anschauungsmaterial oder Übungspuppen hatten wir nicht, nur anatomische Tafeln der Deutschen Schule, Verbandmaterial und einen Erste-Hilfe-Koffer.

Die JUH Stuttgart hatte uns auf unsere Bitte hin für alle Teilnehmer die Erste-Hilfe-Fibeln zur Verfügung gestellt, die uns beim Unterricht sehr hilfreich, weil auch zeitsparend, waren und als Gedächtnisstütze auch weiterhin nützlich sein werden. Im übrigen ist das Improvisieren-Können hier sowieso eine unentbehrliche Eigenschaft, die wir auf diese Weise gleich mitüben konnten.

Räumliche Schwierigkeiten hatten wir nicht, da ein Nebenraum der Kirche zur Verfügung stand. Es bedurfte nur einer Anzeige in den „Mitteilungen der Deutschen Gemeinde“, um einen Kursus mit 20 Teilnehmern zusammenzubekommen.

Schwieriger war es allerdings für die Kurssteilnehmer, die weiten Entfernungen in unserer großen Stadt zu überwinden. Kaum einer kann den Weg zu Fuß zurücklegen. Entsprechend werteten wir es als positives Zeichen für das vorhandene Interesse, daß fast alle regelmäßig bis zur letzten Stunde kamen.

Als Abschluß veranstalteten wir eine kleine Prüfung, bei der plötzliche Unfallsituationen und Notfälle bewältigt werden mußten. Wir ließen die Teilnehmer — übrigens bis auf einen 12jährigen Jungen alles Frauen zwischen 25 und 45 Jahren — Zettel-

chen ziehen, auf denen ihre Aufgabe vermerkt war, z. B. „Kind vom Baum gefallen“, „Plötzliche Unterleibsbilutung bei junger Frau“ oder „Mann liegt mit offener Schädelwunde auf der Fahrbahn“ und dergleichen mehr.

Es ließ sich bei dieser Prüfung aber für uns feststellen, wie gut die Teilnehmer mitgearbeitet hatten und wie nützlich es für sie war, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen. Auch wir selbst hatten als Ausbilder bei dieser Prüfung eine gute Gegenkontrolle für diesen ersten Versuch.

Da schon die Vorbereitung auf die verschiedenen Themen und die Durchführung der Abende für uns eine gute und nützliche Bereicherung waren, beschlossen wir, weitere Kurse zu planen.

Irmingard Bernbeck

### Blinde Schüler lernen Erste Hilfe



Schüler der Blindenschule Friedberg üben die Atemspende.

Selten erlebt ein Ausbilder eine so beeindruckende Begeisterungsfähigkeit wie im Erste-Hilfe-Kurs der Blindenschule Friedberg/Hessen. Die Kinder werden von ihren Lehrern im Unterricht theoretisch vorbereitet und dann von mehreren Johannitern in die praktische Anwendung eingeführt.

Das bringt auch für die JUH-Helfer einen Umdenkprozeß mit sich, da sie

lernen müssen, Diagnose und Betreuung auf Tastsinn, Geruchssinn und Gehör zu begrenzen. Trotz dieses Handicaps haben die Schüler anderen etwas voraus: Lernwillen und Übungseifer. Sie entwickeln Fingerfertigkeiten, die sie in die Lage versetzen, manch anderem etwas vorzumachen.

Sie können mit Stolz sagen, gute Ersthelfer zu sein.

### Tagung mit dem Diakonischen Werk

Die Zusammenarbeit der Johanniter-Unfall-Hilfe in all ihren Gliederungen mit den Diakonischen Werken der Gliedkirchen der Evangelischen Kirchen Deutschlands (EKD) hat sich in den letzten Jahren in erfreulicher Weise entwickelt. Trotzdem bleibt noch viel zu tun. Dem Zwecke der weiteren Intensivierung dieser Zusammenarbeit diente eine Tagung, die am 5. und 6. Mai in Kassel stattfand. Kassel wurde als Tagungsort nicht nur wegen seiner zentralen Lage gewählt, sondern auch weil die „Bruderhilfe“, die „Vereinigung kraftfahrender Pfarrer und kirchlicher Mitarbeiter“ ihr modernes Bürohaus für die Tagung zur Verfügung gestellt hatte.

An der Tagung, die für die JUH von Bundespfarrer v. Mutius, für das Diakonische Werk von Direktor Steinmeyer, Abt.-Leiter in der Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes, geleitet wurde, nahmen Vertreter aller Landesverbände sowie vieler Diakonischer Werke der Gliedkirchen der EKD teil.

Im Anschluß an Referate, die die Teilnehmer zunächst über Aufgaben, Arbeitsgebiete und Leistungen informieren sollten, wurden Arbeitsgruppen gebildet, die über die Möglichkeiten weiterer intensiver Zusammenarbeit diskutierten. Wenn auch die Zeit zu kurz war, um zu abschließenden Ergebnissen zu kommen, so war es doch ein nützlicher Anfang auf einem Wege, der konsequent weiterbeschritten werden soll.



Dr. med. P. J. Birkenbach

## Die SOS-Notfallkapsel

Eine Identifizierungshilfe bei Notfallpatienten



Der Rettungswagen gibt die äußeren Voraussetzungen für die sachgerechte erste Versorgung des Notfallpatienten durch den Notarzt.

Bei dem Zugunglück in Taben am 22. 5. 75 mußten alle fünf Schwerstverletzten, die starben, in mühevoller polizeilicher Arbeit identifiziert werden, weil keiner von ihnen Ausweise in den am Körper getragenen Kleidungsstücken führte. Bei weit über 10 000 eigenen Notfallversorgungen habe ich diese Situation immer wieder erlebt. Die Papiere sind in der Handtasche, dem abgelegten Jacket oder sonstwo, aber nicht greifbar. Und Taschen und abgelegte Kleidungsstücke werden bei Unfällen oft so in der Gegend verstreut, daß ein rasches Finden nicht möglich ist. Ganz besonders macht die Identifizierung bei Kindern Schwierigkeiten, weil diese kaum jemals Ausweise bei sich haben. Den Notarzt interessiert aber im Moment der Notversorgung weniger, mit wem er es zu tun hat, obwohl dies auch wichtig ist, um evtl. Angehörige verständigen zu können, sondern vielmehr, ob es sich um einen Risikopatienten handelt; also z. B. einen Diabetiker, Hochdruckkranken usw. und ob eine besondere und beachtenswerte Therapie läuft, wie Antikoagulantien u. a. Es war daher sicher eine richtige Überlegung, einen Notfall-Ausweis zu schaffen, in welchen die wichtigen medizinischen Daten eingetragen werden können.



Kenntnis des Notarztes über die wichtigsten medizinischen Daten (Blutgruppe, Rhesusfaktor, Allergien, erhaltene Schutzimpfungen etc.) des Notfallpatienten können über Leben und Tod entscheiden.



Leider hat ein Ausweis aber nur dann einen Wert, wenn er mit Sicherheit im Notfall sofort zur Verfügung steht. Und das ist erfahrungsgemäß leider in zahlreichen Notsituationen nicht der Fall.

Das altbewährte militärische Mittel der Identifikation, die Erkennungsmarke, würde sich auch für den zivilen Bereich anbieten, wenn sie nicht so groß wäre und es nicht so umständlich sein würde, die erforderlichen Daten einzugravieren. Hier schließt die SOS-Notfallkapsel eine Lücke, denn sie wird als Anhänger am Hals, am Arm oder an der Uhr „am Mann“ getragen und kann kaum verlorengehen. Die Größe der Kapsel (etwa 10-Pfennigstückgröße) läßt das Tragen auch ohne Probleme bei Kindern zu. Die Halskette ist als Sicherheitskette mit einem Dehnungsfaktor ausgestattet, so daß weder ein Strangulieren noch ein leichtes Abreißen zu befürchten ist.

In der Kapsel befindet sich ein Papierstreifen von 31 cm Länge, der auf beiden Seiten beschriftet werden kann. Er enthält genügend Platz, um alle wichtigen Daten eintragen zu können. Da die Beschriftung mit Schreibmaschine erfolgen soll, ist eine gute Lesbarkeit gewährleistet. Von einer unlesbaren Minischrift, wie behauptet wird, kann also keine Rede sein. Die Kapsel selbst ist wasserdicht, seewasserfest, säure- und laugenstabil, bis 2 Tonnen belastbar und bis 700 Grad C feuerfest; dabei wird der eingelegte Papierstreifen zwar etwas braun, ist aber noch gut lesbar. Die aus der Schweiz kommende SOS-Notfallkapsel ist außerhalb der Bundesrepublik bereits weit verbreitet. Bei uns gibt es eine zunehmende Zahl von Risikopatienten, die diese Kapsel als Halsanhänger oder am Uhrarmband tragen. Leider ist bei den Hilfskräften (Notärzten, Chirurgen, Sanitätspersonal usw.) die Existenz dieses Identifizierungsmittels noch wenig bekannt. Dies ist eigentlich der einzige Fehler der SOS-Kapsel! Die Kapsel wird nach links herum aufgeschraubt, hat also normales Gewinde.

Die SOS-Notfallkapsel kann und soll nicht die normalen Ausweise, wie Personalausweis, Impfpap, Notfallausweis ablösen oder ersetzen. Sie stellt aber nach den bisherigen Erfahrungen ganz ohne Zweifel ein gutes Mittel dar, das im Notfall beim Fehlen der übrigen Papiere (was leider häufig der Fall ist) wichtige Daten sofort liefern kann.

Der u. a. durch seine umfangreichen

Auslandseinsätze in Katastrophenfragen sehr erfahrene Malteser-Hilfsdienst hat deshalb die Kapsel in sein Lieferprogramm aufgenommen. Sie kann z. B. über das Generalsekretariat in 5038 Rodenkirchen bezogen werden.



Notarzt und Rettungssanitäter versorgen einen Schwerverletzten, Opfer eines Verkehrsunfalls, am Unfallort.

### Schonwieder ein Notfall-Amulett

Aus: Deutsches Ärzteblatt, Heft 34/75

Von einer Frankfurter „Bürgerinitiative“ wird — man höre und staune — für eine SOS-Kapsel im Groschenformat erworben. Nach Auffassung der Initiatoren soll diese Kapsel wie ein Schmuckstück um den Hals oder auf dem Uhrarmband getragen werden. Sie soll hinkünftig möglichst viele Bürger begleiten und Menschenleben retten. Die Kapsel besteht aus zwei miteinander verschraubten Teilen, die einen gefalteten sechssprachigen Schriftstreifen mit persönlichen Daten, den wichtigsten medizinischen Daten, der Anschrift des Hausarztes, der Angabe der Blutgruppenzugehörigkeit, über Allergien, Impfungen und lebenswichtige Medikamente des Trägers enthalten sollen. Alles, wie gesagt, im Groschenformat auf einem gefalteten Zettelchen, winzig, aber wasserdicht.

Es ist zu fragen, wie der Notfallhelfer in der Dämmerung, in der Nacht oder auch sogar bei optimalen Lichtverhältnissen in der Lage sein soll, ohne Lupe all diese Daten zu lesen? Selbstverständlich hat die SOS-Kapsel den Vorteil gegenüber dem offiziellen Notfallausweis, daß sie feuerfest, wasserdicht und körpernah angebracht ist. Aber, so ist weiter zu fragen, erfüllt sie auch wirklich ihren medizinischen Zweck?

Wir wissen alle, daß die Steuermarke unserer Begleiter aus der Tierwelt bereits durch die Steuernummer so weit ausgefüllt ist, daß die Adresse des Herrchens kaum Platz findet. Wie sollen medizinische Informationen, die weit

Dabei liefert der MHD die Kapseln zum Selbstkostenpreis. Von einem „Geschäft“ kann also keine Rede sein. Es sei denn, für den Notfallpatienten lohnt sich im Falle eines Falles das „Geschäft“.

differenzierter sind als persönliche Daten, auf einem Zettelchen, auch wenn's noch so geschickt gefaltet ist, in Minischrift so ausgebreitet werden, daß der Notfallarzt wirklich hinreichend informiert wird?

Selbstverständlich ist zuzugeben, daß der offizielle Notfallausweis schwerer zu verstauen ist. Jedoch erscheint es wahrscheinlicher, daß der Unfallhelfer bei einem bewußtlosen Notfallopfer sich logischerweise erst, falls er überhaupt ein Notfallpapier vermutet, an die Brieftasche des Notfallopfers hält. Dort kann er dann den Notfallausweis vorfinden, der dem behandelnden Arzt die ausreichenden medizinischen Informationen zu geben in der Lage ist. Es ist durchaus nicht so, daß, wie die Befürworter meinen, die SOS-Kapsel die vertrauensverweckendste (man beachte den Superlativ) Möglichkeit ist, Notfallinformationen zu verbreiten.

Warum hat sich diese sogenannte SOS-Initiative nicht für eine Verbreitung des offiziellen Ausweises des Bundesgesundheitsministeriums eingesetzt? Das würde dem Wesen einer Bürgerinitiative im übrigen eher entsprechen, nämlich dann einzuspringen und aktiv zu werden, wenn der Staat Unterstützung bedarf, der einzelne Bürger sich auf ihn nicht mehr alleine verlassen kann. Ziel einer neutralen „Bürgerinitiative“ müßte es ferner sein, alle ihre „Erfolge“ auch allen zugänglich zu machen. Ein Teil des Erfolges dieser sogenannten „SOS-Initiative“ wird zweifelsohne a conto der Herstellerfirma gehen, oder soll die Kapsel etwa umsonst abgegeben werden? Doch wohl nicht!

Allzusehr riecht das Ganze nach den Bemühungen eines allzu cleveren Geschäftsmannes.

AWA





### Kein lückenloser Impfschutz mehr

In der Bundesrepublik ist die Situation des vorbeugenden Impfschutzes „alarmierend schlecht und verwirrt“. Dies betonte in einem vom Deutschen Grünen Kreuz in Frankfurt veranstalteten Gespräch Dr. Freytag-Loringhoven, Marburg. Einerseits nehme die Bereitwilligkeit der Bevölkerung zu vorbeugenden Impfungen ab, leider auch der Nachdruck, mit dem die Ärzte dieses Problem behandeln — andererseits wachsen die organisatorischen Schwierigkeiten. Dr. Freytag-Loringhoven stützt sich bei seinen Angaben auf Umfragen, die bei Krankenkassen, Gesundheitsämtern und Werksärzten durchgeführt wurden.

Sehr bescheiden mutet in der Bundesrepublik der Betrag von 30 Millionen DM an, der für die gesundheitliche Aufklärung ausgegeben wird; für die Einführung einer neuen Zigarettenmarke werde mindestens der vierfache Betrag aufgewendet.

Vor Grippe-Experten betonte Dr. Freytag-Loringhoven, daß es gerade im Weltgesundheitsjahr 1975 zu beklagen sei, daß der öffentliche Gesundheitsdienst — und damit auch das Impfwesen — in der Bundesrepublik ein Schattendasein führen müßten.

### Zeppeline als fliegende Tanker

Wie die sowjetische Zeitschrift „Moskowskaja Prawda“ meldet, will die Sowjetunion in Zukunft Erdöl über weite Entfernungen hinweg mittels riesiger Luftschiffe transportieren. Der erste dieser fliegenden Tanker soll bereits im nächsten Jahr im weiten, ölfreien Norden der UdSSR erprobt werden. Eine Studie des Moskauer Instituts für Luftfahrt — so die

„Moskowskaja Prawda“ — habe ergeben, daß der Einsatz einer solchen Luftschiff-Tankerflotte nur ein Achtel der Kosten verursache, die für einen Pipeline-Bau zu den Ölfeldern im Norden aufzubringen seien. Außerdem würden allein 18 Millionen Tonnen Metall eingespart, die sonst für die Röhren benötigt würden. Die Verwendung von „Lastesel-Luftschiffen“ im Transportbereich sei praktisch unbegrenzt; diese Luftschiffe könnten auch auf dem Wasser und auf Bergen landen.

### Mini-Hubschrauber bei Hochhausbränden

In Tokio experimentiert man mit einem Spezialhubschrauber, der bei Hochhausbränden Rettungsleinen transportieren soll. Der etwa fünf Pfund schwere Modellhubschrauber — er ist auch in der Bundesrepublik Deutschland in Bastelgeschäften erhältlich — wird dazu benutzt, mittels einer dünnen Leine, die an den Kufen befestigt wird, Rettungsseile, Rettungsschläuche oder auch Hängeleitern zum Einsatz zu bringen. Die dünne Leine macht es möglich, ein stärkeres Seil von Hand nachzuziehen. Mit Hilfe dieses stärkeren Seiles kann dann das Rettungsgerät nachgeholt werden. Das Modell des Hubschraubers hat die gleichen Flugverhaltensweisen wie ein richtiger Hubschrauber; seine Lenkung mittels Fernsteuerung ist daher nicht ganz einfach.

Mit einer Gipfelhöhe von 75 Metern wäre der Modell-Hubschrauber allerdings den nur etwa 30 Meter hohen Drehleitern der japanischen Feuerwehr weit überlegen. Mit einiger Übung, glaubt der Leiter eines Entwicklungslabors der Tokioter Feuerwehr, Kato, könne man den Hubschrauber richtig an seinen Bestimmungsort im 20. oder 30. Stockwerk eines Wolkenkratzers dirigieren. Mit einer Tankfüllung fliegt er 15 Minuten lang — er kostet nur einige hundert Mark.

### Strenge Verordnung zum Gewässerschutz

In der UdSSR hat das Wasserwirtschaftsamt eine Verordnung über „Schutzmaßnahmen

für die Gewässer und die natürlichen Hilfsquellen des Baikals“ erlassen. Diese Verordnung ist gezielt darauf abgestellt, die natürlichen Reichtümer des Baikalsees zu erhalten.

Die in der Vergangenheit bereits getroffenen Schutzmaßnahmen in diesem Gebiet sind in der neuen Verordnung mit erfaßt. Zur Erhaltung der an den Baikalsee grenzenden Wälder dürfen jetzt beispielsweise an Hängen mit über 15 Grad Gefälle keine Bäume mehr abgeholzt werden. In der Nähe von Fischzuchtanlagen und in Flußmündungsgebieten dürfen ebenfalls keine Bäume gefällt, keine Unkrautvertilgungsmittel benutzt und keine Düngemittel gelagert werden.

### Bessere Rohstoff-Bewirtschaftung

Zwei schwedische Wissenschaftler — sie gehören dem der schwedischen Regierung unterstehenden „Sekretariat für Zukunftsforschung“ an — wollen der 7.

UN-Sondersitzung über die Entwicklungshilfe für die Dritte Welt einen Plan präsentieren, der es möglich machen soll, Rohstoffquellen und Rohstoffe besser auszunutzen. Sie sind der Auffassung, daß Waren mit längerer Lebensdauer den Rohstoffverbrauch drastisch herabsetzen könnten. Für Gebrauchsgüter sollen beispielsweise Normen eingeführt werden, nach denen diese Artikel nicht nur von Spezialisten unterhalten und repariert werden können. Sie verweisen darauf, daß die jährliche technische Überwachung der Kraftfahrzeuge in Schweden dazu geführt habe, daß die Lebensdauer der Pkw's um zwei Jahre zugenommen habe. Die schwedischen Zukunftsforscher — Lars Ingelstam und Goeran Baeckstrand — schlagen vor, zur besseren Haushaltung mit Rohstoff- und Lebensmittelreserven durch administrative Maßnahmen — etwa durch Rationierung in Verbindung mit Preiskontrollen — Maximalgrenzen für den Konsum bestimmter Güter zu setzen. So könnte beispielsweise bei Fleisch sogar ein höherer Fleischverbrauch für viele Einkommensgruppen erreicht werden. Den Erdölverbrauch möchten die Forscher auf den Stand von 1970 — mit 3,5 Tonnen pro Einwohner — „einfrieren“.





## Presseschau DES INLANDS

### Alle Hilfsorganisationen beteiligt

Stadt und Landkreis München haben den Rettungszweckverband München gegründet, dessen Ziel es ist, als gemeinsame Leitstelle die verschiedenen Notarzt- und Rettungssysteme zu koordinieren. Es soll auf diese Weise ein höchstmöglicher Wirkungsgrad erreicht werden. Das Bayerische Rettungsdienstgesetz fordert die Einführung solcher gemeinsamen Leitstellen.

Mit der Gründung des Rettungszweckverbandes München, so betonte Dr. Klaus Hahnzog, hätten Stadt und Landkreis München als erste in Oberbayern den gesetzlichen Auftrag des Bayerischen Rettungsdienstes erfüllt.

Hahnzog erläuterte die einzelnen, „mehr oder weniger nebeneinander bestehenden — auch manchmal sich überschneidenden — Einrichtungen“ auf dem Gebiet des Unfall- und Krankentransportes mit Wagen oder Hubschrauber, des ärztlichen Notdienstes und des Wasserrettungsdienstes.

Es müsse zunächst eine eingehende Bedarfsuntersuchung über die erforderliche Zahl der Rettungswachen und Fahrzeuge aufgestellt werden. Anzustreben sei nach sachlichen Gesichtspunkten eine Anbindung des ärztlichen Notdienstes an den Rettungsdienst. Ungelöst sei immer noch die Frage nach der Kostenübernahme im Falle eines Defizits. Der Hubschrauberrettungsdienst wird in Zukunft nicht mehr vom ADAC, sondern vom Zweckverband durchgeführt werden. (Süddeutsche Zeitung, München)

### Katastrophen-Hilfsdienst in Berlin

Zu Beginn des nächsten Jahres nimmt in Berlin-West der neu aufgebaute Katastrophen-Hilfsdienst seine Arbeit auf. Etwa 2200 aktive Feuerwehrmänner werden die Kern-

truppe dieser Organisation stellen; 1400 weitere Mitglieder kommen aus anderen Hilfsorganisationen.

In den vergangenen Monaten hat — wie das Amt des Innensenators von Berlin mitteilt — die Bundesregierung bereits 28 Krankentransportwagen mit jeweils vier Tragen zur Verfügung gestellt. Es ist damit zu rechnen, daß nach und nach noch weitere 30 bis 40 Fahrzeuge bereitgestellt werden. Jeder Wagen kostet mehr als 50 000,— DM.

Der Aufbau des Katastrophen-Hilfsdienstes wird bei der Berliner Feuerwehr organisatorische Änderungen mit sich bringen. Außerdem sollen zusätzliche Reservezüge aufgestellt werden. Schließlich sollen für Berlin-West auch besondere Einheiten für den ABC-Dienst aufgestellt werden.

Es steht bisher noch nicht fest, ob in Westberlin eine besondere Landes-Katastrophenschutzschule eingerichtet werden soll oder ob die Helfer in der Bundesrepublik Deutschland ausgebildet werden.

Gesetzliche Grundlage des Katastrophen-Hilfsdienstes ist eine Verordnung, nach der die Feuerwehr und das Technische Hilfswerk zur Mitarbeit verpflichtet sind; die anderen Organisationen arbeiten auf freiwilliger Basis mit.

(Berliner Morgenpost)

### Aufrüstung — wie nie zuvor

In aller Welt wird aufgerüstet wie nie zuvor. Dabei ist die Frage zu stellen, ob sich die ausgegebenen Milliarden für Raketen, Panzer und Gewehre überhaupt noch lohnen. In künftigen Kriegen sollen nach dem Willen der modernen Rüstungsforscher automatische Torpedos, pilotlose Jets und landkartenlesende Bomben eingesetzt werden; die heute noch gebräuchlichen Waffen sollen überflüssig werden.

In der französischen Kleinstadt Satory hatte die französische Regierung zum „Rüstungs-Salon“ geladen. Für mehr als 17 Milliarden Mark haben Industrienationen, Entwicklungsländer und Ölstaaten in Frankreich Gewehre, Hubschrauber, Raketen, Kriegsschiffe und Jets bestellt. Nach den USA und der Sowjetunion ist Frankreich der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Für 500 Milliarden Mark — so das Stockholmer Friedensinstitut (Sipri),

wurden im letzten Jahr weltweit Rüstungsgüter angeschafft. Ein Ende dieser Rüstungsspirale, die sich seit 25 Jahren immer schneller zu immer höheren Werten emporschraubt, ist nicht abzusehen. Jeder zweite Wissenschaftler und Ingenieur arbeitet daran, bestehende Waffen zu verbessern und neue zu entwickeln. Vor sieben Jahren prophezeite General C. Westmoreland, damals Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Vietnam: „Spätestens Ende der siebziger Jahre wird die Kriegführung automatisiert sein“. (Stern, Hamburg)

### Die eigene Bereitschaft prüfen

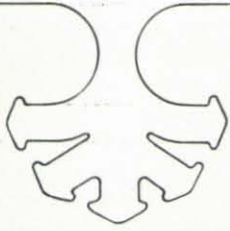
Die Feuerwalze, die jetzt in Niedersachsen zum Stillstand gebracht wurde, hat die Öffentlichkeit weit über die Grenzen dieses Bundeslandes hinaus erregt. Die vielfältigen Vorwürfe, die — berechtigt oder unberechtigt — erhoben wurden und werden, erhitzten die Gemüter. — Und doch, wer hier ins Moralisieren gerät und den guten alten Zeiten nachtrauert, in denen solche Dinge „besser“, weil straffer „gelenkt“ wurden, sollte auch zunächst einmal seine eigene Bereitschaft prüfen, sich vorbehaltlos für andere einzusetzen.

Man hat die Bundesrepublik Deutschland einen für jede Krise anfälligen Schönwetter-Staat genannt, dessen Bürgern die eigene Ruhe und Bequemlichkeit über alles gingen.

Glücklicherweise gibt es immer wieder Beweise für das Gegenteil. Hilfsbereitschaft wartet oft nur auf ein Signal. Tausende von namenlosen Helfern rücken dem Feuer, oft unter Lebensgefahr, zu Leibe. Diese Menschen haben einen Anspruch darauf, nicht durch untüchtige Krisenstäbe und unzeitgemäße Geräte in Gefahr gebracht zu werden... Wie bescheiden inmitten der weit verbreiteten Weigerung, anderen zu Diensten zu sein, die Erwartungen geworden sind, beweist der Ausnahmefall. Die Frage, ob sich in dieser oder jener Form wiederholen kann, was sich seit Tagen in Niedersachsen abspielt, darf nicht mit Selbstgefälligkeit und einem falschen Sicherheitsgefühl beantwortet werden.

(General-Anzeiger, Bonn)





## Presseschau DES AUSLANDS

### Lebensgefährliche Textilien

#### Neue Kronen-Zeitung

Österreich hat — im Gegensatz zu anderen Staaten — immer noch keine Verordnung, die die Verarbeitung leicht entflammbarer Textilien zu Kleidungsstücken untersagt.

Wer in solcher Bekleidung durch Berührung mit Feuer zur lebenden Fackel wird, hat das Pech gehabt, daß der Stoff durch eine bestimmte Verarbeitung zu Zündstoff wurde.

Dr. Koppe: „Vorläufig kann man in Brand geratenen Personen nur den Rat geben, das entflammte Kleidungsstück so schnell wie möglich vom Leib zu reißen. Löschen hilft da nicht, und ein Gesetz haben wir auch noch nicht.“

Dabei wäre es durchaus möglich, auf Grund des neuen Lebensmittelgesetzes eine Schutzverordnung zu erlassen. In den USA bedanken sich heute die Textilfirmen sogar über die Werbung für die amerikanische Schutzverordnung: „Bei unseren Textilien wird nur der Mann entflammt!“

Möglicherweise ist man auch in Österreich vor leicht brennbaren Textilien bald geschützt. Dr. Koppe: „Es gibt eine solche Vielzahl von entsprechenden ausländischen Verordnungen, daß es keine Schwierigkeit sein dürfte, auch bei uns endlich zu reagieren.“

(Wien, 2. Mai 1975)

### BB und Erntehilfe

#### de paladijn

Niederländische Abgeordnete stellten den Ministern für Landwirtschaft und Fischerei, sowie für Verteidigung und Inneres Fragen, die auf eine Notstandshilfe für die niederländische Landwirtschaft Bezug nahmen. Die Fragesteller wollten wissen, ob der durch Dauerregen in

Schwierigkeiten geratenen Landwirtschaft von den beiden Ministerien über die von der Regierung zugesagte Hilfe hinaus durch das Militär eine weitere Hilfe gegeben werden könne, z. B. durch den Einsatz des Bevölkerungsschutzes. Minister van der Stee (Landwirtschaft und Fischerei) antwortete im Namen seiner Ministerkollegen, es sei doch zumindest fraglich, ob es überhaupt wünschenswert sei, Notwächter des BB für diesen Zweck einzusetzen und sie dadurch ihrem Beruf oder Betrieb zu entziehen. Jedem Notwächter stehe es natürlich frei, im Rahmen seiner Zeit sich freiwillig für Erntearbeiten zur Verfügung zu stellen. Der Innenminister hat den BB-Leitern bereits empfohlen, solche Mitglieder, die an den Erntearbeiten teilnehmen, von Lehrgängen und Übungen freizustellen. Außerdem hat der Innenminister angeregt, daß der BB in großem Umfange geeignetes Material für die Erntearbeit zur Verfügung stelle.

(Den Haag, Nr. 12/1974)

### Zivilschutzwerbung auf der Messe



Die Direktion der Schweizerischen Mustermesse Basel stellte im Rahmen des Jahres der Frau verschiedenen Organisationen, die besonders auf die Mitarbeit der Frauen angewiesen sind, kostenlose Stände zur Verfügung. Neben dem Schweizerischen Roten Kreuz, dem Frauen-Hilfsdienst-Verband u. a., bot man auch dem Bundesamt für Zivilschutz die Möglichkeit zur Selbstdarstellung. Unter dem Motto: „Frauen im Zivilschutz“ wurde ein ansprechendes Standkonzept entwickelt. Drei Frauenporträts — Frauen verschiedenen Alters zeigend — wurden von Fotos flankiert, die den Einsatz derselben Frauen im Zivilschutz zeigten. Alle Großaufnahmen waren farbig, damit wurde die Wirkung auf den Beschauer wesentlich erhöht.

Die Ausstellung des Bundesamtes auf der Mustermesse Basel war mit einem neuen, genormten System beschickt worden, welches

aus leicht zu transportierenden Bildständern bestand. Die Informationsabteilung des Bundesamtes für Zivilschutz hat nach diesem System bestimmte Themen aufgegliedert und eine Reihe von Wanderausstellungen geschaffen. Diese Wanderausstellungen stehen nach Absprache allen Veranstaltern von ZS-Ausstellungen, „Tagen der offenen Tür“ oder anderen Aktionen zur Verfügung. (Bern, Nr. 5/1975)

### Zusammenfassung im Innenministerium

#### VÄESTÖNSUOJELU lehti

Die finnische Regierung hat in ihrem Budget für das Jahr 1975 dem Parlament vorgeschlagen, an Stelle der Brand- und der Bevölkerungsschutzabteilungen, die im Innenministerium vorhanden sind, eine „Rettungsabteilung“ zu gründen.

Diese „Rettungsabteilung“ soll das Arbeitsgebiet für das Brand- und Rettungswesen, die Allgemeinplanung, die Leitung und Kontrolle des Rettungsdienstes, verschiedene Aufgaben des Bevölkerungsschutzes und die Allgemeinplanung, Leitung und Kontrolle desselben umfassen. Der Regierungsvorschlag stellt fest, daß zwar die Provinzialverwaltungen für die Kontrolle der Brandwehr- und Rettungstätigkeit auch weiterhin zuständig seien. Weil jedoch die Provinzialverwaltungen bisher infolge Personalschwierigkeiten — sie verfügten nur über einen nebenberuflichen Brandkontrolleur — nicht in der Lage waren, diese Aufgabe zufriedenstellend zu erledigen, schien es geboten, für die Aufgaben des Rettungsdienstes und des Bevölkerungsschutzes den Posten des „Rettungskontrolleurs“ zu schaffen. Nach dem Gesetzesvorschlag liegen die Kontrolle und die oberste Leitung beim Innenministerium.

In den Gemeinden gibt es den hauptberuflichen Feuerwehrleiter, der auch — im Einvernehmen mit der Provinzialverwaltung — die Aufgaben eines Bevölkerungsschutzleiters der Gemeinde übernehmen kann. Gegen diesen Vorschlag der Regierung werden allerdings, von der Fachseite her, erhebliche Einwände erhoben.

(Helsinki, 41. vsk/Nr. 6)





## ZEITSCHRIFTEN SCHAU

Zivilschutz  
Bern, Nr. 6/75

### Zivilschutz in Ungarn

Die schweizerische Fachzeitschrift veröffentlicht einen aus der ungarischen Zeitung „Esti Hirlap“ übersetzten Artikel, der sich mit dem Zivilschutz und der Katastrophenhilfe in Ungarn befaßt. Die ungarische Zeitung bringt — wie sie selbst schreibt — erstmalig eine Information der Zivilschutz-Befehlsstelle für die ungarische Hauptstadt mit der Absicht, die Öffentlichkeit über die Arbeit des Zivilschutzes zu unterrichten.

Die Öffentlichkeit soll auf diesem Wege erfahren, in welcher Art man bei Naturkatastrophen oder Katastrophenfällen in der Industrie — aber auch im Falle eines Krieges — für den Schutz von Menschen und Gütern sorgen kann. Nach einer Erläuterung des öffentlichen Warn- und Alarmsystems und einem Beispiel für den Ablauf eines öffentlichen Alarms bis zur Entwarnung unterrichtet die Zeitung ihre Leser über die im Lande geltende Zivilschutzpflicht, die alle männlichen Bürger im Alter von 14 — 65 Lebensjahren und alle weiblichen Bürger im Alter von 14 — 60 Jahren erfaßt.

Eine besondere Sparte des Zivilschutzdienstes ist der Zivilschutzfachdienst, zu dem Personen mit besonderer fachlicher Ausbildung oder Fähigkeit eingeteilt werden. Wer im Sinne des Gesetzes vom Zivilschutzdienst befreit ist, kann trotzdem freiwillig am Zivilschutzdienst teilnehmen.

Väestönsuojelulehti  
Helsinki/Finnland, 41.vuos./Nr. 2

### Studenten und Bevölkerungsschutz

Aus der Feder eines Jurastudenten kommt der Beitrag, den die finnische Zivilschutz-Fachzeitschrift veröffentlicht.

Der Verfasser geht davon aus, daß im Gegensatz zu Fragen, etwa über die Feuerwehr und ihre Aufgaben oder über die Notwendigkeit von Einrichtungen zur Gesundheitsfürsorge — die mit einiger Sachkenntnis beantwortet würden, Fragen nach dem Sinn des Bevölkerungsschutzes nur sehr zögernd beantwortet werden. Zwar sehen die Studenten noch ein, daß für außergewöhnliche Bedrohungen auch außergewöhnliche Maßnahmen bereits im Frieden vorbereitet werden müßten, man stehe der Bevölkerungsschutz-Tätigkeit insoweit sogar positiv gegenüber. Bedauerlicherweise aber mangle es an eigener Initiative, sich einen genauen und vollständigen Überblick zu verschaffen. Dies empfindet der Verfasser als alarmierend. Er hat in den Hochschulen, Universitäten und Berufsschulen verschiedene Studenten zum Thema Bevölkerungsschutz befragt und veröffentlicht die Fragen und Antworten. In den Studenten sieht der Verfasser die Personen, die in der Welt von morgen die Entscheidungen zu treffen haben; der Mangel an Initiative und Bereitwilligkeit befremdet ihn. Es wird besonders auf die Rolle der Presse hingewiesen, von der der Verfasser glaubt, daß sie noch nicht im erforderlichen Umfange auf die Wichtigkeit des Bevölkerungsschutzes hinweist.

nato-brief  
Brüssel/Belgien, Nr. 3/1975

### Verantwortungsbewußte Sicherheitspolitik

Der niederländische Außenminister, M. van der Stoel, veröffentlicht in zwei Folgen einen grundsätzlichen Beitrag zur Sicherheitspolitik der NATO. Im jetzt veröffentlichten Teil I behandelt er u. a. die Kontrolle der Anwendung von Gewalt und die amerikanische Sicherheitsgarantie. Im Teil II — er wird in der September/Okttober-Ausgabe des NATO-Briefes erscheinen — will sich der niederländische Außenminister mit Alternativen zur gegenwärtigen Sicherheitspolitik und den Fragen der Reduzierung der Atomwaffen in Europa befassen. Van der Stoel stellt ausdrücklich fest, daß zwar Westeuropa bezüglich seiner Sicherheit auf die Garantie dieser Sicherheit durch die Vereinigten Staaten angewiesen sei, auf der

anderen Seite sei aber auch ein freies und unabhängiges Westeuropa aus einer Vielzahl von Gründen von wesentlicher Bedeutung für die Vereinigten Staaten.

Man dürfe nicht vergessen, daß Amerika es nicht zulassen könne, wenn Europa in Fragen der Sicherheit eigene Wege gehe — denn im weltweiten Zusammenhang gesehen, wäre eine Konfliktquelle in Europa viel zu gefährlich für die USA. Die USA müssen immer die europäischen Standpunkte in Rechnung stellen; es stehe allerdings fest, daß die NATO sicher alles andere ist als eine Nebenstelle des Pentagon.

Zivilschutz  
Wien, Nr. 8/1975

### Psychologische Aspekte der zivilen Landesverteidigung

Der von der österreichischen Fachzeitschrift veröffentlichte Artikel von Dr. Werner Mann fußt auf einem Referat des Verfassers, welches er auf der Frühjahrstagung des Arbeitsausschusses „Z“ im Mai dieses Jahres gehalten hat. Mann, der Psychologe ist, gesteht zu Beginn seiner Ausführungen seine sachliche Unkenntnis in bezug auf die zivile Landesverteidigung ein. Trotzdem, oder auch gerade deshalb sind seine Ausführungen für den sachkundigen Leser — wie das Fachblatt schreibt — in doppelter Hinsicht reizvoll: Einmal, weil vielleicht völlig neue Denkanstöße von einem fachlich nicht belasteten Außenseiter kommen können, zum anderen deshalb, weil die ungewohnten Aspekte eher die Grundlage für eine Diskussion bilden können als ein ausgeklügeltes Fachreferat.

Mann zitiert Dr. Tschuden, der in einer staatswissenschaftlichen Dissertation schreibt, daß es nach der im Jahre 1955 eingetretenen Neuerweckung des Schutzgedankens in der breiten Masse der Bevölkerung noch lange bei einer — psychologisch zu begründenden — Abneigung gegen einen Zivilschutz blieb. Heute dagegen steht die Bevölkerung in Österreich einem wirksamen Zivilschutz ausgesprochen positiv gegenüber. Mann gibt eine psychologische Analyse der Einstellung der Öffentlichkeit zum Zivilschutz, skizziert die ambivalente Einstellung des Bürgers zu seinem Staat und behandelt abschließend die psychologischen Hemmungen gegen Schutzmaßnahmen und deren Überwindung.





## WISSENSCHAFT UND TECHNIK

### Immissions-Meßwagen für die Luftüberwachung in Baden-Württemberg

Die Landesanstalt für Umweltschutz in Karlsruhe erhielt kürzlich ihren ersten Immissions-Meßwagen für die mobile Luftüberwachung. Das Fahrzeug ist so ausgelegt, daß die wichtigsten Verschmutzungs-Kenngrößen in der Umgebungsluft erfaßt und registriert werden können. Gemessen wird z. Z. der Gehalt an Stickoxiden, an giftigem Schwefelwasserstoff und Schwefeldioxid — einschließlich des Gesamtschwefelanteils — sowie an toxischem Kohlenmonoxid, Kohlendioxid, Ozon und Staub. Die erfaßten meteorologischen Meßgrößen sind Windrichtung und -geschwindigkeit sowie Temperatur, Feuchte und Druck der Umgebungsluft. Die Meßgeber für diese Größen sind auf einem vier Meter über Dach manuell ausfahrbaren Mast montiert. Alle Meßeinrichtungen, Gasaufbereitungsgeräte und die Steuerelektronik für das automatische Nacheichen der Geräte und die Nullpunktskontrolle sind als Einschübe in Meßschränken untergebracht. Im Aluminium-Aufbau des Wagens befinden sich zwischen den Meßschränken auch die Gasflaschen für die Prüfgase der Analysengeräte. Die Hilfsgase, wie beispielsweise Wasserstoff und Äthylen, befinden sich dagegen außerhalb des Meßraumes in Stahlflaschen unter dem Fahrgestell. Besonders beachtenswert ist die autonome Energieversorgung der eingesetzten Meßgeräte. Die Gleichspannung der 54zelligen Bleibatterie wird von einem Wechselrichter in 220 V, 50 Hz für die Geräte umgeformt. Meßraum und Fahrerhaus sind baumäßig voneinander getrennt. Ein eingebauter



motorgetriebener Stromerzeuger zwischen Fahrerhaus und Meßraum hat die Aufgabe, den Meßwagen einschließlich der Analysengeräte während der Fahrt mit Energie zu versorgen und zugleich die Batterien über ein ebenfalls eingebautes Ladegerät

nachzuladen. Während der Messungen ist der Stromerzeuger nicht in Betrieb. Die Batterien können übrigens im Stand auch über das öffentliche Stromnetz aufgeladen werden. Der maximale Energieverbrauch des Meßwagens beträgt etwa 3,5 Kilowatt.

### Baby- und Kinder-Notfallkoffer

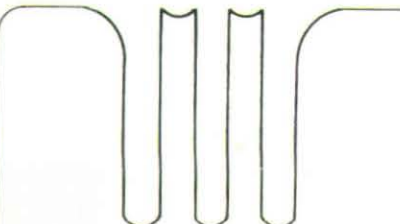
Kinder aller Altersgruppen sind bekanntlich besonders unfallgefährdet. Die im Notfall eingesetzten Geräte müssen aber den besonderen Gegebenheiten bei kleinen Kindern entsprechen. Zur ärztlichen Hilfe am Unfallort, besonders zur Abwendung lebensbedrohender Zustände und Herstellung von Transportfähigkeit, hat deshalb eine Spezialfabrik für Sanitätsausrüstungen aufgrund praktischer Erfahrungen den Baby- und Kinder-Notfallkoffer entwickelt. Erfahrungsgemäß kann eine sachkundige und schnelle Hilfe nach Unfällen das weitere Schicksal des Kindes häufig entscheidend beeinflussen. Der Inhalt dieses neuen Notfallkoffers ist nach den neuesten Erkenntnissen der Notfallmedizin so zusammengestellt, daß jeder Arzt die entscheidende Erste Hilfe vom Neugeborenen

bis etwa zum sieben Jahre alten Schulkind schnell und sicher leisten kann.

Zur Ausstattung des Notfallkoffers gehören: Kinder-Beatmungsbeutel und -Masken, eine Sekret-Absaugpumpe, Plasma-Ersatz, chirurgische Instrumente, Tuben verschiedener Größen, ein Intubationsbesteck, sterile Spritzen und Kanülen, Spezial-Verbandstoffe, Desinfektionsmittel sowie vor Unterkühlung schützende Reflexions-Rettungsdecken.

Behälter und Wandhalterungen sind aus formbeständigem, schlagfestem und bruchsicherem Kunststoff gefertigt. Sie sind wartungsfrei und verrottungsfest, staubdicht und spritzwassergeschützt. Der Behälter ist relativ klein (42 × 33 × 16 cm) und beansprucht wenig Platz; er zeigt ein modernes Design in der Schockfarbe Orange.





neue BÜCHER

### Verbandlehre

**Von Ernst Stenger**  
**Verlag Urban & Schwarzenberg,**  
**München — Berlin — Wien**

Dieses Buch ist bereits in zweiter Auflage erschienen. Es bringt dem Leser in zusammengefaßter Form die Verbandstechniken und die Sonderformen des Schutzes von Wunden — beispielsweise Wundabdeckungen — zur Kenntnis.

Daß in diesem Buch auch heute noch Verbandstechniken erklärt werden, die nicht mehr den modernsten Erfordernissen der Versorgung entsprechen, ist wohl der Ausrichtung auf genaue Darstellung auch aus dem historischen Bereich heraus zuzuschreiben. So werden im Kapitel über Schienen immer noch Modelle beschrieben, die heute nicht mehr verwendet werden — erst danach werden die heute gebräuchlichen vorgestellt.

Das Buch ist reich illustriert und verfügt über ein Sachverzeichnis, welches das Auffinden bestimmter Bereiche erleichtert.

Nicht nur dem im Krankenhausdienst Tätigen, auch dem freiwilligen Helfer wird eine umfassende Darstellung der unterschiedlichen Verbandstechniken gegeben.

### Denkschrift zur Lage der Brandschutzforschung

**Von Dr.-Ing. Oskar Herterich und Dr.-Ing. Paul Gerhard Seeger in Zusammenarbeit mit namhaften Brandschutzfachleuten.**

**VFDB, Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e. V.,**  
**Hamburg; Geschäftsstelle:**  
**4401 Altenberge**

In der Denkschrift wird eine gezielte Brandschutzforschung gefordert. Das Ziel ist eine bundeseinheitliche und komplex auswertbare Brandstatistik sowie die Einrichtung eines Instituts für Brandschutzforschung. Ausgehend von einer ständig steigenden Brandschädenentwicklung wird festgestellt, daß die verfügbaren Kenntnisse über die Verhütung und Begrenzung von Bränden völlig unzureichend sind. Die Lücke zwischen dem Aufkommen

neuer, noch unbekannter Gefahren und dem Wissensstand der Brandschutztechnik wird ständig größer. Die Verfasser beweisen, daß die bisherige Brandschutzforschung, so gut sie ist, doch nur Teilbereiche abdeckt, und beispielsweise die Grundlagenforschung und die Erforschung brandschutztechnischer Sachverhalte und Zusammenhänge in anderen Bereichen stark vernachlässigt wurden, ja, daß in gewissen Bereichen überhaupt keine Forschungsarbeit betrieben wird. Erst wenn es gelingt, mit wissenschaftlichen Methoden das Brandgeschehen in seinen einzelnen Phasen in Abhängigkeit von den Einflußgrößen mit ausreichender Sicherheit voraussagend zu beschreiben, können richtige, angemessene und wirtschaftliche, vorbeugende Maßnahmen zum Schutz gegen die Entstehung bzw. die Auswirkung von Schadenfeuern getroffen werden.

Ein Überblick über die Brandschutzforschung im Ausland sowie detaillierte Vorschläge für eine Verbesserung der Brandschutzforschung in der Bundesrepublik einschließlich der Kostenschätzung machen die Denkschrift zu einem beachtenswerten Grundwerk für alle, die an verantwortlicher Stelle über Maßnahmen zu entscheiden haben, die dazu führen sollen, Verluste an Volksvermögen radikal zu mindern.

### Erste Hilfe

**Von Dr. W. Stoeckel. Mit einem Beitrag über juristische Aspekte der Ersten Hilfe von Walther Weißbauer.**  
**Verlag Urban & Schwarzenberg,**  
**München, Berlin, Wien**

Jeder Mensch sollte die Erste Hilfe, ihre Grundsätze, Regeln, Ge- und Verbote, vor allem aber ihre praktischen Maßnahmen lernen und üben. Von dieser eher moralischen als gesetzlichen Pflicht ist keiner frei. Erste Hilfe ist in erster Linie ein Handwerk für einen sehr begrenzten Bereich mit eingeschränkten Möglichkeiten. Andererseits kann und muß sie zu jeder Zeit und an jedem Ort geleistet werden. Sie steht am Anfang der Rettungskette, deren Ende oft das Krankenhaus darstellt. Das vorliegende Werk zeigt, daß Erste Hilfe eine augenblickliche Reaktion auf ein unvorhergesehenes Ereignis ist, das einen Mitmenschen verletzt oder in anderer Weise geschädigt hat. Das Lehrbuch, insbesondere Krankenschwestern und

Krankenpfleger ansprechend, gibt einen generellen Überblick über alle Maßnahmen der Ersten Hilfe, beschreibt Atmung, Herz- und Kreislauffunktion in ihrer Bedeutung für die Erste Hilfe, befaßt sich mit Maßnahmen bei Schock, Ohnmacht, Bewußtlosigkeit und der Wiederbelebung, mit Maßnahmen bei Vergiftungen, Verbrennungen und anderen Schäden. Eine interessante Ergänzung ist das Kapitel, das sich juristischen Aspekten der Ersten Hilfe widmet. Ein gut gegliedertes Sachverzeichnis erleichtert das Nachschlagen.

### Das große Rohstoffmanöver

**Von Klaus Peter Krause**  
**Societäts-Verlag, Frankfurt/Main**

Der Verfasser untersucht in seinem Buch an Hand der Lage bei für die Wirtschaft wichtigen Rohstoffen, wie abhängig die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland von den Exportländern ist.

Die westlichen Industriestaaten wurden durch das Erdöl-Embargo der arabischen Ölexportländer an einer sehr empfindlichen Stelle getroffen. Das Preisdiktat des weltweiten Erdöl-Kartells verursachte einen neuen empfindlichen Schock. Mit schmerzlicher Einsicht mußte man zur Kenntnis nehmen, wie die Araber den Rohstoff Erdöl als Hebel für politische und wirtschaftliche Bestrebungen benutzten.

Die Schwierigkeiten, die sich aus dem Kartell der erdölfördernden Länder ergeben, sind noch längst nicht ausgestanden. Das Buch untersucht, wie weit die Bundesrepublik sich mit Rohstoffen selbst versorgen kann — und in welchem Ausmaß Rohstoffe durch andere Stoffe ersetzt werden können.

Diese Fragen sind nach wie vor hochaktuell. Krause geht ihnen in seinem Buch nach und stellt die Lage bei achtzehn wichtigen Rohstoffen dar.

### Empfehlenswerte Hand- und Taschenbücher

**Rolf-Heinz Müller**

**Druckgase**

**15. Ergänzungslieferung**

**Deutscher Fachschriften-Verlag**

**Braun & Co. KG, Mainz - Wiesbaden**

**Töpfer/Lind**

**Notstandsrecht der Bundesrepublik**

**Deutschland — 21. Ergänzungslieferung**

**und 22. Ergänzungslieferung.**

**Verlag R. S. Schulz, München**



Ministerialrat Hans Grundmann, Saarländisches Ministerium des Innern

Nachbarschaftshilfe über die Grenze

# Großeinsatz in Metz

Deutsch-französische Zusammenarbeit war beispielhaft

**Die angestrebte enge bilaterale Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich auf dem Sektor des Katastrophenschutzes hat sich in den vergangenen Wochen in zwei vielbeachteten Einsätzen bewährt: Während Feuerwehren aus dem Saarland bei einer großen Brandkatastrophe in Metz Hilfe leisteten, kamen französische „Wasserbomber“ bei den verheerenden Waldbränden in Niedersachsen zum Einsatz. Bereits unter dem früheren Bundesinnenminister Genscher war mit Frankreich ein Abkommen über gegenseitige Hilfeleistungen vorbereitet worden, es steht nunmehr dem Vernehmen nach kurz vor dem Abschluß. Wie aus Bonn verlautet, kann dieses Abkommen auf Regierungsebene als Modell für die weitere Zusammenarbeit auch mit anderen Staaten gelten. Ministerialrat Grundmann, Saarbrücken, stellte dem ZS-MAGAZIN den folgenden Bericht über den Ablauf des Einsatzes deutscher Feuerwehren in Metz zur Verfügung.**

Eine vermutlich durch einen Sabotageakt ausgelöste Explosion hatte in den frühen Morgenstunden des 7. August vier mit Superkraftstoff gefüllte Tanks eines Treibstofflagers in Metz-Woippy zerstört und in Brand gesetzt. Aus dem fünften Tank strömte aus einem Absperrschieber heißer Dieselmotorkraftstoff in die Auffangwanne. Aufgrund dieser Lage wurden von der Polizeipräfektur in Metz die Werkfeuerwehr der Saarland-Raffinerie Völklingen-Klarenthal gegen 8.15 Uhr, später auch die Werkfeuerwehr Röchling-Burbach zur Hilfeleistung gebeten. Nachdem vom saarländischen Ministerpräsidenten in Verbindung mit dem Innenministerium und der Stadt Saarbrücken weitere Hilfe angeboten worden war,

rückten die Berufsfeuerwehr Saarbrücken sowie einige freiwillige Feuerwehren aus dem Stadtverband Saarbrücken zur Einsatzstelle nach Metz aus.

Bei Ankunft der sieben Fahrzeuge der Berufsfeuerwehr der Stadt Saarbrücken versuchten mehrere französische Feuerwehreinheiten von Norden her die Behälter und die Auffangwanne einzuschäumen. Von der Süd- und der Südwestseite bekämpften die Werkfeuerwehren der Raffinerie Klarenthal und Röchling-Burbach mit Schaumkanonen und Zumischerfahrzeugen den Brand. Gegen 12.00 ging dem saarländischen Innenministerium folgender Lagebericht zu:

- ca. 500 Feuerwehrleute und ca. 100 Feuerwehrfahrzeuge im Einsatz
  - 2 der 5 Tanks sind gelöscht, 3 stehen noch in Brand
  - Einsatzkräfte aus dem Saarland: Berufsfeuerwehr Saarbrücken, Werkfeuerwehr Röchling-Burbach, Werkfeuerwehr der Raffinerie Klarenthal
  - Einsatzleiter: Colonel Sibué
- Die Brandbekämpfung gestaltete sich außerordentlich schwierig, da die Wasserversorgung nicht ausreichend war. Erst nach Eintreffen von zwei Schlauchwagen der Löschbereitschaft St. Arnual und Dudweiler konnte von einem etwa 2 km entfernten Baggersee die Wasserversorgung für die Berufsfeuerwehr Saarbrücken sichergestellt werden. Gegen 17.30 Uhr war der Brand durch den gemeinsamen Einsatz der französischen und der saarländischen Feuerwehren sowie französischer Militäreinheiten endgültig unter Kontrolle gebracht.

**An der Einsatzstelle waren anwesend: von den französischen Feuerwehren:** Berufsfeuerwehr Metz, Freiwillige Feuerwehren aus den

Departements Moselle, Meuse, Haut Rhin, Bas Rhin sowie Militäreinheiten für den Löscheinheit und Nachschub (Verpflegung);

**von den saarländischen Feuerwehren:** Berufsfeuerwehr Saarbrücken, Löschbereitschaft St. Arnual, Löschbereitschaft Dudweiler, Freiwillige Feuerwehr Völklingen, Freiwillige Feuerwehr Quierschied, Freiwillige Feuerwehr Kleinblittersdorf, Freiwillige Feuerwehr Heusweiler, Freiwillige Feuerwehr Sulzbach, Werkfeuerwehr Brebach, Werkfeuerwehr der Raffinerie Klarenthal sowie Werkfeuerwehr Röchling Burbacher Hütte.

**Von den saarländischen Feuerwehren waren im Einsatz:**

Die Berufsfeuerwehr Saarbrücken, die Löschbereitschaft St. Arnual, Löschbereitschaft Dudweiler, die Freiwillige Feuerwehr Völklingen sowie die Werkfeuerwehr der Raffinerie Klarenthal und der Burbacher Hütte.

Der französische Einsatzleiter zur Bekämpfung der Brandkatastrophe in Metz-Woippy, Oberst Sibué, hat nach Abschluß der Löscharbeiten in einem Fernschreiben den saarländischen Einsatzleitern und Mitarbeitern für ihre schnelle Hilfe gedankt.

In einer Meldung der Saarbrücker Landesregierung wurde festgestellt, daß die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sich bei dieser Katastrophe beispielhaft bewährt hat, auch die Abwicklung aller mit diesem Einsatz verbundenen Fragen keine Schwierigkeiten aufkommen läßt.

Zwischenzeitlich ist die Kostenfrage geklärt: Außer dem Ersatz der Kosten für die Schaumlöschmittel der Berufsfeuerwehr Saarbrücken, die das Innenministerium übernommen hat, werden von allen beteiligten Wehren keine Einsatzkosten geltend gemacht.



# Trinkwasseraufbereitungsanlagen



Naturkatastrophen führen nicht allein zu Verwüstungen und Zerstörungen gewaltigen Ausmaßes mit Not und Elend unter der Bevölkerung, sondern verursachen auch Trinkwassermangel und Seuchengefahr. Durch den Einsatz von mobilen Trinkwasseraufbereitungsanlagen wurden in der Vergangenheit sowohl im Ausland als auch bei uns die betroffenen Menschen vor dem Verdursten sowie vor gefährlichen Krankheiten und Seuchen bewahrt. Um für solche Fälle gewappnet zu sein, werden von den Bundesländern und Katastrophenschutzorganisationen mobile Trinkwasseraufbereitungsanlagen bereitgehalten. Die in den Einheiten des Katastrophenschutzes zu ihrer Bedienung und Wartung vorgesehenen Helfer erhalten das notwendige praktische und theoretische Rüstzeug auf Sonderlehrgängen, die an den Katastrophenschutzschulen der Länder und an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler stattfinden. Unser Beitrag „Trinkwasser im Notfall“ befaßt sich eingehend mit Einsatzfragen der Geräte. Die dazugehörigen Fotos sowie die Farbbilder der Umschlagseiten entstanden während der Ausbildung.